

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV, Nr. 1942

Dienstag, den 19. Dezember 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV, Nr. 1942.

**Die Inserats-Gebühr**  
Beträgt für die sechsstelligen Nummern  
jeile aber deren Raum 40 Wg. für  
politische und gewerkschaftliche Inserats-  
und Verlesungs-Anzeigen 25 Wg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-  
gedruckte) Wort 10 Wg., jedes weitere  
Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementpreis pro Nummer 10 Wg.  
Wochensatz 3,50 Wg., monatlich 1,10 Wg.,  
vierteljährlich 3,25 Wg., frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 8 Wg. Sonntags-  
nummer mit Multiplikatoren Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Wg. Voll-  
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich-Ungarn  
3 Mark, für das übrige Ausland  
4 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Schuluntergrabung.

Aus pädagogischen Kreisen wird uns geschrieben:  
Die blamable gesetzgeberische Klatschschere, mit der die  
preussische Volksschule seit ihrem Verlassen von der Regierung  
und der sogenannten Volksvertretung mißtraktiert wird, hat  
sich in der zweitägigen ersten Lesung des Schul-  
untergrabungsgesetzes beinahe selbst übertrifft an  
Grundlosigkeit und mit Selbstgefälligkeit gemischter Unfähigkeit.  
Wir haben für wahr nichts Bedeutendes von dieser Versamm-  
lung erwartet, aber das Maß an Offenherzigkeit und Strupel-  
losigkeit in der Bloßstellung der preussischen Schulmisere, das  
die erste Lesung offenbart hat, hat unsere Vermutungen doch  
noch übertrifft. Es verlohnt sich kaum noch, dem wichti-  
geren Plakat der Junker und Junkerengenossen im Ab-  
geordnetenhaus kritisch auf den Leib zu rücken; aus jedem  
dort gesprochenen Worte grüßt entweder die freche junker-  
liche und clerikale Heuchelei, die mit dem Aschenbrödel Volks-  
schule freundlich tut, während sie ihm doch am liebsten das  
bisherige Lebenslicht auslösche, oder die unwiderliche Kenglich-  
keit des liberalen Wahlbürgers, der bei der Regierung und  
den mächtigen Junkern anzuklopfen fürchtet.  
Den Reigen eröffnete würdig der Mann, der gegenwärtig  
zufällig an der Spitze des preussischen Kultusministeriums  
steht. Herr Studt bringt beinahe das Kunststück fertig, alle  
seine Vorgänger an bürokratischer Ungelehrigkeit und an  
Verständnislosigkeit für das Wesen der Volksschule noch zu  
überbieten. Das ist für preussische Verhältnisse wahrlich eine  
Leistung, auf die er von seinem Standpunkte aus sich etwas  
einbilden darf. Was dieser gleichgültige Jurist zur Einführung  
des schulgesehlichen Wechselbalges zu sagen wußte, war eben-  
so gleichgültig und nichts sagend, wie der Sprecher selbst. Von  
Bedeutung ist höchstens seine Erklärung, daß die Regierung  
es an Entgegenkommen gegenüber den Wünschen des Hauses  
nicht fehlen lassen werde. Mit anderen Worten: Die Re-  
gierung ist zum Schachern bereit.

Der konservative Fraktionsredner, der ihm folgte, das  
geschmeidige, redselige Junkerlein v. Seydebrand, bewies  
sogar, daß er die Konsequenzen aus dieser Erklärung zu  
ziehen wußte. Er schlug mit seinen Forderungen auf wie ein  
gelernter Mühlenhammer. In seinem Eifer entschlüpfte  
ihm sogar ein Wort, das wir unterschreiben können: „ein  
Gesetzentwurf, der derartig den Charakter des Stückwerkes  
und des Unvollkommenen trägt wie dieser, der ist doch  
nicht ganz häufig.“ So etwas darf ein Junker in Preußen  
ruhig dem Minister ins Gesicht sagen, wenn es ihm  
für seine Zwecke paßt. Und dieser Zweck besteht darin,  
die Regierung möglichst einzuschüchtern, damit sie für die  
konservativen Verschlechterungspläne um so gefügiger ist.  
Herr v. Seydebrand haben es natürlich in erster Linie die  
bösen Bestimmungen des Gesetzentwurfs angetan, die in ganz  
zarter, schmerzloser Weise die gutsherrlichen Drückeberger  
in bezug auf die Schullasten in Zukunft ein wenig mehr her-  
anziehen wollen. Zwar wären die Konservativen selbst „elende  
Heuchler“, so sagte der spähige Herr, wenn sie jahraus, jahrein  
die Regelung dieser Materie verlangt hätten, „um dann  
schließlich vor den Konsequenzen zurückzuschrecken, wenn sie  
sich auf unseren Weidbeutel erstrecken“. Aber im nächsten Atemzug  
jammerte und wehklagte er darüber, daß den Großgrundbesitzern  
die „Möglichkeit ihrer Existenz in leidlich zufriedenstellenden  
Verhältnissen“ durch die winzige Heranziehung zu den Schul-  
unterhaltungskosten erschwert werde. Zum Ruin führe sie sa-  
gar. Daß sich bei diesen Worten nicht die Völkchen des Ab-  
geordnetenhauses bogen, zeugt davon, daß sie aus besonders  
gutem Material hergestellt sind. Aus der wehklagenden  
Kassandra ward aber alsbald ein giftiger Spötter, als er auf  
die vorgesehenen Staatsunterstützungen für leistungsunfähige  
Gemeinden und Gutsbezirke zu sprechen kam. So wenig  
hat die Regierung dafür in Aussicht genommen? Das genügt  
ja kaum für einen hohlen Jahn! Die Junker sind an ganz  
andere Liebesgaben gewöhnt. Herr Studt möge schleunigst  
bei seinem Kollegen Rheinbaben vorstellig werden, wenn er  
es mit den Konservativen nicht von vornherein verderben will.

Ganz auf der Höhe junckerlicher Schulpolitik standen auch  
die Ausführungen des konservativen Fraktionsredners über  
den konfessionellen Charakter der Schule. Natürlich bietet  
ihm der Entwurf noch viel zu wenig. „Unter einer kon-  
fessionellen Schule im eigentlichen Sinne versteht man mehr.“  
Herr v. Seydebrand war so gütig, sein junkerliches Schul-  
ideal etwas genauer zu detaillieren. „Unsere Volksschulen  
sind doch keine Universitäten; sie sind Einrichtungen mit einem  
verhältnismäßig angemessenen, aber doch beschränkten Kreise  
der Unterrichtsgegenstände, und diese Unterrichtsgegenstände  
sind mit fast verschwindenden Ausnahmen derartig, daß sie  
ihrem Sinne, der ganzen Denkart unseres Volkes entsprechend,  
unserer ganzen Geschichte entsprechend, überhaupt gar nicht  
anders behandelt werden können als mit einem gewissen  
christlich-konfessionellen Grundcharakter.“  
Aus dem verquollenen, staatsmännischen Junkerdeutsch in das  
einfache Deutsch übertragen, heißt das nichts anderes, als daß  
die Konservativen verlangen, Lesen, Schreiben, Rechnen, Ge-  
schichte, Naturwissenschaften, Zeichnen, Turnen, Anschauung, Hand-  
arbeit und was es sonst noch im Lehrplan der Volksschule gibt,  
soll „christlich-konfessionellen Grundcharakter“ tragen. Also beileibe  
nicht nur die Religion selbst, sondern der ganze Schulunterricht  
soll christlich-konfessionell abgestempelt werden. Und Herr

v. Seydebrand hat die Stirn zu behaupten, daß „eine ganz  
kolossale Majorität unseres Volkes“ sich für diesen pfäffischen  
Unterricht ausgesprochen habe. Der sonderbare Herr hat da-  
bei wahrscheinlich nur an das „Volk“ gedacht, das beim  
Leutnant und beim Baron anfängt. Für diese Sorte Mit-  
bürger anerkennt der geistreiche Junker sogar eine „Moral  
ohne Religion“, auch „Professoren und großen gebildeten  
Leuten“ will er die religionslose Moral noch einräumen; aber  
für die große Masse ziemt sich nur die auf die Religion ge-  
gründete Moral.

Da haben wir das reaktionäre, junkerlich-konservative  
Schulprogramm: Dem Volke muß die Religion  
erhalten bleiben. Sie ist ein vortrefflicher Nahrungsmittel  
für die Ungebildeten. Darum müssen die Schulen des Volkes  
nach Möglichkeit verschlechtert und von oben bis unten mit  
Religion vollgepfropft werden.

Nächst dem konservativen Junker interessiert der national-  
liberale Redner am meisten. Vorsichtigerweise hatte die  
Fraktion nicht den durch das Schulkompromiß bereits hin-  
länglich kompromittierten Pastor Noddenberg vorgeschickt, sondern  
den schulpolitisch unbeschriebenen Herrn Schiffer.  
Da dieser die nationalliberalen Drehungen und  
Bindungen nicht mit so vielen schillernden und schön-  
fristernen Phrasen auszugucken weiß wie sein pfarr-  
herrlicher Fraktionskollege, so wirkte die nationalliberale Halt-  
losigkeit um so unmittelbarer und augenfälliger. Natürlich  
stellte der Nationalliberale eine echte lausibide nationalliberale  
Heuchelei an den Eingang seiner weisheitsvollen Rede: „Die  
Volksschule habe „große ideale Aufgaben“ zu lösen. „Ideale“  
haben die Nationalliberalen bekanntlich gehabt so zahlreich  
wie Sand am Meer. Aber die Nationalliberalen haben im  
Vertaufe ihrer jammervollen Geschichte schließlich nur die einzige  
Konsequenz bewiesen, eines ihrer „Ideale“ nach dem anderen  
zu verraten. Im letzten Verrat dieser Art üben sie sich gerade  
gegenwärtig und Herr Schiffer hatte die löbliche Aufgabe,  
diesen Verrat zu begründen. Der jungliberalen Kapitalgefühle-  
reiche wegen mußte er gleich dem konservativen Junker, nur von  
der anderen Seite aus, die nationalliberalen Forderungen  
überbieten. Er leistete sich dabei sogar den Scherz, der Auf-  
nahme von Frauen in die Schuldeputationen das Wort zu  
reden. Auch gegen die hinterlistige Einschmuggelung der geist-  
lichen Ortschulinspektoren, die der Gesetzentwurf durch obliga-  
torische Befetzung der Schulvorstände und Deputationen mit  
Geistlichen der beiden Konfessionen und Uebertragung  
des Vorsitzes im Schulvorstande an den Ortschulinspektor  
plant, vernahmte Herr Schiffer etwas rhetorisches  
Pulver. Die Nationalliberalen würden „kaum diesen  
Weg mitgehen“. Kaum! Wenn man ihnen gut zuredet,  
werden sie also schließlich doch mit echt nationalliberalem  
Ramesmut „mitgehen“. Auch das saubere Bländchen der  
Regierung, den G.emeinden die Lehrerberufung zum Teil, die  
Anstellung von Rektoren aber völlig zu entziehen und dadurch  
der servilen Streberei besonders bei den Landschullehrern Tor  
und Tür zu öffnen, fand bei Herrn Schiffer eine milde Kritik.  
Halb möchte er der Regierung folgen, halb schreit er davor  
zurück. Er hoffte schließlich, daß sich im geheimnisvollen  
Dämmerlicht der Kommissionsberatung „ein anderer Weg“  
finden lassen werde.

In bezug auf die Konfessionsschule fand auch Herr  
Schiffer, gleich dem konservativen Redner, einen Satz, der in  
ergötzlicher Weise die grundsätzliche, feige Halbheit der national-  
liberalen Schulpolitik in bengalische Beleuchtung rückt:  
„Wir sind als Partei nicht Anhänger der  
Konfessionsschule, wir sind auch als Partei  
nicht Anhänger der Simultanschule. Wir sind  
nichts als liberal und tolerant, indem wir beiden Richtungen  
Licht und Luft geben wollen.“ Gegenüber dieser beinahe  
ekelregenden Charakterlosigkeit wirkt die reaktionäre Offen-  
heit des Herrn v. Seydebrand geradezu erfrischend.

Die dritte im Bunde der Kompromißparteien war die  
freikonservative Fraktion. Für sie sprach der smarte Geschäfts-  
und Intrigenpolitiker Ottavio von Jedlig. Er darf  
in diesem Zusammenhang übergangen werden, zumal  
er sich in weiser Vorsicht auf einige wenige Worte  
beschränkte. Der gute Mann ist gleichsam der commis  
voyageur des Kompromisses und hat dafür in den ver-  
floffenen neunzehn Monaten so unermüdlich sein Zeilenhonorar  
eingestrichen, daß ihm zu sagen nicht mehr viel übrig  
geblieben sein dürfte. Interessanter war schon die eben-  
falls nicht übermäßig lange Rede des Zentrumsführers  
Porsch. Er spielte sich auf den Resignierten hinaus. Man  
hat seine Partei offiziell vorher nicht gefragt. Aber da der  
Gesetzentwurf die clerikalen Wünsche in einer vom Zentrum  
kaum je erwarteten Weise berücksichtigt, so wird das Zentrum  
mitarbeiten. Natürlich hat Dr. Porsch „schwere Bedenken“  
gegen manche Bestimmungen des Entwurfs. Mit dieser  
Waffe versteht auch er sich als vorsichtiger Mann, bevor er  
in die Kommission geht. Besonders die wenigen Ausnahmen,  
die der Simultanschule noch eingeräumt sind, passen dem Zentrum  
nicht. Man will darum in der Kommission Verbesserungen  
beantragen und „ausreichendere Begründung“ fordern. Sie  
wird ihm sicher werden, denn in der Kommission braucht sich  
nicht Herr Studt mühsam einige wenige rednerische Broden  
abzurufen, sondern der eigentliche Hintermann, der Ministerial-  
direktor Schwarzkopf, und ein Schwanz von Kommissarien  
werden zur Stelle sein und für „ausreichendere Begründung“  
Sorge tragen. Und dann wird das Zentrum seine „Bedenken“

tapfer niederringen — es ist an derartige Tätigkeit ja längst  
gewöhnt — und mit Hurra für die Auslieferung der Schule  
an die Kirche stimmen.

Blieben noch die Vertreter von Sr. Maj. allergetreuester  
Opposition, die im Abgeordnetenhaus ihre tapfere  
Stimme gegen das reaktionäre Schuluntergrabungsgesetz  
erhoben haben. Leider ist von ihnen nicht viel zu sagen. Sie  
haben die übliche traurige Rolle gespielt. Zwar wußten sie,  
daß sie für eine verlorene Sache stritten. Aber das hätte  
ihrem Auftreten nicht zu schaden brauchen. Wie oft müssen  
die Sozialdemokraten im Reichstage für eine verlorene Sache  
das Wort nehmen, ohne daß dieser Umstand ihre Schlagkraft  
lähmt oder den Glanz ihres Angriffs abschwächt. Freilich  
ist zwischen den Sozialdemokraten im Reichstag und den Libe-  
ralen im Landtag ein himmelweiter Unterschied. Hinter den  
sozialdemokratischen Vertretern steht eine Macht, sie sind die  
Abgeordneten des Volkes, jedes ihrer Worte findet einen leb-  
haften Widerhall in Millionen von Arbeiterherzen. Daher  
kommt es auch, daß selbst die Worte des einzigen Sozial-  
demokraten im sächsischen Landtage eine ganz andere Wirkung  
ausüben als die weisheitsvollen Reden der liberalen Redner  
im preussischen Landtage. Wer steht denn hinter den Junker,  
Ernst und Cassel? Ein winziges Häuflein von Interessen-  
politikern, die keine Macht darstellen.

So konnte es kommen, daß die Tageszeitungen über die  
Rede des einzigen Sachmannes, der bei der Schulgesetzdebatte  
das Wort genommen hat, kaum einige Zeilen gebracht haben,  
weil die Junker und Junkerengenossen sich während seiner Rede  
so ungeniert und laut unterhielten, daß die Zeitungsbericht-  
erstatter kaum ein Wort des Redners verstehen konnten. Was  
sollte den Junkern das schulmeisterliche Gerede des Herrn  
Ernst? An dem Ergebnis änderte es nichts, und wenn der  
Herr noch so schön gesprochen hätte. Ihn aber be-  
achten, weil er Schulmeister ist und Liberater dazu? Es  
gibt kaum zwei Kategorien von Menschen, vor denen das  
hochmütige Junkertum weniger Respekt hätte.

Langweilig und interesselos ist die wichtige Schulgesetz-  
debatte in der ersten Lesung verlaufen. Es fehlte das auf-  
peitschende Element, das die Sozialdemokratie in den Parla-  
menten darstellt. Die Interessenten waren hübsch unter  
sich und konnten sich ungehindert über die Ver-  
teilung des Felles aussprechen. Im großen und  
ganzen hat man auch die Grenzen abgesteckt, über die kleineren  
Meinungsverschiedenheiten wird man sich hinter den Kulissen  
und in der Kommission einigen.

So geht die preussische Volksschule sicher ihrer weiteren  
Verkirchlichung entgegen. So lange das Dreiklassenparlament  
existiert, ist die Arbeiterklasse solchen unverschämten Provokationen  
gegenüber machtlos. Die preussische Arbeiterklasse muß darum  
die Eindringung und die gesetzgeberische Erledigung der Schul-  
vorlage mit einer energiegelassen, aufrüttelnden Agitation zu-  
gunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahl-  
rechts begleiten.

### Die Revolution in Rußland.

Trotz Militärrevolten, Beamtenaufruhr, trotz Bauern-  
erhebung und Arbeiterkampf beharrt die zarische Kamarilla  
hartnäckig in ihrer provozierenden Haltung und rafft sich zu  
einem letzten verzweifelten Versuch auf, sich gegen das gesamte  
arbeitende Volk, gegen eigene Beamten, eigenes Militär, mit  
bloher Hilfe der Anarchie, der „schwarzen Bänder“ am Ruher  
zu erhalten. Die Durnowo und Konforten rechnen auf die  
Ermüdung der Gesellschaft, auf die Erschöpfung der  
Revolution. Sie hoffen, die noch stupide Masse sowie die  
bürgerliche Geschäftswelt gegen die „Störenfriede“ aufzu-  
heben. Schon drohen sie offen mit der Auf-  
wiegelung von Nordbändern gegen die strei-  
kenden Post- und Telegraphenbeamten! Die  
revolutionäre Erhebung der Proletarier und der Bauern in  
Rusland versuchen sie der russischen Gesellschaft als eine  
nationale Erhebung behufs Kostrennung vom Reiche zu den-  
demonstrieren, um die „patriotischen Instinkte“ gegen die sozial-  
demokratische Arbeiterklasse von Riga und Kowno und das  
mit ihr solidarische Bauerntum aufzustacheln. Und schließlich  
halten sie den Moment für gekommen, um einen offenen Ge-  
waltsstreik gegen die Pressefreiheit und gegen die organisierte  
Arbeiterklasse zu wagen. Die Verhaftung des Rates der  
Arbeiterdelegierten in Petersburg sowie die Sistierung einer  
langen Reihe von Blättern sind eine direkte Provokation an  
die Revolutionäre. Die Regierung glaubt, daß die Arbeiter  
zu einem Massenstreik im Augenblick noch nicht vorbereitet  
seien und will sie deshalb durch brutale Provokationen zu vor-  
zeitigem Vorschlagen zwingen. Der Ernst der Situation ist  
unverkennbar. Freilich kann der Ausgang des Kampfes  
nicht mehr zweifelhaft sein. Auf das Lumpenproletariat als  
die einzige „Klasse“ gestützt in offener Auflehnung gegen  
die Arbeiterklasse hat noch nie eine Regierung existieren  
können. Allein der freche und blinde Uebermut der Konter-  
revolution wird den Kampf noch sehr in die Länge ziehen und  
ihn die schärfsten und blutigsten Formen aufzwingen. Der  
Absolutismus will eher das ganze Reich in einem fürchtbaren  
Chaos in Trümmer geben lassen, als selbst abdanken. Die  
Anarchisten des Absolutismus werden schließlich doch vor der  
planmäßigen revolutionären Aktion der Sozialdemokratie  
weichen müssen! —



### Der Gewaltstreik.

**Petersburg, 10. Dezember.** (Ueber Eydflühen.) Von einem Privatkorrespondenten.) Während der gestrigen Sitzung des Arbeiterdeputiertenrates wurde das Sitzungsgelände von Truppen eingeschlossen. Die Polizei verhaftete 30 Deputierte, welche unter Bedeckung von Kosaken in geschlossenen Wagen fortgebracht wurden.

**Petersburg, 13. Dezember.** (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Verhaftung des Rates der Arbeiterdeputierten hat auf die Arbeiter tiefen Eindruck gemacht. Gestern fanden in verschiedenen, hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Vierteln Beratungen statt, in denen ein neues Exekutivkomitee der Arbeiter gewählt und die Frage des Generalstreiks erörtert wurde. Auch in Moskau ist, wie von dort gemeldet wird, der Generalstreik angeregt worden. Im allgemeinen glaubt man nicht, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Generalstreik gelingen würde. Die am Sonnabendabend bei einer Sitzung des Arbeiterrats verhafteten 268 Personen sind bis auf 82, die ihre Namen nicht nennen wollten, wieder freigelassen worden.

### Die Pressefreiheit.

**Petersburg, 17. Dezember.** Der „Regierungsbote“ schreibt: Nach Veröffentlichung des Manifestes vom 30. Oktober gründeten die Redakteure und Verleger vieler Residenzblätter und Journale einen Verband zum Schutze der Freiheit des gedruckten Wortes und beschloßen, die Gesetze nicht zu beachten. Einige Preßorgane überschritten alle Grenzen und ließen die Drucklegung solcher Artikel zu, welche im Kriminalstrafgesetze vorgeordnete schwere Vergehen einschließen. Demzufolge sind vom 5. November bis zum 15. Dezember in beiden Residenzen wegen 22 Vergehen gegen das Kriminalgesetz gegen die Zeitungen Klagen anhängig gemacht worden; außerdem sind gegen alle periodischen Zeitschriften auf Grundlage neuer zeitweiliger Preßregeln Klagen beim Friedensrichter eingereicht worden.

**Moskau, 10. Dezember.** (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Redakteur der Zeitung der Sozialisten-Revolutionäre „Vorba“, namens Skirund, wurde verhaftet.

### Drohungen der „Schwarzen Bande“.

**Petersburg, 17. Dezember.** (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Regierung erfährt von verschiedenen Seiten, daß die durch den Ausstand der Eisenbahnangestellten zugrunde gerichtete Bevölkerung sich in einem solchen Zustande der Erregung befindet, daß ein neuer Ausstand sie zu Gewalttätigkeiten gegen die Eisenbahnangestellten treiben würde, worunter auch die Unschuldigen leiden würden. Angesichts der an zahlreichen Orten herrschenden Unruhen würde es der Regierung sehr schwer fallen, die Ordnung rechtzeitig wieder herzustellen, für den Fall, daß sich die Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen die ausständigen Eisenbahner hinreißen lassen sollte.

### Die revolutionäre Erhebung in Libland.

**Rowno, 17. Dezember.** (Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aus allen Kreisen gehen nach amtlichen Meldungen Berichte über den Ausstand der Litauer ein, die sich gegen die bestehende Ordnung auflehnen. Überall sind die Regierungsanstalten und Schulen demoliert. Die Beamten flüchten. Wie festgestellt wurde, agitiert die katholische Geistlichkeit für Fortnahme der Ländereien der orthodoxen Kirche und Austreibung aller Russen aus Litauen. Auch altgläubige Katholiken wurden demoliert. Bewaffnete Volkshaufen überfielen die Dörfer der Altgläubigen. Auf der Bahn Libau-Romny wurden russische Angestellte mißhandelt. Der Nahverkehr ist wegen Konzentrierung der Truppen gehemmt; an allen Waffengattungen werden fliegende Abteilungen formiert, doch ist die Truppenzahl gering.

### Das Streikgesetz.

**Petersburg, 17. Dezember.** (Ueber Eydflühen von der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die vom Ministerrat ausgearbeiteten und im Reichsrat durchberathenen Maßnahmen gegen die Ausstände erhielten die Sanction des Kaisers. Die Aufreizung zum Streik bei den Eisenbahnen und Telegraphenstationen wird mit Gefängnißhaft von 8 bis 16 Monaten bestraft. Personen, die den Streik beginnen, unterliegen einer Gefängnißhaft von 4 bis 16 Monaten. Personen, welche die Staatsrechte genießen und eigenmächtig die Arbeit einstellen, werden mit Arrest von 3 Wochen bis 3 Monaten oder Gefängnißhaft von 4 bis 16 Monaten bestraft. Außerdem kann das Gericht die Entlassung der Betroffenen verfügen. Der Versuch, durch Gewalt und Drohungen die Arbeitseinstellung herbeizuführen, zieht eine Gefängnißhaft von 3 bis 16 Monaten nach sich. Die Teilnahme an Gesellschaften, deren Zweck die Herbeiführung von Streiks ist, unterliegt einer Festungshaft von 1 Jahr 4 Monaten bis vier Jahren mit Verlust einiger Standesrechte. Für die Dauer der eigenmächtigen Einstellung wird das Gehalt nicht ausgezahlt. Angestellte, welche während des Streiks durch Streikende an ihrer Gesundheit geschädigt werden, erhalten Entschädigungen; falls sie arbeitsunfähig gemacht wurden, eine Pension; falls sie getötet wurden oder erhaltenen Verletzungen erliegen sind, werden ihre Familien versorgt.

### Der Streik geht weiter.

**Katariusslaw, 10. Dezember.** (Ueber Eydflühen.) Heute nachmittag legten die hiesigen Postbeamten die Arbeit nieder. Die Briefträger erschienen nicht, zerbrachen die Briefkästen, griffen einen Wagen, der Briefsäcke enthielt, an, und zerrißten die Briefe. Die Polizei schritt ein, und bei dem Handgemenge wurden zwei Polizisten durch Revolvergeschosse verwundet.

### Militärrevolten.

**Moskau, 10. Dezember.** (Ueber Eydflühen.) Hier fand eine Versammlung des Grenadier-Regiments Kosloff unter Teilnahme von Vertretern verschiedener Parteien statt. Den Befehl über die Versammlung führte ein Auswärtiger von 20 Soldaten. Die Ordnung wurde nicht gestört. Offiziere waren nicht zugelassen. Der Kommandant des Regiments hat seinen Abschied eingereicht. In derselben Kaserne wie das Regiment Kosloff liegt ein Bataillon des Regiments Astrachan. Die Mannschaften des Regiments Kosloff verhinderten die des Regiments Astrachan, Dienst zu tun. Die Offiziere des Regiments Kosloff hielten den ganzen Tag Beratungen ab. Dem Divisionskommandanten wurden die Forderungen der Soldaten gestellt; er versprach, sie an die obersten Behörden weiter zu geben. Das Regiment Kosloff hat einen Aufbruch an alle Regimenter ergehen lassen; diese werden darin aufgefordert, die Bewegung zu unterstützen, die jetzigen Kommandanten abzusetzen und für die Freiheit der Armee zu kämpfen. Die Antworten seien bis zum 19. Dezember zu erteilen. Das Regiment Kosloff beschloß sodann, eine militärische Demonstration in allen Straßen zu veranstalten.

**Moskau, 17. Dezember.** (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Regiment Kosloff hat sich ergeben. Als erste ergaben sich die Soldaten der Nitroalkalen-Kompagnie, sodann das dritte und vierte der unzufriedenen Bataillone und zwar in Gegenwart von Vertretern der extremen Parteien. Die übrigen Soldaten werden dem Beispiele folgen. Mehrere Mädelöführer wurden verhaftet, unter ihnen ihr Chef Schabarow. Die Offiziere sind auf ihre Posten zurückgekehrt; die Untersuchung ist im Gange. Einige weniger bedeutende Forderungen sind bewilligt worden, so die Umvertheilung der Soldatenkriege, die Vernehmung der Nationen und die regelmäßige Wohnungszahlung.

Der „Lokal-Anzeiger“ bringt die Nachricht, daß Leutnant Schmidt aus dem Festungsgefängnis entkommen sei.

### Die Anarchisten in Rußland.

Eine Anarchistengruppe in Petersburg — im ganzen gibt es ein paar Duzend Anarchisten in ganz Rußland — hatte sich an den Rat der Arbeiterdeputierten mit der Forderung gewendet, da andere Parteien — wie die Sozialdemokratie — darin vertreten sei, auch die Vertreter der „anarchistischen Partei“ aufzunehmen. Der Rat der Arbeiterdeputierten antwortete, daß die paar Anarchisten keine „Partei“ in Rußland seien und verweigerte ihre Beteiligung. So — lautete die Antwort zum Schluß — werden die Anarchisten auch von allen sozialistischen Kongressen in Europa behandelt.

Darob große Enttäuschung unter den Anarchisten. Eine andere anarchistische Gruppe veröffentlicht in dem bürgerlichen Blatte „Ruf“ einen heftigen Aufsatz gegen den Rat der Arbeiterdeputierten sowie einen Tadel für jene Anarchistengruppe, die von ihm Einlaß beistehe und sich damit einen bedenklichen Verlust gegen die anarchistischen „Grundzüge“ hätte zuschulden kommen lassen. Die Anarchisten erklären die gesamte von der Sozialdemokratie geleitete organisierte Arbeiterchaft Rußlands sowie ihren Kampf für ein reaktionäres Element und für ein echtes Kind der Bourgeoisie! Die Sozialdemokratie treibe ja nur die logische Weiterentwicklung und Idealisierung der „staatlichen und sozialen Säranken, in denen das Volk erstickt“. Der Kampf der Sozialdemokratie um demokratische Freiheiten sei ja nur eine Fortsetzung und Verewigung der — Knechtschaft des Absolutismus!... Es ist nicht uninteressant, festzustellen, daß sich die Anarchisten in ihrer Konfusion und namentlich in dem reaktionären Charakter dieser Konfusion überall gleich bleiben, und zugleich, daß die wirkliche revolutionäre Bewegung in Rußland zu ihnen in demselben scharfen Gegensatz steht wie in Westeuropa.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Dezember.

### Wahlrechtskampf in Sachsen.

Dresden, 17. Dezember. (Fig. Ver.)

Schlag auf Schlag folgten die Wahlrechtsaktionen aufeinander. Am Donnerstag verhandelte man über die Interpellation Goldstein in der Kammer, am Freitag abend wurden sieben große Volksversammlungen in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ für Sonnabend abend 9 Uhr angefündigt; und alle diese Versammlungen (mit der Tagesordnung: Regierung, Landtag und Wahlrechtsdemonstrationen), die in den größten Sälen Dresdens abgehalten wurden, fanden trotz der ungünstigen Zeit, kurz vor dem Weihnachtstfest, riesigen Zulauf. — In den sieben Versammlungen, in denen die Genossen Bloß, Ed. Fischer, Fleißner, Prähdorff, Gradnauer, Riem und Schulte referierten, waren mindestens 11 000 Personen, Tausende konnten nicht mehr hinein. Die Referenten wurden mit tosendem Beifall überschüttet, oft mußten sie in diesem Jubel ihre Referate unterbrechen. Stimmungsvolle und charakteristische Jurufe fielen hogedicht. Hier und da wollten die überwachenden Beamten die Pflur-Rufe nicht dulden, mit denen die bekannten Polizeigenossen und das Verhalten der Regierung charakterisiert wurden.

In der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ war ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß es diesmal bei den Versammlungen sein Bewenden haben solle und von Demonstrationen auf der Straße abzusehen sei. In der Reustadt und den äußeren Stadtteilen gingen denn auch die Massen nach Schluß der Versammlung auseinander. Nur in der Altstadt, dem Stadlern, kam es infolge des geradezu unverständlichen-auffälligen Gebarens der Polizei wieder zu ähnlichen Polizeigenossen, wie am 8. Dezember. Aus dem Trianon und den Blumenfäden ergossen sich etwa 4000 Menschen auf die Straßen. In leggenanntem Lokale hat jemand nach Schluß gerufen: „Ju Rehsch!“ Das war kaum ernst gemeint; die Polizei hatte den Ruf aber bemerkt und traf Vorkehrungen. Schon am Böhmischplatz wurden die zwanglos, wie nach jeder Versammlung, daherkommenden Trupps der Versammlungsteilnehmer von harten Polizeiforderns empfangen und am Zerstreuen in die verschiedenen Straßen und Stadtteile geradezu gehindert. Die Polizei sperrte ohne weiteres die Straßen in der Richtung nach der Wohnung des Ministers v. Rehsch und nach einigen anderen Punkten ab. Dadurch wurden die Massen, statt zerteilt, natürlich nur noch mehr konzentriert. Das königliche Schloß war ringsum abgesperrt.

Wie ein Lauffeuer waren diese Vorgänge, die sich gegen 11 Uhr nachts abspielten, in der ganzen inneren Stadt bekannt geworden. Ueberall erhob sich der Ruf: „Ju Rehsch!“ Es gelang tatsächlich einem großen Teile der von der Polizei zusammengetriebenen Massen nach der Rehschs Villa an der Wienerstraße zu kommen. Vom Trianon zogen ebenfalls größere Massen aus der Versammlung durch die Bergergasse und Bettinerstraße über den Altmarkt unter dem Gesange des Sozialistenmarsches und Hochrufen auf das freie Wahlrecht nach der Wienerstraße. Sie blieben bis zu dieser Straße von der Polizei unbehelligt. In der Nähe der Villa des Ministers griff aber ein hartes Gendarmen-Aufgebot mit blanker Waffe ein. Verirrte sprengten unter die Masse, die auseinanderstob. Wild hieben die Gendarmen auf die Fliehenden mit den Säbeln ein.

Nach offizieller Meldung sind 18 Personen, größtenteils schwer verwundet, ins Krankenhaus geschafft worden. Außerdem wurden viele Verwundete in ihre Wohnungen gebracht. Verhaftet worden sind ungefähr 20 Personen.

Der Vorgang verursachte in der Bevölkerung heftige Erregung. Auf dem Postplatz sammelten sich nach Witternacht Massen an. Die Polizei versuchte die Leute am Stehen zu hindern; sie soll auch noch einmal blank gezogen haben. An der Wienerstraße soll ein Schuß gefallen sein. Wenn die Behörden so fortfahren in ihrem Verhalten gegen die Massen, dann werden die Dinge auf die Spitze getrieben. Durch Gewaltandrohungen wird das Volk in solchen Zeiten nicht eingeschüchtert, sondern nur zu verhärtetem Widerstand gereizt. Wenn die Behörden klug sind, geben sie die Straßen für friedliche Demonstrationen frei.

Wie bekannt wird, sollen mehrere am 8. Dezember vorgenommene Verhaftungen gerichtliche Nachspiele haben. Man droht mit der Anwendung der §§ 115 und 122 des R.-Str.-G., die von Aufruhr und Meuterei handeln. Das schloß noch, um das Maß zum Ueberlaufen zu bringen.

### Offiziös wird aus Dresden gemeldet:

**Dresden, 16. Dezember.** (Wolffs Telegr. Bureau.) Heute abend wurden hier zahlreiche Protestversammlungen gegen das bestehende Landtagswahlrecht veranstaltet. Danach zog eine mehrere tausend Personen starke Volksmenge nach der inneren Stadt, bezw. zur Wohnung des Ministerspräsidenten v. Rehsch. Als hier die Polizei der Menge entgegentrat, fielen aus dieser zwei Schüsse. Ein Polizist wurde verletzt. Die Menge wurde schließlich mit blanker Waffe zurückgetrieben. Bis in die späte Nacht setzten sich Zusammenrottungen an den belebtesten Punkten der Stadt fort; es wurden Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausgebracht.

**Dresden, 17. Dezember.** Bei den Straßenunruhen in der Nacht zum Sonntag wurden von der Polizei 20 Verhaftungen vorgenommen, außerdem wurde eine Anzahl Personen zur Feststellung ihrer Namen sistiert, dann aber wieder freigelassen. 15 Verwundete wurden nach dem Krankenhause gebracht, 14 davon

wurden nach Anlegung eines Verbandes entlassen, 4 mußten im Krankenhause verbleiben. Es wurden aus der Menge nicht, wie gemeldet, zwei, sondern drei Schüsse abgegeben. Ein verirrter Gendarm wurde an der Wade getroffen.

Chemnitz, den 17. Dezember. (Fig. Ver.)

Am Sonntag vormittag fand hier eine Volksversammlung statt. Es sollte Bericht erstattet werden über den bisherigen Verlauf der Wahlrechtsbewegung in Sachsen; Strahendemonstrationen sollten vermieden werden. Deshalb war auch nur diese eine Versammlung einberufen worden. Dem Vorgehen der Polizei ist es jedoch zu danken, daß es abermals zu Straßentümpelungen in der inneren Stadt kam. Ungefähr 1500 Menschen mußten von dem Versammlungsort nach der inneren Stadt zu gehen, um in ihre Wohnungen zu gelangen. Die Polizei, die offenbar annimmt, daß jede Versammlung Strahendemonstrationen im Gefolge haben muß, hatte wieder besondere Vorkehrungen getroffen. Als sich den ruhig dahingehenden Massen nicht weit vom Versammlungsort 30—40 Schutzleute entgegenwarfen, wurden die Arbeiter erregt. Die Vorhölle der Beamten wurden mit Hochrufen auf das Wahlrecht beantwortet; trotz erlangen wieder der Sozialistenmarsch und die Marxhölle. Die verirrten Schutzleute ritten in die Menschenhaufen hinein, Protestrufe folgten. Bald waren die engen Straßen der alten inneren Stadt dicht mit Menschenmassen gefüllt, die ihre Hochrufe auf das Wahlrecht erschallen ließen. Erst allmählich verließen sich die Massen.

Wegen der Strahendemonstrationen am 8. Dezember soll in Chemnitz eine größere gerichtliche Aktion eingeleitet werden. Als erweislichen Anstifter und Anführer der Strahendemonstration hat die Polizei den sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaten Roske bei der Staatsanwaltschaft denunziert. Es ist ein Verfahren eingeleitet und unser Parteigenosse bereits vernommen worden.

### Stadtverordnetenwahlen im Wuppertal.

Eibersfeld, den 15. Dezember.

Das Schlagwort von der „einen reaktionären Masse“ erhält durch den Ausfall der Stadtverordnetenwahlen im Wuppertal eine neue Bestätigung. Wir sind hier gewiß nicht verwöhnt und der Massenkampf ist stets in ausgeprägter Form geführt worden; aber wie bei den diesmaligen Gemeindevahlen die bürgerlichen Parteien ihre angeblichen Grundzüge verleugnet, wie sie sich nicht nur einer reaktionären Masse, sondern zu einer reaktionären Meute gegen die Sozialdemokratie zusammenschweißten, das war selbst im Wuppertal bisher unbekannt.

Das Wuppertal, im Volksmund genannt „Mudertal“ ist durch sein Jahrhundert alte Sektewesen berüchtigt; das widerlichste Zelotentum ist hier lüppig ins Kraut geschossen. Die fanatischen Ausbrüche dieses Zelotentums sind — um zwei Fälle aus neuerer Zeit anzuführen — nach außen besonders durch die Brunnengeschichte und die Verfilmung des Schillerbuches bekannt geworden. Bei solchen Gelegenheiten kam es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen in der Stadtverordnetenversammlung. Noch kurz vor den diesmaligen Stadtverordnetenwahlen hallte die Kanonade aus der Schillerfeieraffäre nach. Damals gab es in den Augen der Liberalen keine gefährlichere Partei, als die verbündeten schwarzen und blauen Rückwärtser. Bei den Stadtverordnetenwahlen fanden sich jedoch alle diese schönen Seelen wieder zusammen.

In Eibersfeld besteht schon seit dem Jahre 1891 ein Kartell zwischen den Konservativen, Nationalliberalen, Ultramontanen und Freisinnigen, das damals abgeschlossen wurde, weil „der Kampf der politischen Parteien in die Gemeindevertretung nicht gehöre“. Diese Phrase hat das Kartell seitdem bei allen Wahlen auf den Markt getragen, bis — endlich die sozialdemokratische Partei das Kartell arg in das Gedränge brachte. Es muß hier bemerkt werden, daß in dem „fortgeschrittenen“ Rheinland das allerschlechteste Kommunalwahlsystem ganz Preußens besteht — und das will etwas heißen. Bis zur Einführung des Miquel'schen Einkommenssteuergesetzes betrug in Eibersfeld und Barmen der Jensus 12 R. Staatssteuer; das Dreiklassenystem und die öffentliche Stimmabgabe besteht natürlich auch hier. Dieser hohe Jensus war jedoch angesichts der rapiden Entwicklung der Konzentration des Kapitals und der Proletarisierung der Massen nicht mehr aufrecht zu erhalten. So gab es 1891, als zum letzten Male nach dem hohen Jensus gewählt wurde, in Eibersfeld bei etwa 150 000 Einwohnern in der dritten Klasse nur 5785 Wähler. Von diesen gingen ganze 550 zur Wahl. Das Kartell, das die Mandate unter sich verteilte, hatte alles öffentliche Interesse an der Gemeinde erstickt. Als dann der Jensus von 12 R. auf 6 R. Staats-einkommensteuer herabgesetzt wurde, änderte sich das Bild etwas. Die sozialdemokratische Partei beteiligte sich an den Wahlen, brachte es aber bis zum Jahre 1899 nur auf 400 Stimmen; denn nach wie vor waren so gut wie gar keine Arbeiter wahlberechtigt. Man besorgte nämlich hier die Praktik lieber auf die Steuern von den Arbeitern zu verzichten, als sie wahlberechtigt werden zu lassen und damit die „sozialdemokratische Gefahr“ heraufzubeschwören. Aber schließlich wurde die Sache doch zu unfällig, denn die an Einwohnerzahl schwächere Schwesterstadt Barmen hatte in der dritten Abteilung tausende Wähler mehr als Eibersfeld. Die Verwaltung zog daher von 1901 ab in jedem Jahre eine Anzahl Arbeiter mehr zu höheren Steuern heran, so daß in diesem Jahre die Zahl der Wahlberechtigten in der dritten Abteilung 18 770 betrug.

Dadurch geriet das Kartell in Not, obgleich auch heute noch nur etwa die Hälfte der Eibersfelder Arbeiterschaft wahlberechtigt ist. Dazu kommt, daß unter der Kartellwirtschaft in der Gemeindevertretung die schlimmsten Mißstände eingerissen sind und sich schon vor mehreren Jahren auch in bürgerlichen Kreisen eine Opposition gebildet hat, die sich aus den verschiedensten Parteien zusammensetzt. Das Kartell erlangte 5367, die sozialdemokratischen Kandidaten 4121 und die bürgerliche Opposition 747 Stimmen. Zwei Sozialdemokraten kamen mit zwei Kartellkandidaten in die Stichwahl. Die bürgerliche Opposition beschloß wohl, die Sozialdemokraten zu unterstützen, aber es sind dieser Parole nur 89 Wähler gefolgt. So siegte in der Stichwahl das Kartell mit 5505 gegen 4488 Stimmen. All die Lügen, Verleumdungen, Entstellungen, die die R.-Gladbacher Zeitschrift und die Trabanten des Reichsverbandes bei Reichstagswahlen ausstießen, wurden Tag für Tag wiederholt, dazu kam ein unbegreiflicher Terrorismus, der gegen abhängige Wähler ausübte wurde.

Aber trotz alledem sind die Tage der kapitalistischen Meuterei auf dem Rathhaus gezählt, denn bei der nächsten Wahl dürfte es unierer Partei zweifellos gelingen, eine Dreifache in das Kartell zu legen. Schon diesmal ist gehörig in das Wespennest gestochen worden. Während sucheln die



Karteisten um sich — und laufen jetzt zum Staatsanwalt. Das ist in Preußen ja stets der Weisheit letzter Schluss, wenn Mißstände an den Tag gefördert werden. Es wird voraussichtlich einen interessanten Prozeß geben — Material für die nächsten Wahlen.

Die bürgerlichen Parteien nahmen zum erstenmal in jeder Wupperstadt einen leibhaftigen Arbeiter auf ihre Liste, in Barmen einen evangelischen und in Elberfeld einen katholischen. Mit diesem faulen Abber gedenkt man für die Zukunft die im Panne des Zelotentums dahinduselnden Arbeiter an den Wahlstisch zu bringen, damit sie ihre eigenen Ausbeuter wählen. Die Wuppertaler Arbeiterschaft wird das Spiel zu durchkreuzen wissen.

## Deutsches Reich.

### Eine „Friedenskundgebung“.

In der Berliner Börse fand am Sonntag eine von 2000 Personen besuchte Versammlung von Vertretern des Handels und Gewerbes, Parlamentariern, Gelehrten und Künstlern statt. Die zum Zweck dienen sollte, dem englischen Volk die Friedensliebe der deutschen Nation eindringlich zu beweisen. Auch die Bürgermeister von Berlin, Charlottenburg und anderen Nachbarstädten waren zu der Demonstration erschienen. Von allen Rednern, dem Stadthalter Kämpf, dem Direktor der Diskontogesellschaft Dr. Salomonson, dem Rektor der Charlottenburger Hochschule Dr. Flamm, dem Reichstagsabgeordneten und Herrenhausmitglied Prinzen zu Schönau-Carolath usw. wurde die Friedensliebe des deutschen Volkes und das gemeinsame Friedensinteresse Englands und Deutschlands nachdrücklich hervorgehoben. Der Direktor der Diskontogesellschaft zog speziell die deutsch-englische Handelsbilanz, das in Britisch-Südafrika investierte deutsche Kapital in Höhe von 1,2 Milliarden und die häufige Gemeinsamkeit der Bankaktionen als Beweise dafür heran, daß die beiden großen Kulturnationen ohne jede Eifersüchtelei nebeneinander leben könnten, da die weite Welt vollständig Raum habe für beide Nationen. Ein anderer Redner führte aus, daß ein Krieg beiden Völkern die furchtbarsten Wunden schlage, so daß es hohe Zeit sei, auszusprechen, daß ein Krieg zwischen diesen beiden Kulturvölkern die europäische Kultur überhaupt in Frage stellen werde. Einstimmig wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

Die von den Besten der Kaufmannschaft von Berlin auf den 17. Dezember 1905 in die Säle des Börsegebäudes einberufene und von mehr als 2000 Personen aus fast allen Berufsständen besuchte Versammlung begrüßt mit Freude alle Bestrebungen, die auf Herstellung und Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der englischen und deutschen Nation gerichtet sind.

Indem sie die Wünsche für ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Völkern, die in verschiedenen von hervorragenden Männern Großbritanniens in London veranstalteten Versammlungen zum Ausdruck gebracht worden sind, auf das wärmste erwidert, spricht sie die Ueberzeugung aus, daß ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und England dazu beitragen wird, nicht nur die Interessen beider Nationen, sondern auch die geistige und wirtschaftliche Entwicklung der Welt auf das wirksamste zu fördern.

Auch diese Demonstration, so gut sie zweifellos gemeint war, wird an dem politischen Verhältnis zwischen England und Deutschland nicht das geringste ändern. Die Engländer denken genau das, was einmal Balkenstein von Gustav Adolf sagte: Nicht auf's Maul, sondern auf die Hände muß man sehen! Warum ist denn von all den freisinnigen Parlamentariern kein einziger der Bälowschen Begründung der Flottenvorlage mit den wirtschaftlichen Argumenten entgegengetreten, die Dr. Salomonson gestern in der Börse entwickelte? Warum hat man diese Argumentation der Sozialdemokratie überlassen? Und wenn der Prinz Schönau-Carolath erklärte, daß Deutschland keinerlei Besorgnis hege, daß eine starke englische Flotte ihre Spitze gegen Deutschland richten, warum betreibt dann überhaupt Deutschland so fieberhaft seine Flottenrüstungen?

Es gibt nur ein Mittel gegen die Verheerung der Nationen und die internationale Kriegsgefahr: den siegreichen Aufstieg der Arbeiterklasse und die Demokratisierung des Staatswesens. Erst wenn die Volksmassen selbst über Krieg und Frieden zu entscheiden haben, ist jede Gefahr eines Krieges ausgeschlossen.

### Das Wettstreiten.

In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ behandelt Konteradmiral z. D. Stiege die Frage des Wettstreits zwischen England und Deutschland. Er bezieht sich dabei auf einen Artikel in der „Army and Navy Gazette“, in dem dargelegt wird, daß sich infolge der deutschen Flottenrüstungen der Schwerpunkt für die englische Flotte nach der Nordsee verschoben habe. Die Verschiebung des Schwerpunktes in Englande maritimer Lage habe ungefähr in jedem Jahrhundert einmal vollzogen. Die letzte Verschiebung sei durch das deutsche Flottenrüstungen geboten worden. Die Kanalflotte, die aus 12 Linien Schiffen bestand, sei auf 17 Linien Schiffe erhöht worden, wozu noch 12 Panzerkreuzer kämen. Die Stärke der Kanalflotte sei auch jetzt noch keineswegs eine feststehende, vielmehr werde sie danach bemessen werden, „was andere tun“.

Konteradmiral Stiege findet die hier niedergelegte englische Admiralitätspolitik „unantastbar logisch“. Deutschland müsse sich feinerseits zu derselben „nächsteren Logik“ aufschwingen. Deutschland stehe wie England an einem historischen Wendepunkt und müsse demgemäß seine Flotte verstärken.

Wir unterwerfen uns ein solches Wettstreiten keineswegs logisch, sofern wir nicht den methodischen Abwärtsschritt als logisch gelten lassen wollen. Denn das Wettstreiten kann doch nicht in alle Ewigkeit weitergehen. Die Rivalität muß sich schließlich schließlich bis zur offenen Feindseligkeit zuspitzen, das beweisen ja gerade die Lehren der Vergangenheit: die Vernichtung der spanischen Seeherrschaft im 16. und 17. Jahrhundert, die englisch-niederländischen Seekriege im 17. Jahrhundert und schließlich die Seeschlacht von Trafalgar an der Wende des 18. Jahrhunderts! England hat, hauptsächlich wegen der deutschen Flottenrüstungen, seinen Flottenetat von 290 Millionen im Jahre 1893 auf 734 Millionen im Jahre 1903 steigern müssen. In einem Jahrzehnt kosten also England diese Rüstungen vier Milliarden! Glaubt man wirklich, daß da nicht England schließlich eine Nachprobe diesen ungeheuren und unabsehbaren Opfern vorziehen wird? Da also die „unantastbare Logik“ des Wettstreits früher oder später zu einer Katastrophe führen muß, gebietet die gesunde Vernunft und der wahre Patriotismus, sich diesem tollen Flottenwettstreit mit aller Macht entgegenzustellen!

### Flottenmaren.

Am Sonntag nahm der Alldeutsche Verband in Leipzig in einer außerordentlichen Versammlung zur Flottenvorlage Stellung in dem Sinne, daß die Vorläufe der Regierung nicht als ausreichende anzusehen sind.

Aus dem alldeutschen Redebrei seien nur einige Gesandnisse des Flottenagitors Generalleutenants z. D. Liebert ihrer Offenherzigkeit wegen hervorgehoben. Einer seiner Sätze lautete:

„Von England können wir vor allem den brutalen Egoismus lernen, mit dessen Hilfe er seit 2 Jahrhunderten Meer und Welt beherrscht.“

Herr von Liebert ist Vorstandsmitglied des von den obersten Reichspitzen gebildeten Flottenvereins. Und ein solcher Mann sündet dergestalt eine Meer- und Welt beherrschende Seepolitik Deutschlands an! Ist auch das keine Verleumdung Englands? Besonders niedlich ist auch der zweite Ausspruch dieses Flottenagitors. Er lautete:

„Alle Interessenten versammeln sich und schreien Ach und Weh über die neuen Steuern. Wohl hören wir die Herren Hurra schreien, aber für den Patriotismus der Tat, für den Opfermut sind sie nicht zu haben!“

Die alldeutschen Flottenfeste riefen hierzu: „Sehr wahr!“ Tragdem wurde ihre Versammlung nur mit einem dreifachen „Heil“, nicht aber auch mit einer Flottenversammlung geschlossen!

Militaria. In seinem ersterlichen Hause in Werresheim machte ein Soldat der 12. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 89, welches in Düsseldorf domiciliert ist, seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Aus einem hinterlassenen Schreiben ging hervor, daß der Soldat wegen schlechter Behandlung im Dienste durch seine Vorgesetzten den Tod gesucht hat. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

### Die „Panther“-Affäre.

Das halbsoffizielle Dementi der „Köln. Zig.“ über angebliche Uebergriffe des „Panther“ in Brasilien wird nun doch durch eine Darstellung des sicher nicht regierungsfeindlichen Scherl-Blattes Lügen gestraft. Das Blatt erhält aus Friburg (Schweiz) folgende Meldung:

Der Matrose Hajmann ist vom „Panther“, wohl auf Anlaß Steinhofs, am 25. November abends von Bord desertiert. Einige Offiziere in Zivil und etwa 20 Mann in Uniform wollten am 27. morgens um 1 Uhr das Hotel Commercio, wo Steinhof wohnte, nach Hajmann durchsuchen. Der Inhaber verweigerte dies wegen seiner übrigen Gäste, rief jedoch auf Verlangen Steinhofs, der Hajmanns Uniform übergab und sodann gezwungen die Abteilung begleitete, um Hajmann zu suchen. Alle begaben sich hierauf nach der Wohnung von Jacob Zimmermann und verlangten, wie es heißt, unter Drohungen die Herausgabe von dessen Sohn Julius. Nach kurzer Mißföhrung wurde dieser entlassen, da er über den Verbleib Hajmanns nichts wußte. Von Steinhof verlautet, daß er von der Mannschaft des „Panther“ Prügel empfangen und an Bord genommen wurde, da er hier und in den Nachbarorten nicht mehr erschien.

Nach dieser Darstellung hätten sich also Offiziere und Mannschaften des „Panther“ eines gräßlichen völkerrechtswidrigen Uebergriffs schuldig gemacht. Die deutsche „Ehre“, die sich von Väterchens Soldaten die dreifachen Unverschämtheiten gefallen läßt, hätte einem schwächeren Gegner gegenüber wieder einmal ihr Mütchen geliebt.

## Ausland.

### Frankreich.

Genosse Abgeordneter Bagnol gestorben. In Paris ist am 15. d. M. der sozialistische Deputierte des 13. Arrondissements, Henry Bagnol, an einer Lungenerkrankung gestorben. Von Beruf Textilarbeiter, trat er als 17-jähriger 1882 in die sozialistische Partei ein. Während der boulangistischen Periode kämpfte er tapfer gegen den verräterischen „Sozialismus“ Rocheforts. 1902 wurde er gegen einen Nationalisten in die Kammer gewählt, wo er namentlich bei Beratung der sozialpolitischen Gesetze eine eifrige Tätigkeit entfaltete. Außerhalb des Parlaments wirkte er mit gleicher Gewissenhaftigkeit und Begeisterung in der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung sowie bei der Gründung von Volksvereinigungen. Er war auch Mitglied des obersten Arbeiterrats. Sein durch Entbehrungen und übermäßige Arbeit frühzeitig herbeigeführtes Hinscheiden erweckt bei den französischen Genossen das tiefste Bedauern.

### Italien.

#### In Erwartung des Stimmens.

Rom, 16. Dezember. (Fig. Ver.)

Die Diskussion über das Handelsabkommen mit Spanien trägt in keiner Weise dazu bei, die politische Situation zu klären. Gegen das Handelsabkommen haben sich Abgeordnete aller Parteien ausgesprochen: Sozialisten, Republikaner, Radikale, Konservative und Ministerielle. Die freihändlerischen Parteien — also die drei an erster Stelle genannten — haben die Art des Abkommens getadelt, seine stöckliche Bekanntmachung, die zu der Panik auf den Weinmärkten Anlaß gab; auch werden sie ihren antiministeriellen Votum den Charakter einer Allgemeinen Mißbilligung gegen die gesamte Politik des Kabinetts geben. Die Konservativen mißbilligen das Abkommen, weil sie Spanien als Konkurrenzland fürchten und — ohne Grund — von einer vermehrten Einfuhr spanischer Produkte eine Preisreduktion der inländischen erwarten. Die Abgeordnete sehen direkt unter dem Eindruck der sichtbaren Erregung der Produzenten in den süblichen Provinzen, wo viele Tausende kleiner Weinbergbesitzer durch das plötzliche und vielleicht künstlich geförderte Sinken der Preise vor dem Bankrott stehen. Aber diese Abgeordneten, die gezwungen zur Opposition übergehen, möchten ihrem Votum keinerlei Mißtrauenscharakter für das Kabinett geben. Am liebsten würden sie eine Tagesordnung annehmen, die dem königlichen Dekret über das Abkommen die Bestätigung verleiht und gleichzeitig dem Kabinett das Vertrauen der Kammer anspricht. Sie wollen — was an sich nicht unmöglich ist — die politische Frage ganz von der volkswirtschaftlichen trennen und das Handelsabkommen zu Falle bringen, ohne Fortis zu fällen.

Gegen diese Kombination, von der man nicht weiß, ob Fortis etwas von ihr wissen will, werden sich außer den Sozialisten und Republikanern die Konservativen lehnen. Aber auch die ministerielle Presse, wie die „Tribuna“, hegt Bedenken gegen ihre Durchführbarkeit. Die Nichtbestätigung des Handelsabkommens, sagt man, wird die spanische Regierung in hohem Maße verletzen. Man ist ihr eine Genugtuung schuldig. Die einzig mögliche ist die, das Ministerium zu opfern, das das Abkommen geschlossen hat. Bei dieser Auffassung spricht natürlich die Ungebuld vereinzelter Postfiskusaspiranten auch ein Wortchen mit.

Die Möglichkeit, daß das Ministerium und das Handelsabkommen gerettet werden, ist ungewisselhaft gering. Immerhin faßt sie Fortis ins Auge, indem er am 15. Truppen aus Rom, Mailand, Brescia, Bergamo, Venedig, Treviso und San Remo nach Capusien geschickt hat. Im ganzen dürften am Sonntag fünf Regimenter in den unglücklichen Provinzen eintreffen. Der ungeheure Ernst dieser Maßnahme kann niemand verborgen bleiben. Durch diese große Truppenablosung gibt man der Unzufriedenheit dieser Provinzen eine konkrete Richtung: die aus dem Norden kommenden Truppen, die die Regierung schickt, erscheinen dieser gequälten Bevölkerung als der „Feind“, als das „Uebel“, das man vorher nicht fassen, nicht definieren konnte.

Fortis sollte nicht vergessen, daß Blut ein ganz besonderer Saft ist und daß dieser Saft doch etwas bedenklichere Folgen haben kann als die spanischen Weine.

Fortis hat das von ihm verlangte unbedingte Vertrauensvotum nicht durchzusetzen vermocht. Infolgedessen wird dem Kabinett nichts übrig bleiben als zu demissionieren. Die Niederlage des Ministerpräsidenten wird vom Könige nicht gar übel aufgenommen, denn es verlautet, Fortis solle mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden.

## England.

### Die sozialistische Presse über John Burns.

London, 16. Dezember. (Fig. Ver.) Die Sozialdemokratische Föderation, deren Mitglied John Burns einst war, erklärt heute in der „Justice“: „Wir können uns darüber nur freuen, daß Burns endlich — vor aller Welt — den John seines Verrates erhalte hat, aber es ist auch unendlich, sich eines Gefühls tiefsten Bedauerns zu erwehren. Für einen Mann wie Burns ist es ein trauriger Ehrgeiz, zu den liberalen Strebern und Stellenjägern gerodet zu werden. Er hätte einen unvergleichlich edleren Ehrgeiz begehren und befriedigen können. Er hätte zum Führer einer großen, starken, geeinigten und kämpfenden Partei der Arbeiterklasse werden können. Eine detarierte Stellung ist der Weisheit und Edelheit würdig. Aber diese Stellung kann Burns nimmermehr einnehmen. Sie wird einem anderen zufallen — einem Manne, der einen ausgeprägteren Sinn für Wahrheit, Ehre und Pflicht besitzt, einem Manne mit mehr Loyalität und Opfernmut für die Sache der Arbeiterklasse. Burns hat nimmermehr seine eigene Verantwortung unterzeichnet, und die Arbeiterbewegung ist seine enggültig losgeworden.“

Der „Labour Leader“, das Blatt der Unabhängigen Arbeiterpartei, meint: „Wäre John Burns nie Sozialist gewesen und gäbe es gegenwärtig keine Arbeiterpartei, dann wäre er nicht Kabinettsminister geworden. John Burns, der Mann mit der roten Fahne“, der Metallarbeiter“, ist gegenwärtig der Recht-Ehrenwerte John Burns, Mitglied des Geheimen Rates, Mitglied des Parlaments, Präsident der Zollverwaltung; er bezieht ein Jahresgehalt von 2000 Pfd. Sterl. und nach fünf Jahren Dienst eine Alterspension von 1200 Pfd. Sterl. Unser „ehriges John“ muß darüber nicht wenig erstaunt sein... Burns ist in einer gefährlichen Lage, um die ihn kein wirklicher Sozialist beneiden wird... Er ist schmählich abgefallen, aber er ist weder der erste noch der letzte Untrügliche. Die sozialistische Bewegung schreitet ungehindert fort.“

### Afrika.

#### Marokko.

Die Vertreter der französischen Nation werden auf der bevorstehenden Konferenz von dem Bewußtsein getragen sein, in Wirklichkeit die Repräsentanten großer Schichten des französischen Volkes zu sein; hat doch die Kammer nach einer großen Rede Rouviers am Sonnabend mit 486 gegen 49 Stimmen den Antrag angenommen, die Diskussion der Angelegenheit bis auf weiteres zu vertagen.

In bezug auf Ort und Zeit der Konferenz tauschen neue Versionen auf: Statt in Algier soll die Tagung in Madrid abgehalten werden. Sodann verlautet, der Termin werde möglicherweise wieder um einige Tage oder gar Wochen später angelegt werden.

## Aus Industrie und Handel.

### Internationale Teiler.

Der Sozialdemokratie wird als schweres Verbrechen ihr Internationalismus angerechnet. Und zwar sind es Leute, die selbst internationale Verbindungen eingehen, welche am wildesten in Tönen tiefer Verachtung über den Internationalismus der Sozialdemokratie sich entlassen. Wie meinen die Großindustriellen. Die Generale aus dieser vornehmsten Gesellschaft, darunter aus Deutschland die Herren Löffler, Schallendbrandt, Ottmann und Baer als Vertreter des deutschen Stahlverbandes, hatten sich, wie schon kurz berichtet, am 8. Dezember in Paris zu einer internationalen Konferenz der Industriellen zusammengefunden. Bei dieser Gelegenheit verständigte man sich unter anderem über Preissteigerungen u. a. Von beifälliger Seite wurde der Vorschlag gemacht, sämtliche auf dem Weltmarkt einlaufenden Exportaufträge nach dem dreijährigen Durchschnittsverband für den Export unter die einzelnen Gruppen zu verteilen. Diese Anregung wurde allerdings heifällig aufgenommen! Es soll zunächst eine genauere Prüfung dieser Frage unter den einzelnen Gruppen für sich stattfinden, um dann später gemeinsam weiter beraten zu können.

Der Zweck der internationalen Verbrüderung ist also die planmäßige Plünderung der Konsumenten und die Verteilung der Beute. Soldaten edlen Bestrebungen geben sich Leute hin, die in ihren resp. Vaterländern als die Wölfe des Rationalismus sich selbst empfehlen. Die Konsumenten und Produzenten, die sich zur Abwehr der Schnapshabspläne international verständigen, nennt man Vaterlandlosjes Gefindel.

Steigende Dividende. In der am 18. d. Mts. in Berlin abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Bergwerksgesellschaft „Hibernia“, Herne, wurden folgende Mitteilungen gemacht:

In den abgelaufenen 11 Monaten des Jahres 1905 beziffert sich die gefamte Kohlenförderung auf netto 3 959 654 Tonnen (gegen 4 082 280 Tonnen in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres).

Ferner wurden 611 000 Tonnen Roaks erzeugt, 19 000 Tonnen Teer, 7392 Tonnen Ammoniak, 1217 Tonnen Benzol gewonnen. Die Erzeugung an Ziegelsteinen beziffert sich auf 13 Millionen Stück; 36 500 Tonnen Breitens wurden hergestellt und in den eigenen Gasanstalten 950 000 Kubikmeter Gas.

Der erzielte Bruttogewinn wird unter Hinzurechnung des mit-möglichen Ueberflusses pro Dezember er. einen Jahresgewinn ergeben, welcher bei angemessenen Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von 10% Proz. und zwar für das alte Aktienkapital von 53 500 000 M., und für 25 Proz. des neuen Aktienkapitals der Emission laut Generalversammlungsbefehl vom 27. August 1904 von 5 500 000 M. gleich 1 025 000 M. voll und für weitere am 1. Juli 1905 eingezahlte 25 Proz. dieses neuen Aktienkapitals gleich 1 025 000 M. für ein halbes Jahr zulassen dürfte.

In bezug auf die Aussichten für das folgende Jahr wurde mitgeteilt, daß bei ungehörter Entwicklung des Betriebes nach Maßgabe der inzwischen lebhafter gewordenen Geschäftslage und der zum 1. April n. J. zu erwartenden Steigerung der Kohlenpreise, welcher zwar eine gewisse Steigerung (!) der Selbstkosten gegenübersehen wird, ein auch über das Resultat des Geschäftsjahres 1904 hinausgehendes Nettoergebnis erzielt werden wird.

In den letzten 10 Jahren verteilte die Gesellschaft folgende Dividenden: 6, 7, 7, 8, 9, 9, 9 und 10 Proz. Jetzt sollen es 10% Proz. werden und im nächsten Jahre noch mehr. Den Bergarbeitern eine Trugnovelle, den Unternehmern höhere Dividenden, so findet jeder seine „gefälschte Existenz“.

### Ein Krach in Amerika.

Das Fällissement der Chicago National Bank, der Home Savings Bank und der Equitable Trust Company ist angekündigt worden. Die Ankündigung erfolgte um 3/4 Uhr morgens nach einer 18-stündigen Sitzung der Clearinghouse Committee, das feststellt, daß die Aktiva der genannten Institute in den Kohlen- und Eisenbahnunternehmungen des Präsidenten der Chicago National Bank, John Walsh, stecken. Das Clearinghouse verpflichtet sich, die Deponenten auf Verlangen voll auszuzahlen, um eine mögliche Panik abzuwenden.

Stahlverband. Der Stahlverband setzte die Ausfuhrvergütung für Stahlblech, Vandeisen und verschiedene Erzeugnisse der Klein-eisenindustrie auf 7 M. pro Tonne Halbzeug fest.

Eine Schlacht an der Börse. Der durch seinen erbitterten Kampf gegen die Standard Oil Company bekannt gewordene Börsenmann J. B. Lawson teilt durch Inserate in den Zeitungen mit, daß er bei den Kursrückgängen der letzten Tage 3 500 000 Doll. von den 10 000 000 Doll. verloren habe, die er für seine Baiffspekulationen in Kupfer gegen die Standard Oil Company aufgebracht hatte. Der Rest der 10 Millionen und weitere 10 Millionen Doll. bilden das ganze Vermögen Lawsons. Er erklärt, er werde das ganze Geld einsetzen, um den Kupferpreis auf das natürliche Niveau herabzuziehen. Er nehme keine Rücksicht und erwarte auch keine. Die Standard Oil Company hat darauf zunächst mit einem Dinaustreiben der Kupferpreise geantwortet.



# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Die Gelbmetallwaren-Fabrikanten auf dem „gelben“ Arbeitergang.

Während des vorjährigen Gürtler- und Drückerstreiks versuchte sich die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten bekanntlich in der Gründung einer „gelben Gewerkschaft“. Streikbrecher und sonstige indifferente Arbeiter, die bei den Kleinen Rühnemännern tätig waren, wurden von diesen veranlaßt, sich in eine bestimmte Liste der Vereinigung einzuschreiben zu lassen, damit die liebevollen selbstlosen Fabrikanten den Listenbrüdern aus purer Arbeiterfreundlichkeit „eine Anzahl Vergünstigungen“ zuteil werden lassen könnten. Die Fabrikanten verlangten laut Rebers von diesen Arbeitern weiter nichts, als „daß sie ihrem Arbeitgeber durch Unterschrift auf Ehrenwort versichern, daß sie nicht organisiert sind. Als nichtorganisiert gilt, wer keiner Arbeitnehmervereinigung angehört, die bei Streiks, Aussperrungen und dergleichen ihren Mitgliedern Gelder zahlt oder Unterstützungen gewährt“.

Und welche „Vergünstigungen“ sollten die „eingeschriebenen“ Arbeiter haben? Nun, erstens sollen sie nicht ausgesperrt werden dürfen, und zweitens sollen sie von der Vereinigung im Falle der Arbeitslosigkeit eine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Das Regulator der Fabrikanten sagt darüber nämlich:

„Kommt es zu einem Streik, dessen Beilegung der Vertranenskommission nicht gelungen ist, so hat sie das Recht, die Entlassung bis zu 70 Prozent der nicht eingeschriebenen Arbeiter in allen Betrieben der Vereinigung zu verfügen. Auf Beschluß der Generalversammlung können jedoch alle nicht eingeschriebenen Arbeiter entlassen werden. Dagegen werden eingeschriebene Arbeiter von der Aussperrung niemals betroffen.“

Mit diesem Köder spekulieren die überschlaunen Fabrikanten natürlich darauf, daß sich nach und nach so viel Arbeiter bei ihnen „einschreiben“ lassen möchten, daß es vor lauter vergünstigungsfrohen Arbeitern in ihren Betrieben überhaupt nicht mehr zum Streik käme, wodurch dann ja auch die Aussperrungen überflüssig würden. Also die eingeschriebenen Gelben sollen gewissermaßen den ewigen Frieden in der Gelbmetallindustrie sichern. Die vor lauter Arbeiterfreundlichkeit triefenden Fabrikanten können dann „ohne Benützung durch unzufriedene Elemente“ lustig drauf los produzieren und ungestört ihre netten Entbehrungslöhne einheimen, während sie die Löhne der zufriedenen eingeschriebenen nach ihrem Gutdünken wohlwollend festsetzen.

Schön gedacht! Schade nur, daß die Spekulation auf die Aussperrungsfurcht der Arbeiter ein großes Loch hat. Wer heute noch gelb ist, ist morgen vielleicht schon rot. Jeder Arbeiter lernt schließlich einsehen, daß selbst die Arbeitgeber mit dem berühmtesten „guten Herzen“ niemals etwas anderes als seine Ausbeuter sein und werden können.

Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung heißt es in dem Regulator:

„Als arbeitslos gilt derjenige, dem der Arbeitsnachweis der Vereinigung nicht angemessene Arbeit unter auskömmlichen Bedingungen nachweisen kann.“

Die Unterstützung soll insgesamt für höchstens 56 Tage in einem Jahre gezahlt werden und beträgt bei einem ununterbrochenen Arbeitsverhältnis in den der Vereinigung angeschlossenen Betrieben von

1 Jahre f. männl. Arbeiter	1,50 M.	f. weibl.	0,80 pro Werktag
2 „ „ „ „	1,75 „	„	1,05 „
3 „ „ „ „	2,00 „	„	1,20 „
4 „ „ „ „	2,25 „	„	1,35 „
5 „ „ „ „	2,50 „	„	1,50 „

Beiträge soll der „Eingeschriebene“ hierfür nicht zahlen. Alles berappt die edle Fabrikantenvereinigung aus eigener Tasche. Dafür aber hat jeder brave „Gelbe“ die Pflicht, unbedingt Streikbrecher zu werden, wenn es verlangt wird; sonst bekommt er eben — keine Arbeitslosenunterstützung!

Nach dem vorjährigen Streik übten die Fabrikanten, wie noch allgemein erinnerlich sein dürfte, im prächtigsten Siegesübermut einen Druck auf die unterlegenen Arbeiter aus, diesen gelben Rebers zu unterzeichnen. Eine Anzahl von ihnen tat es auch aus Not. Das Resultat ihrer „Bemühungen“ scheint die Fabrikanten jedoch durchaus nicht zu befriedigen. Die große Mehrzahl der Arbeiter muß unbedingt ein Haar in der gelben Suppe gefunden haben, anderenfalls wäre es unverständlich, daß die Fabrikanten gegenwärtig in unscheinbaren weißen Kuberts Agitationszirkulare in die Privatwohnungen der Arbeiter per Post versenden und darin in rührenden Tönen ihre eingeschriebenen Vergünstigungen anpreisen. In den Zirkularen wird es so dargestellt, als herrschten unter den Arbeitern der Metallwarenfabrikanten so viele falsche Auffassungen über das Wohlstandsprinzip der Arbeitgeber, daß diese eine „Aufklärung“ für dringend geboten erachteten. Sie sagten daher in ihrem Anschreiben höflich, verlegen und unverschämte zugleich:

„Wir bitten (i) deshalb, genau zu prüfen und empfehlen den bisher bei uns noch nicht eingeschriebenen Arbeitnehmern, sich unseren Bestrebungen anzuschließen, denn diese sollen alle diejenigen, welche in Ruhe sich und ihre Familien auskömmlich ernähren wollen, sowohl vor dem Zwang, streiten zu müssen, als auch vor der Möglichkeit, ausgesperrt zu werden, bewahren, also:

### Jedem die Freiheit zur Arbeit gewährleisten.“

Weshalb mögen die Herren den Bisch wohl den Arbeitern ins Haus schicken, da sie es doch so leicht hätten, die gedruckte Anpreisung ihrer „Bestrebungen“ in den Fabriken zu verteilen? Es scheint den Herren darauf anzukommen, daß die Frauen der Arbeiter über den gelben Unterstützungsrummel unterrichtet werden. Wahrscheinlich hoffen sie, daß die Frauen dann ihre Männer baldigst zur „Einschreibung“ bewegen würden. Damit die Frauen das Zirkular nicht aber als gleichgültige Postreklame betrachten und es vielleicht ungelesen ins Feuer werfen, deshalb wohl das schön verpackte weiche Freundschaftskubert, wie es bei Familienbriefen gebräuchlich ist.

Nun, die Berliner Metallwarenfabrikanten mögen sich keinen falschen Hoffnungen hingeben. Die Arbeiter betrachten auch in ihrer Behauptung den Inhalt des Zirkulars als das was er ist: Als einen Ausfluß der Bestrebungen, den Arbeitgebern die Freiheit der Ausbeutung zu gewährleisten und als ein Produkt der Angst vor einem neuen Streik.

Im Berliner Theater ist es zu einem Konflikt zwischen der Bühnenleitung und dem technischen Personal gekommen. Herr Direktor Bonn kündigte am 8. Dezember der einen Hälfte der

Theaterarbeiter für den 22. d. M. Als die Leute sich naturgemäß um andere Arbeit bemühten, warf er am 14. einfach einen Teil von ihnen auf die Straße. Am darauf folgenden Tage belamen auch die übrigen Leute ihre Kündigung zum letzten dieses Monats. Herr Bonn will den Arbeitern nur 90 M. pro Monat inklusive Nachmittagsvorstellungen und Ueberstunden zahlen, während die Bühnenarbeiter bis dato 120 M. mit Statisterei z. belamen und außerdem Nachmittagsvorstellungen mit 1,50 M. und Ueberstunden mit 50 Pf. pro Stunde auch noch extra bezahlt werden. Am 16. d. M. weigerte sich Herr Bonn bei der Sagenzahlung auf einmal, die vom 1.—15. gemachten Ueberstunden zu bezahlen und erklärte auf der Bühne: Ich bezahle keine Ueberstunden; macht, daß Ihr alle hinauskommt. Nun erklärten sich alle Theaterarbeiter mit den Gemahrgelassen solidarisch, außer drei Abendleuten mit Namen Hünze, Heiniß und einem Maurer Kowalki, der sogar politisch organisiert ist. Diese schloßen sich den Gemahrgelassen nicht an, sondern arbeiteten weiter. Bei den Vorstellungen am Nachmittag wirkten als Theaterarbeiter dann Logenschlichter, Statisten, Automobilfahrer, Kontordienner, sogar die Herren Schauspieler und der Geschäftsführer mit. Am nächsten Tage, am Sonntag, ließ sich Herr Bonn einige Leute von der Herberge holen, um seine Komödie zu liefern. Auch Soldaten wurden zugezogen, denen er für Arbeit und Statisterei 1 M. pro Tag gab. Der Konflikt dauert noch an. Die Theaterarbeiter bitten bringen, speziell die Holzarbeiter, das Berliner Theater zu meiden.

**Achtung, Rohrleger und Helfer!** Bei der Firma Krasselt sind Differenzen ausgebrochen. Alle Bauten, auf denen von obiger Firma Arbeiten ausgeführt werden, sind gesperrt. Wir ersuchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden. Zur Zeit sind folgende Bauten gesperrt: Städtischer Schulbau, Bankstraße 23, und Potsdamer Bahnhof (Stredenarbeit).

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

**Achtung, Baukumpen!** Den Kollegen zur Mitteilung, daß kommenden Sonnabend, am 23. d. M., die Bestimmung des § 3 des Tarifs keine Anwendung findet. J. A. der Schlichtungs-Kommission: A. Weigel.

## Deutsches Reich.

Das Gewerkschaftsstatut in Düsseldorf hat in seiner letzten Sitzung die Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs beschlossen.

Eine Teuerungszulage von wenigstens 5 Proz. von sämtlichen Mühlenbesitzern Leipzigs, Sächsischs und Umgegend zu fordern, hat eine in Leipzig abgehaltene Versammlung von Mülkern und Mühlenarbeitern beschlossen.

## Ausland.

Die Bergleute im Veden von Charlerois sind in verschiedenen Stufen in den Ausstand getreten. Es streiken etwa 1000 Arbeiter.

## Soziales.

**Gewerbegerichtswahl in München.** Am Sonntag fand in München die Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer für das Gewerbegericht statt. Da die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zum erstenmal sich an der Wahl beteiligten, so standen sich drei Gruppen gegenüber. Auf die Liste der freien Gewerkschaften fielen 11 004 (1902: 9769) Stimmen, auf die der Christlichen 2415 (1902: 1999); die Hirsche, die um ihr Debüt besonders glanzvoll zu gestalten, ihre Liste sogar mit dem Namen eines Streikbrechers geschmückt hatten, brachten es auf 107 Stimmen. Es wird nach dem Proportionalssystem gewählt. Dennoch entfielen von den 60 Gewerbegerichtsbeyisigern auf die freien Gewerkschaften 50, auf die Christlichen 10, auf die Hirsche keiner.

Von der Heimarbeit. Die Heimarbeiterrinnen-Organisation und der christliche Schneiderverband in M. Gladbach haben eine Heimarbeit-Ausstellung arrangiert. Durch diese Ausstellung sollen der Öffentlichkeit die niedrigen Löhne vor Augen geführt werden, die für die Heimarbeit gezahlt werden. Es ist dort ausgestellt eine Ledenhuppe, an welcher ein guter Arbeiter 3 1/2 Stunden zu tun hat. Als Lohn wird 70 Pf. gezahlt, doch muß der Arbeiter Garn, das 8 Pf. kostet, selbst stellen. Eine Frauenhose, zu deren Herstellung 1/4 Stunden gebraucht werden, wird mit 10 Pf. gelöhnt! Das Garn, welches von den Arbeiterinnen bezahlt werden muß, kostet 2 Pf. Für ein ganzes Duzend Unterröcke werden 45 Pf. gezahlt; davon gehen aber noch 9 Pf. für Garn ab. Ein Kinderanzug, fig und fertig, wird mit 65 Pf. bezahlt; von diesem „hohen“ Lohn gehen noch 5 Pf. für Garn ab. Die ausgestellten Gegenstände werden der Allgemeinen Ausstellung für Heimarbeit in Berlin, die im Januar nächsten Jahres eröffnet werden soll, zugeteilt werden. Sie legen in anschaulicher Weise ein bereites Zeugnis über die elende Lage der Heimarbeit ab.

## Verfammlungen.

**Der Protest der Brauereiarbeiter gegen die Erhöhung der Brauseuer.**

Am Sonntagmittag fand eine öffentliche Protestversammlung der Brauereiarbeiter gegen die von der Regierung geforderte Erhöhung der Brauseuer statt. Stellers großer Saal war samt den Galerien bis auf den letzten Platz gefüllt; viele muhten sich mit Stehplätzen begnügen. Aufmerksam folgten die ungefähr 2000 Versammlungsbesucher dem Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Dr. Südekum, der zunächst die Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches, das unverantwortliche Pumpsystem mit den Zuschüssen zur Deckung der Zinsen der Reichsschulden, sowie das egoistische Bestreben der herrschenden Klassen und ihrer Regierung, alle Lasten des Reiches möglichst auf das Proletariat abzuwälzen, scharf und treffend kritisierte. Nachdem der Redner im allgemeinen das Verderbliche und die Ungerechtigkeiten des indirekten Steuer-systems, sowie die Verwendung der also aufgetriebenen Mittel zu der wahnwitzigen Welt- und Kolonialpolitik geschildert hatte, sprach er über die neuen Steuerorschläge, das Weichnachtsgeschenk, das die Regierung dem deutschen Volke zugebacht hat, und besonders über die verderbliche Wirkung, die die Erhöhung der Brauseuer in wirtschaftlicher, sozialer und sittlicher Hinsicht ausüben muß. Auf Grundlage beweiskräftigen statistischen Materials zeigte der Redner, wie die Brauseuer seit ihrem Bestehen auf eine Vernichtung der Kleinen und mittleren Brauereien hingewirkt hat, und führte aus, daß trotz der vorgeschlagenen Staffelung die neue Erhöhung von den kleineren Brauereien weit schwerer ertragen werden kann, als von den großen, also die Vernichtung der kleinen Betriebe noch weiter begünstigen muß. Man könnte sagen: Was kümmert das uns Sozialdemokraten, wenn die Entwidolung zum Großbetrieb künstlich gefördert wird! Aber durch die damit verbundene Verdolmummung der Technik werden wiederum viele Brauereiarbeiter arbeitslos gemacht. Außerdem hat man damit zu rechnen, daß wie in Amerika, die Bierproduktion durch Trusts monopolisiert und das konsumierende Publikum grenzenlos ausgebeutet wird. Der Redner wies ferner darauf hin, daß das unerschöpfliche oder doch nur wenig schädliche, schwach alkoholische Getränk, das Bier, tatsächlich gegenüber dem Schnaps eine Kulturmission erfüllt und zu erfüllen hat, und daß keineswegs Vie angeblich so geringe Erhöhung des Bierpreises für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, namentlich der so elend bezahlten Arbeiter in der Provinz, bedeutungslos ist. Wüßte doch z. B. der Arbeiter einer Düngefabrik, dessen Haushaltungsbudget der Redner erwähnte, oft auf den gewohnten halben Liter Braubier für 6 Pf. zur Herunterpflügelung des elendsten Arbeitslohnbesitzenden und sich mit dem um einen Pfennig billigeren Schnaps begnügen! Der Redner schloß mit den Worten, daß der Kampf gegen die neuen Steuerorschläge, abgesehen von der Erbschaftsteuer, von den politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft mit aller Kraft geführt werden muß und daß dieser Kampf im besten

Sinne des Wortes ein kulturförderliches Werk ist. Der Vortrag fand stürmischen Beifall. Einstimmig wurden folgende Resolutionen angenommen.

## Resolution I.

In Erwägung, daß die schon lange anhaltende Fleischaufwertung, die eine Abschwächung laum mehr erfahren wird, die gesamte Arbeiterschaft und so auch die Arbeiter der Brau- und Malzindustrie in unermesslichem Maße belastet;

daß nach Inkrafttreten der Handelsverträge im nächsten Jahr durch die dann folgende Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel die Lasten für die Arbeiter als Konsumenten immer drückender und unerträglich werden;

daß sich aus Vorstehendem die dringende Notwendigkeit einer angemessenen Erhöhung der Löhne der Arbeiter, auch der Arbeiter der Brau- und Malzindustrie, ergibt, die aber schon sehr erschwert wird infolge der Verteuerung der Rohprodukte der Brauindustrie durch die Handelsverträge, aber noch weit mehr erschwert werden würde durch die ungeheuren neuen Lasten, welche der Brauindustrie durch die Erhöhung der Brauseuer von der Regierung aufzubürden beabsichtigt wird und die auch sicher zahlreiche und große Kämpfe zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber hervorrufen würden;

in weiterer Erwägung, daß schon durch die Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel infolge der Handelsverträge die Arbeiterklasse als Hauptkonsument des Bieres den Bierkonsum aus äußerster Einschränkung gezwungen wird, wodurch eine große Zahl Arbeiter der Brau- und Malzindustrie existenzlos werden;

daß der Bierkonsum noch weit mehr eingeschränkt werden wird, wenn die Brauereien zum Ausgleich der ihnen durch die Brauseuer-Erhöhung zugebachten Lasten das Bier verteuern, wodurch eine weitere größere Zahl Arbeiter der Brau- und Malzindustrie existenzlos wird;

daß im Falle die hierfür maßgebenden Großbrauereien von einer Verteuerung des Bieres Abstand nehmen und sich durch Ausdehnung des Absatzgebietes schadlos halten, die dann einsehende scharfe Konkurrenz zur baldigen Vernichtung der Klein- und Mittelbrauereien und folglich zur Entlassung ihrer Arbeiter führen wird, protestiert die heutige vom Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter einberufene Versammlung der in den Brauereien, Malzfabriken und Bierniederlagen beschäftigten Personen auf das Entschiedenste gegen die von der Reichsregierung vorgeschlagene Erhöhung der Brauseuer, sowie überhaupt gegen jede höhere Besteuerung des Bieres als eine Maßnahme, die gegen die Interessen der Arbeiter der Brau- und Malzindustrie und gegen die Erziehung von Tausenden derselben gerichtet ist.

## Resolution II.

Die heutige Versammlung der in Brauereien, Malzfabriken und Bierniederlagen beschäftigten Personen erkennt mit Rücksicht auf das in Resolution I. Entschlossene die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses aller Arbeiter oben bezeichneter Betriebe an, um in der Lage zu sein, notwendige Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverfügungen zu erzielen und jede eventuell beabsichtigte Schädigung ihrer Interessen zu verhindern. Dieser feste und wirksame Zusammenschluß ist nur in der Organisation gegeben, deshalb verpflichten sich die Anwesenden, dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter beizutreten, soweit sie noch nicht Mitglieder desselben sind, und dafür zu wirken, daß auch der letzte Arbeiter dieser Betriebe am Orte zur Organisation herangezogen wird.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Olyer der Wahlrechtsdemonstration.

Dresden, 18. Dezember. (B. L. B.) Von den am Sonntagabend durch die Polizei festgenommenen Demonstranten sind 14 dem Verhaft übergeben worden.

### Wahlrechtsdemonstration.

Strasburg, 18. Dezember. (B. L. B.) Die gestern in Kolmar stattgefundene Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens beschloß der „Freien Presse“ zufolge, daß die reichsländische Sozialdemokratie am Sonntag vor Eröffnung des Landesausschusses im ganzen Lande Demonstrationsversammlungen abhalten soll zugunsten der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landesausschuß.

### Vorbereitungen.

Rönigsberg i. Pr., 18. Dezember. (B. L. B.) Auf Einladung des Oberpräsidenten von Wolke fand heute nachmittag eine Besprechung statt zwecks Einleitung einer Hilfsaktion für die in der nächsten Zeit aus den gefährdeten russischen Ostseeprovinzen in Rönigsberg zu erwartenden notleidenden deutschen Flüchtlinge.

### Der Flay an der Sonne.

Frankfurt a. M., 18. Dezember. (B. L. B.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Shanghai mittags gemeldet: Die Chinesen revoltieren seit heute früh. Sie haben die Hauptstraßen verbarilladert. Engländer besetzen das Zollamt. Deutsche Patrouillen vom Flugzeugenboot „Waterland“ sind gelandet, das Freiwilligenkorps ist einberufen. In der Nanjing Road brennen verschiedene Häuser, die Europäer werden von den Chinesen angegriffen und mit Steinen beworfen. Die Lage ist ernst. Kein größeres deutsches Kriegsschiff ist anwesend.

### Offene Drohung mit der Militär-Diktatur.

Petersburg, 17. Dezember. (Nachung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein amtliches Communiqué von heute besagt: Unter der politischen Parteien machen sich namentlich die Gruppen bembor, die zum Ziele haben, sich den im Manifest vom 30. Oktbr. angekündigten Reformen zu widersetzen und den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bau des Landes vollständig zu zerstören. Diese Gruppen bedrohen die Regierung, die Gesellschaft und die Bevölkerung, welche ihre Ideen nicht teilen, und geben so weit, Handlungen der Gewalttätigkeit zuzulassen, den Rufstand in der Armee vorzubereiten und zu predigen und das Land durch Demonstration des Betriebes der Posten, Telegraphen und Eisenbahnen zu desorganisieren. Sie konzentrieren ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Arbeiterklasse. Ihre Programme schließen sich den Programmen der Sozialdemokraten und der revolutionären Sozialisten an, ihre Taktik nähert sich derjenigen der Anarchisten. Die Regierung hält die Ausführung der Reformen auf der Grundlage des Manifestes vom 30. Oktober für ihre Pflicht. Sie hält es für das beste Mittel zum Kampfe gegen die Revolutionäre, sich auf die Gesehe und provisorischen Reglements zu stützen; wenn aber diese Mittel nicht genügen sollten, um der Tätigkeit der Revolutionäre Einhalt zu tun, wird die Notwendigkeit eintreten, Maßnahmen von vollständigem Ausnahmecharakter anzuwenden.

### Aufbruch in Serbien.

Belgrad, 18. Dezember. (B. L. B.) Die Lage in Mitterbrien gestaltet sich äußerst ernst. Von den drei aus Ueslib dorthin entsandten Bataillonen wurde das zuerst angekommene von den Aufständischen angegriffen und in die Flucht geschlagen. Währenddessen wurden in der Stadt zwei hohe Würdenträger ermordet. In Prizrend und Kitchewo bereiten sich die Ruhamedaner zum Aufstand vor. Sie weigern sich, die Flottensteuer zu zahlen.

### Minister werden gesucht.

Getinje (Montenegro), 18. Dezember. (B. L. B.) Das gesamte Ministerium hat nunmehr demissioniert.



Die Wahlreformsession.

Aus Wien wird uns vom 17. Dezember geschrieben: Das Abgeordnetenhaus wird morgen seine Weihnachtsferien antreten, und damit wird dieser merkwürdige Sessionabschnitt, über dem gleich einer schweren Wolke die Wahlreform lagert, beendet sein. Die Regierung scheint sich noch nicht darüber klar zu sein, wie sie es mit der weiteren Tagung halten will und hat vorläufig die Absicht, die Verhandlungen im Januar fortsetzen zu lassen, das Wahlreformgesetz aber erst im Laufe des Februars einzubringen. Sie wird bald inne werden, daß dies unmöglich ist und es also wohl vorzuziehen, die Pause so lange dauern zu lassen, bis der Entwurf fertig sein wird, so daß das Haus, wenn es wieder zusammenkommt, sofort und unmittelbar vor der Wahlreform stehen würde. Das ist unumgänglich notwendig, wenn die Reform nicht zum Objekt der schabigsten Intrigen werden soll. Die Rechnung der Wahlreformkommission geht nämlich dahin, dem Wahlreform-Ministerium ein Bein zu stellen, es zum Rücktritt zu zwingen, wobei natürlich die Hoffnung mitspielt, mit dem Reform-Ministerium die Reform selbst zu begraben. Der Punkt aber, wo eine Opposition gegen die Regierung einsehen könnte, ist unschwer zu finden; an Wahlen zu denken, wenn man so sagen darf, mangelt es bei der Regierung Gaultsch natürlich nicht. Das im großen und ganzen total unfruchtbar Norddeutsche Regime hat so viel unheilbar und unlösbar Fragen hinterlassen, so viel Rückstände und Schwierigkeiten angehäuft, daß jede von ihnen der Mittelpunkt einer regelrechten parlamentarischen Krise werden könnte. Dazu kommt noch die durch die ungarische Krise bewirkte Stodung in allen gemeinsamen Angelegenheiten, an der natürlich die Regierung Gaultsch ebenso unschuldig ist wie am schlechten Wetter, die aber der böswilligen Kritik den Punkt schon liefert, von dem aus die verhasste Regierung bekränzt werden kann. An Unwissenheit lassen es nun aber auch die erprobtesten Patrioten nicht fehlen; während sie früher von „objektiver Würdigung“ der von außen in das österreichische Regime hineingeragten Schwierigkeiten geradezu triefen, hört heute Herr von Gaultsch von ihnen Reden, die mit Gift und Galle bis an den Rand gefüllt sind. Es ist wahrhaft eine Revolte der geheimen Räte, der patentierten Staatsstößen. In der Debatte über das Budgetprovisorium hat den Ministerpräsidenten niemand gehässiger überfallen als der Sprecher des Polenklubs, also der typische Hof- und Regierungspartei. Die Bureaucratie, die von Tag zu Tag mehr rot als schwarzgelb wird, das ist der Schlachtruf, unter dem sich nun alles sammelt, was sonst in der Furcht des Herrn erzogen war und nun durch die Gewißheit, seine Privilegien aufgeben zu müssen, außer Rand und Band geraten ist. Diesmal ist zwar Herr von Gaultsch noch über den Berg gekommen, aber doch eigentlich nur, weil sich das einzige Gesetz, das er brauchte, das halbjährige Budgetprovisorium, zu einem rechten Angriffspunkt nicht eignete und von „Staatsparteien“ unter keinen Umständen verweigert werden darf. Aber daß die Patrioten im Hintergrunde lauern und nur die günstige Gelegenheit abwarten, um der Regierung offen Feinde anzufügen, das hat Herr von Gaultsch schon deutlich wahrnehmen müssen. In das Netz der Intrigen sich zu begeben, wäre ein sinnloser Fehler; Gaultsch muß es zerreißen, indem er das Haus unmittelbar vor der Wahlreform stellt. Die Schlacht soll dort geschlagen werden, wo die Entscheidung zu fallen hat. Daß die Regierung Gaultsch es mit der Reform redlich meint, unterliegt keinem Zweifel. Vor allem schon deshalb, weil an ihr auch das Geschick der Regierung selbst hängt; die geringste Wankelmütigkeit würde den Ministerpräsidenten persönlich in lächerlichen Auf bringen und politisch sofort unmöglich machen. In einer sehr entschlossenen Rede hat das Herr von Gaultsch jüngst im Herrenhause selbst erklärt. Das sonst so zahme, abgeklärte und regierungsfremde Herrenhaus — das mit dem vom Schatzmachertum so sehr durchsehten preussischen nicht verglichen werden kann und es auch intellektuell beträchtlich übertrifft — hat nämlich in einer eigenen Debatte über den Ministerpräsidenten zu Gericht gesessen und wider ihn aus allen seinen drei „Gruppen“ (Parteien gibt es da noch nicht) die bösesten Angriffe geschickt. Insbesondere wurde es Herrn von Gaultsch verübelt, daß er den Zug der Arbeiter am Tage der Parlamentseröffnung „gestaltet“ habe, was ein deutlicher Beweis seiner „Furcht vor der Masse“, ein Beweis des „Terrorismus“ (Terrorismus ist überhaupt ein Lieblingswort der Wahlreformkommission) der Wahlrechtsbewegung sein soll. Nun ist es zwar ganz richtig, daß öffentliche Aufzüge während der Tagung des Reichstages, an dem Ort seines Sitzes und in einem Umkreise von fünf Meilen“ nicht gestattet sind. Aber daß die Regierung jenen gewalttätigen aller Demonstrationen „gestaltet“ hätte, ist natürlich ein Unfug; es hat sie niemand um Erlaubnis gefragt, ihr überhaupt nichts „angezeigt“. Was der Ministerpräsident auf diese Anklagen, die erhoben worden sind vom Grafen Thun, vom Fürsten Auersperg, vom Grafen Binski, vom Fürsten Schwarzenberg usw., also noch lauter sehr hochbetitelt und einflussreichen Herren, geantwortet hat, das ist besonders lesenswert für die deutschen Genossen, also für Bürger eines Landes, dessen verantwortlicher Staatsmann ununterbrochen mit dem Säbel roffelt und seine Rede ohne Drohungen gegen die Sozialdemokratie abschließen kann. Herr von Gaultsch erwiderte wörtlich: „Am 28. November hat es sich nicht darum gehandelt, etwas zu verbieten oder etwas zu gestatten, sondern bloß darum, ob die Regierung jene Machtmittel anwenden soll, die notwendig gewesen wären, um diese Störung, die übrigens der Wache keinen Anlaß zum Einschreiten gegeben hätte, zu unterdrücken. Ich bespreche diesen Fall nämlich deshalb, weil es leider bei uns Politiker gibt, bei denen merkwürdigerweise stets herablassenden Dingen gegenüber der erste Gedanke derjenige zu sein pflegt, welcher bei anderen Menschen der Weisheit letzter Schluss ist, nämlich die ultima ratio. Vielleicht könnte ich an die großen Herren Redner, die sich mit dem Umzug am 28. November beschäftigt haben, eine Gegenfrage richten, die nämlich: welches Urteil in allen Kreisen und auch in denen des Herrenhause gefällt worden wäre, wenn ein ungeheures Unglück, wenn der Verlust zahlloser Menschenleben zu beklagen gewesen wäre, ob dann nicht vielleicht, ebenso wie heute, diejenigen, die zur Gewalt mahnen, gefragt hätten: Die Anwendung der Gewalt sei unrichtig gewesen, man hätte mit einer anderen Methode viel Besseres und viel Nützlicheres erreicht.“ In dieser Rede hat Herr von Gaultsch die Situation überhaupt ganz genau dargelegt. „Es gibt heute nur zwei Wege“, sagte er weiter, „entweder nichts tun und die Verantwortung für diese Unfähigkeit zu übernehmen oder aber sich der Umgestaltung des Wahlsystems in der Richtung des allgemeinen Wahlrechts anzuschließen.“ Und er ist sich klar darüber, „daß dieser Weg bis zum Ende gegangen werden muß, und das Ende für ihn „kann nur sein: der Erfolg oder der Sturz.“ Daß die Regierung den Entwurf im Monat Februar auf den Tisch des Hauses niederlegen wird, hat der Ministerpräsident Freitag im Abgeordnetenhaus noch einmal mit aller Bestimmtheit erklärt, und er fügte hinzu, daß mit dem Fortschreiten der Vorarbeiten ihm „auch die letzten Zweifel über die Durchführbarkeit der Wahlreform geschwunden sind“, aber damit ist die Sachlage nicht erschöpft. Die Sache steht heute tatsächlich so, daß Herr von Gaultsch ein bedingungsloser Anhänger des allgemeinen und gleichen Wahlrechts ist, daß er die Reform unter allen Umständen machen will, daß er an sie sein ganzes weiteres politisches Leben knüpft. In dieser Hinsicht ist die Situation klar: die Regierung will und wird nicht ausweichen. Wie stehen nun die Chancen in den beiden Häusern des Reichstages? Zwar vom Herrenhause droht eine Reform, die vom Abgeordnetenhaus beschlossen, von der Regierung gefordert und insbesondere von der Krone gebilligt wird, keine ernliche Gefahr; eng-

liche Lords sind unsere Herrenhäuser nicht, und ein ernstlicher Widerstand ist von der ersten Kammer also keineswegs zu befürchten; die Herren haben sich bereits ausgeschimpft, und damit dürfte die Sache für sie erledigt sein. Schon deshalb, weil der Beschluß als eine Verfassungsänderung in beiden Häusern einer Zweidrittel-Mehrheit bedarf, das Herrenhaus sich also nicht annähern kann, einen mit Mehrheit gefassten Beschluß des Unterhauses anzufechten. Im Abgeordnetenhaus wird die Sachlage freilich dadurch erst recht kompliziert. Wie die Dinge heute liegen, haben sich die meisten Parteien mit der Notwendigkeit der Wahlreform wohl abgefunden; außer dem Polenklub, den die Schlachta beherrscht, den zwei Grundbesitzerpartei, der „verfassungstreuen“ und der feudalen, und (was allerdings ganz originell ist) der ganz verkommenen alldeutschen Partei, sind alle Parteien im Prinzip für die Wahlreform oder richtiger: nicht mehr gegen sie. Mit der platonischen Anerkennung ist der Wahlreform freilich nicht gedient, es muß für sie auch gestimmt werden. Man kann nun heute nicht sagen, wer für die Reform stimmen wird, aber — so paradox es klingt — ganz unmöglich scheint es, daß jemand gegen sie stimmen könnte. Solange nämlich die Gegner hoffen werden, das große Werk noch hinterziehen zu können, solange werden sie es befehlen. In dem Augenblick aber, wo ihnen zu Bewußtsein kommen wird, daß die Reform unauflöslich ist, wird jeder lieber ein Wahlreformfreund sein wollen. Mit der Mandatsverteilung werden natürlich alle unzufrieden sein, weil selbstverständlich jedes Land und jede Nation mehr Mandate begehrt, als ihnen zufließen werden, aber wegen ein paar lumbiger Mandate kann gegen eine so große und bedeutsame Sache doch zum Schluß niemand stimmen. Das Gewicht der Sache wird sich gegenüber allen Feinden durchsetzen. Dies natürlich alles nur in „parlamentarischer“ Beziehung. Die entscheidende Rolle fällt aber dem Proletariat zu, dessen Kampfbereitschaft keinen Moment ausser Acht zu lassen und das dem Parlament den Ernst der Sachlage klar zu machen haben wird. Weichen Umfang der Endkampf annehmen wird, das hängt also vornehmlich von dem Grade der Einsicht der Herrschenden ab. Es kann bei der normalen parlamentarischen Abstimmung bleiben, aber das Drama eines Massenstreiks kann gleichfalls anbrechen. Die Arbeiterkraft ist für jeden Fall gerüstet und wird jeder Situation gewachsen sein.

Aus der Partei.

Der Verlag der „Münchener Post“ findet in dem Blatte vom 17. d. M. endlich die Sprache wieder, um auf unsere Forderungen vom 14. d. M. zu antworten. Die Antwort lautet: Die Redaktion des „Vorwärts“ erklärt mit einer fast Bewunderung erregenden Kühnheit unsere tatsächlichen Forderungen über den Versand der Broschüre: Der „Vorwärts“-Konflikt, entweder für subjektive oder für objektive Unwahrheiten. Entweder lügen wir oder unsere Bücher. Das ist jedenfalls die leichteste, aber nicht die manierlichste Art, sich aus einer faulen Sache herauszuziehen. Wenn wir der „Vorwärts“-Redaktion die Leichtfertigkeit ihrer Behauptungen beweisen wollten, so müßte jeder Räuber der bürgerlichen Gesellschaft unsere Bücher als vorzügliches Beweismaterial ansehen. Aber was kümmert sich die „Vorwärts“-Redaktion um Beweise! Sie behauptet, erst am 8. Dezember ihr Exemplar, das am 6. hier wegging, bekommen zu haben, während das Entschickende davon irrt, wann der Versand stattgefunden hat. Es hat sehr lange gedauert, bis die Parteiblätter ihr Exemplar „bekommen“ haben, bei einigen, wie beim „Vorwärts“, hat es zwei Tage, bei anderen sogar acht Tage und länger gedauert. Wir erklären hier also nochmals, daß die „Vorwärts“-Redaktion in leichtfertiger Weise Behauptungen aufstellt, die direkt den Tatsachen widersprechen, wofür wir jederzeit den Beweis antreten können. Im übrigen verzichten wir auf eine weitere Auseinandersetzung, weil dabei nur eine noch geringere Wertschätzung unseres angeblichen Zentralorgans herauskommen könnte. München, 15. Dezember 1905.

G. Vork u. Co.

Der rührige Verlag der „Münchener Post“ hat von seinem Standpunkt ganz recht, wenn er „auf eine weitere Auseinandersetzung verzichtet“. Er kann sich nämlich dabei nichts Angenehmes mehr holen. Daß die Redaktion des „Vorwärts“ ihr Exemplar des „sozialdemokratischen Grundbuchs“ erst am dem Tage erhalten hat, wo die bürgerlichen Blätter bereits ausführliche Vespregungen darüber brockten, bleibt eine Tatsache, die der Münchener Verlag mit allen seinen Büchern nicht hinwegrechnen kann, und daß es sich nicht um einen Zufall, um eine ausnahmsweise Verspätung in der Postbefestigung handelt, beweist die Erklärung der „Dremer Arbeiter-Zeitung“, auf die der Münchener Verlag nicht mit einem Wort reagiert. Ebenso wenig berührt er jetzt die Frage der verspäteten Sendung an die Parteibuchhandlung Vorwärts. Nach seinen eigenen „Büchern“ ist es nämlich klar, daß er gleichzeitig je ein Exemplar der Broschüre (selbstverständlich als Druckfache unter Kreuzband) an die bürgerlichen Redaktionen und 100 Exemplare (selbstverständlich als Palet) an die Buchhandlung Vorwärts geschickt hatte. Jedes Kind weiß aber, daß eine Druckfache unter Kreuzband rascher ankommt als ein Postpaket, und der Verlag der „Münchener Post“ wußte es auch ganz genau. Er hat also den bürgerlichen Gegnern das mit Jubel aufgenommene „töbische Material“ gegen die Sozialdemokratie mit vollem Bewußtsein mit jener bligartigen Geldwürdigkeit apportiert, die von Wölfe und Genossen dankbar quittiert wurde. Daran läßt sich nicht rütteln. Angesichts dieser Tatsache ist es uniered Erachtens eine Unber-züglichkeit, wenn der Verlag der „Münchener Post“ noch überhaupt den Mut findet, irgendwelche „Erklärungen“ abzugeben. Er hat alle Ursache, über die rühmliche Geschichte seiner letzten Leistung auf dem Gebiete der sozialdemokratischen Broschürenliteratur so rasch wie möglich Gras wachsen zu lassen.

Arbeiterbildung.

Wir erhalten die folgende Zuschrift: In seiner Nummer 294 ist der „Vorwärts“ so freundlich, meine Anregung auf Gründung einer Arbeiter-Universität weiteren Kreisen der Parteigenossen zu übermitteln. Um jedoch den Lesern ein klares Urteil über meinen Vorschlag zu ermöglichen, scheint es mir unerlässlich, wenigstens noch eine weitere Stelle aus meinem Artikel mitzuteilen. Das in Nummer 294 abgedruckte Zitat beginnt mit der Behauptung, daß die Aufgabe der Arbeiter, so wie ich sie gestellt habe, sehr schwer ist. Wie habe ich sie gestellt? Das ergibt sich aus folgenden Worten, die der bereits zitierten Stelle unmittelbar vorangehen: „Ich meine, man wird dem Uebel (nämlich dem vom Parteivorstand in seinem Auftruf nach Jena beklagten Mangel an theoretischer Vertiefung der Massen) nur dann zu Leibe rücken können, wenn man seine Ursache richtig erkennt. Und die sehe ich in folgendem. Der Uebel zu lernen ist vorhanden, an ihm mangelt es nicht. Aber es fehlt nicht nur die Gelegenheit, sondern auch die Zeit. Jumeist sind ja die Genossen, die lernen wollen, dieselben, die überhaupt in der Bewegung sich eifrig betätigen, und diese sind alsobald mit Centern aller Art überhäuft. Aber selbst wer wenig oder gar keine Centner hat, kommt mit seiner Zeit nicht aus. Die notwendigsten Veranstaltungen von Partei und Gewerkschaft sind bereits so zahlreich, daß fast Abend für Abend besetzt ist. Deute eine Generalversammlung, morgen ein Jahlabend, übermorgen eine Vertrauensmännerversammlung, dann wieder eine Flugblattverteilung — lauter geschäftliche Veranstaltungen, die abgehalten werden müssen und unauflösbar sind. Der bloße Rat, Vorträge und Diskussionsabende einzurichten, hilft da gar nicht, selbst wenn der Parteivorstand Geld dazu vergibt. Es sind ja keine Abende mehr frei, an denen das geschehen könnte!“

Ich meine nun, man muß die Dinge nehmen, wie sie einmal sind, und versuchen, im Rahmen der gegebenen Verhältnisse dem Uebel zu steuern. Und da sehe ich nur einen Ausweg: Von den oben berührten geschäftlichen Veranstaltungen wird sich kaum hin und wieder einmal eine vermeiden lassen. Es ist deshalb ganz vergeblich, die Parteigenossen noch außerdem zu besonderen Bildungsabenden zusammenzuberufen. Was zu viel ist, ist zu viel; es können dann immer nur die paar kommen, die gerade zufällig Zeit haben, und jedes folgende Mal werden es andere sein, so daß von regelmäßiger Ausbildung keine Rede ist. Sind aber keine besonderen Bildungsabende möglich, können die Genossen nicht zur Bildung kommen, so bleibt eben nichts übrig, als die Bildung dorthin zu bringen, wo die Genossen sich befinden, das heißt in die Jahlabende, die rein geschäftlichen Generalversammlungen etc. Dort sind die Genossen, dort müßte sie so wie so hinkommen und also, meine ich, soll man diese Gelegenheiten auch zu Bildungszwecken ausnutzen. Jede solche Veranstaltung sollte mit einem Vortrag aus der Gedankenwelt des Sozialismus eröffnet werden, der nicht länger als eine halbe Stunde zu dauern brauchte, so daß reichlich Zeit bleibt für die sonstigen Geschäfte des Abends. In einer halben Stunde, zumal bei öfterer Wiederkehr, läßt sich sehr viel sagen — wenn man es nur versteht. Und damit komme ich zum zweiten Teil der Frage: Wo kriegen wir die Leute her, die das machen?“

Dies ist die Aufgabe, die nach meiner Meinung gelöst werden muß, und hieran schließt sich nun mein vom „Vorwärts“ bereits abgedruckter Vorschlag. Die Arbeiter-Universität soll also nicht Agitatoren schlechthin ausbilden, sondern solche Genossen, die ihrerseits gewissermaßen als Lehrer imstande sind, den eigentlichen Agitatoren sowie den Massen überhaupt die nötige theoretische Vertiefung zu bringen. Der Einwand, den der „Vorwärts“ gegen meinen Vorschlag erhebt, scheint mir nicht durchschlagend. Erstens hatten die Genossen in früheren Jahrzehnten diese Aufgabe, wie ich sie hier formuliert habe, eben noch nicht zu lösen, und zweitens war die Bewegung wie die Zahl unserer Anhänger damals viel kleiner, woraus sich ergibt, daß die Partei mit einer viel kleineren Zahl theoretisch gründlich vorgebildeter Genossen auskam. Auch will es mir zweifelhaft erscheinen, ob die viel kleinere Partei damals wirklich soviel tägliche, unauflösliche Arbeit zu verrichten hatte, wie wir heute. — Endlich schloß sich in meinem Artikel an den Vorschlag noch der Satz:

„Wie leicht ließe sich das Institut zugleich zur theoretischen Vorbildung unserer Journalisten benutzen, was einen gewaltigen Schritt zur Vervollständigung des längst vom Genossen Wehring (in der „Neuen Zeit“) besprochenen Uebelstandes bedeuten würde.“ Königsberg i. Pr., 17. Dezember 1905. Julian Vorkardt.

Parteipresse. Die Verlagskommission der „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg wählte für den am 1. Januar auscheidenden Genossen Georg Stauffer den Genossen Paul Schlegel, zur Zeit in Augsburg.

Bei der Gemeindevahl in Stanz bei Leipzig siegten in der dritten Abteilung die Kandidaten unserer Partei.

Witterungsübersicht vom 18. Dezember 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Witterung, Stationen, Witterung. Lists weather conditions for various locations like Berlin, Hamburg, etc.

Wetterprognose für Dienstag, den 19. Dezember 1905.

Zeitweise neblig, vorwiegend heiter und trocken bei etwas strengeren Frost und mäßigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 18. Dezember. Höhe bei Hülthig + 0,87 Meter, bei Dresden - 0,66 Meter, bei Randeberg + 2,02 Meter. ...

Advertisement for children's education: „Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?“

Advertisement for books: „Von J. Vorkardt Preis 30 Pfennig“

Advertisement for a fur shop: „Pelz-Stolas und Jacketts“

Advertisement for health products: „Gesundheits-Pfeifen“

Advertisement for a fur shop: „Stola Muffen“

Advertisement for mechanical toys: „Mechanische Spielwaren“

Advertisement for a savings machine: „Spar-Automat“

Advertisement for a fur shop: „Stola Muffen“

Advertisement for a fur shop: „Stola Muffen“



Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, 19. Dezember.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cyberhaus.** Der Barbier von Sevilla. — Klassische Brautwerbung.  
**Schauspielhaus.** Der Schwur der Treue.  
**Renes.** Othello, der Mohr von Venedig.  
**Wolken.** Der Zigeunerbaron.  
**Deutsches.** Der Kaufmann von Venedig.  
**Berliner.** Maria Stuart.

Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Wanjuschins Kinder.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Rudolfsches Theater.)  
Gyges und sein Ring.  
**Leipzig.** Großes Spiel.  
**Neutral.** Der Zigeunerbaron.  
**Stines.** Marquis v. Keith.  
**Komische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.  
**Melodien.** Der Prinzgemahl.  
**Trionon.** Die herbe Frucht.  
**Lustspielhaus.** Der Kaufmann von Venedig.  
**Thalia.** Bis früh um fünf!  
**Carl Weiß.** Geschlossen.  
**Julien.** Der Kaufmann von Venedig.

**Deutsch-Amerikanisches.** Ueberr grossen Teich.  
**Metropol.** Auf ins Metropol.  
**Kasino.** Das Opferlamm.  
**Wolke.** Prinzessin. Ein belltates Menu.  
**Walhalla.** Unser Doktor.  
**Herrnsfeld.** Familienfest im Hause.  
**Wintergarten.** Eugenie Fougère. — Spezialitäten.  
**Gottes Caprice.** Soll und Haben.  
Nach dem Jaufenstreich.  
**Wanderlust.** Strittiger Sänger.  
**Wassage.** Spezialitäten.  
**Wespa.** Leubentzage 18/19.  
Abends 8 Uhr: Im Lande der Witternachtskomete.  
**Stierwarte.** Invalidenstr. 157/62.  
Tägliche Gedichte von 7 bis 11 Uhr.

### Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Ein Sommernachtstraum.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Ein Sommernachtstraum.**  
Sonabend zum 1. Male:  
Liebesfeste.

### Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Marquis von Keith.**  
Mittwoch: Marquis von Keith.

### Zentral-Theater

8 Uhr. Im Abonnement:  
**Der Zigeunerbaron.**  
Mittwoch, Donnerstag: **Musette.**

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Der Kaufmann von Venedig.**  
Mittwoch nachm.: Sneeowittchen.  
Abends: Der neue Herr.  
Donnerstag zum erstenmal: So find sie alle.  
Freitag: Der neue Herr.  
Sonabend nachm.: Sneeowittchen.  
Abends: So find sie alle.  
Sonntag nachm.: Sneeowittchen.  
Montag nachm.: Die Waife aus Lowood.  
Abends: Der Kaufmann von Venedig.  
Dienstag nachm.: Faust. Abends: So find sie alle.  
Mittwoch nachm.: Tell. Abends: Der neue Herr.

### Komische Oper.

**Friedrichstr. 104-104a.**  
Dienstag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr:  
**Hoffmanns Erzählungen.**  
Mittwoch: Hoffmanns Erzählungen.  
Donnerstag, Freitag: Die Bohème.  
Sonabend zum 25. Male:  
**Hoffmanns Erzählungen.**

### Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:  
**Die herbe Frucht.**  
Anfang 8 Uhr.  
An beiden Weihnachtsfeiertagen  
3 Uhr: Das Ende der Liebe.  
8 Uhr: Die herbe Frucht.

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Prinzgemahl.**  
Seltener Schwank in 3 Akten von L. Anst und A. Gancel.  
Montag, den 25. Dezember, nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.  
Dienstag, den 26. Dezember, nachm. 3 Uhr: Denisa.

### Fröbels Allerlei-Theater

Schauspiel in 5 Akten v. Schalepence.  
Nach 8 Uhr. Kaffeeöffnung 7 Uhr.  
Verzinsung. Nächstes Gastspiel  
Donnerstag, den 23. Dezember:  
**Spre Familie.**

## Urania

Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
Im Lande der Witternachtskomete.

### Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.

## Castans

**Panoptikum**  
Friedrichstr. 165.  
Ohne Extra-Eutree.  
Heute und folgende Tage:  
Zum ersten Male  
in den Räumen der 1. Etage:  
**Bergbewohner**  
**Abessiniers.**

65 Eingeborene  
Männer, Weiber und Kinder.  
Eintritt 50 Pf.

### Passage-Theater.

Anfang abends 8 Uhr.  
Das sensationelle Dezember-Programm.  
**Buddhas Tafel**  
(die Schrift aus dem Fernost).  
Paquarette, die berühmte  
14 neue erstklassige Nummern.

### Apollo-Theater.

Tägliche 8 Uhr:  
Die glänzenden erstklassigen  
Dezember-Spezialitäten.  
9.30 Uhr:  
**Prinzeß Rosine**  
von Paul Lincke.  
Am letzten Bild: Ein delikates Menu.  
Am 1. und 2. Weihnachtsfeiertage,  
nachm. 3 Uhr, bei ermäßigtem Preisen:  
Frou Zana und das unberfuzte  
Spezialitäten-Programm.

### Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.  
Heute:  
**Festvorstellung**  
Zum 100. Male:  
**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u.  
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Kanchen in all. Räumen gestattet.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Der Familienfest.  
Morgen 3 1/2 Uhr: Das böse Prin-  
zessen. 8 Uhr: Der Familienfest.

### Kasino-Theater

Lehringstr. 37. Tägliche 8 Uhr.  
**Das Opferlamm.**  
Vorher das brillante Dezemberprog.  
Donnerstag bis Sonnt. geschlossen.  
An allen drei Feiertagen:  
Nachm. u. abends: Fest-Vorstellung.

### Herrnsfeld-Theater.

Gebrüder  
**Herrnsfeld-**  
**Theater.**  
Heute präzise 8 Uhr:  
**Familiengast**  
im  
**Hause Prellstein**  
Komödie in 3 Akten  
mit den Autoren  
Anton und Donat Herrnsfeld  
in den Hauptrollen.  
Vorverf. 11-2 Uhr. (Theaterkasse.)

### Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4.  
Tägliche:  
Auftreten von 36 erstklassigen  
internationalen Spezialitäten.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Wanjuschins Kinder.**  
Drama in 4 Akten v. S. A. Koldjowitsch.  
Deutsche Bearbeitung v. Hans Kauf-  
mann und Max Lie.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Vefchenfresser.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Gyges und sein Ring.**

## Zirkus

**Albert Schumann**  
Heute abend präzise 7 1/2 Uhr:  
Extra-Gala-Vorstellung. U. a.:  
Die größte und sensationellste  
Attraktion der Gegenwart!  
Wichtig! Vorletztes Auftreten!  
Morgen Mittwoch, den 20. d. M.:  
Letztes Auftreten!

## Autobolide

La bella Mlle. de Thiers.  
Ferner: Der schwarze Stern.  
Die phänomenale 6 Curiclos.  
Miss Alice. — Mlle. Eugenia. — Arkadia.  
Die großartigen neuen Spezialitäten.  
Direktor Albert Schumanns neueste  
Monstrositäten und:  
Die reizende Sportpantomime:  
Der Tag des Englischen Derby.

## Wintergarten

**Eugenie Fougère**  
Pariser Excentrique-Sängerin.  
C. Bernardi, Verwandlungs-  
künstler.  
Mc. Banns, Keulenjongleur.  
Rosa Nayon, dressierte Vögel.  
Perzina, Hundepantomime.  
Lene Land, Parodistin.  
Siegwart Gentes, Humorist.  
de Grey, Barfuß tänzerin.  
Im Pensionat, Ballett-  
divertissement.  
Die 3 Olympier, Bronzestatuen  
Biograph.

## Colosseum

Dresdener-Str. 97.  
Heute:  
**Rim in's Colosseum!**  
Heitere Szenen v. Leopold Ely,  
Musik von Rudolf Nelson, vor-  
kommende Tänze vom Ballett-  
meister Eugen Chiebus.  
Hauptdarsteller:  
Fortunatus Biedermann  
Martin Bendix  
Anastasia, seine bessere Hälfte  
Alice Düring.  
Sophie } beider Kinder  
Eduard }  
Trudy Truth, Gustav Waldau.  
Theodor Steiner, Fred Carlo.  
Rudel v. Brillwitz  
Littke Carlsen.  
Manon Frelu, Paulette v. Roy.  
Pauline, modernes Dienst-  
mädchen Martha Wald.  
Johannes Bliemchen  
Hugo Hochgemuth.  
Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.  
Dazu:  
Lotto Sebus, der kleine Gabrun,  
Lucia Ravello, Oskar Fürst etc.

## Konzertsaal.

Fest-Dekoration.  
Musik u. Ges. b. 1 Uhr nachts.  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
Volks-Spezialitätenvorstellung.  
1 Kind frei. Jeder Platz 30 Pf.

## Belle-Alliance

Theater-Variété.  
Anfang 8 Uhr.  
**Josephine Petit**  
Flammen- und Radium-Tanz.  
**Seppl Werner**  
Charakter-Komiker.  
**Rebusas**  
lustiger Bauernhof.  
14 hervorrag. Debüts.

## Zum Weihnachtsfest!

**Ohren.** Freischwinger, Re-  
gulatoren, Herren-  
und Damenketten, Ringe, Ohr-  
ringe, Broschen, Bilder, Gar-  
dinen, Stores, Porzellan,  
Teppiche, Läuferstoffe, Stepp-  
decken, Püschdecken, Chais-  
longue etc. billigst! — auch  
auf Teilzahlung! 5491L

## Gustav Steinke,

Kopernikusstr. 21  
(Bahnhof Warschaustr.)

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Gyges und sein Ring.**  
Tragödie in 5 Akten v. Friedr. Hebbel.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Ein Wintermärchen.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Wanjuschins Kinder.**  
XI. Berliner Saison.

## Zirkus Busch.

Zum 31. Male:  
Die neueste und größte Sehens-  
würdigkeit Berlins!  
◆ **Indien.** ◆  
Orig.-Pantomime des Zirkus  
Busch in 8 Bildern.  
Besonders hervorzuheben:  
Eine Tigerjagd in  
den Dschungeln Indiens.  
Ferner: Eine Witwenverbrennung.  
Außerdem: Elefanten-Kämpfe.  
Sensationell! Sensationell!  
**Mr. Norton Smith,**  
Amerikas berühmter Pferdehändler,  
Frl. Kaminska, Schulleiterin.  
Herr Ernst Schumann mit seinen  
Neudressuren usw.

## Walhalla-Theater

Volkstümliche Preise.  
**Unser Doktor.**  
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von  
L. Treptow und L. Herrmann.  
Anfang 8 Uhr.  
Rangfen in allen Räumen gestattet.

## Folies Caprice.

Budapester Possen-Theater  
132 Linienstr. 132  
Ecke Friedrichstraße.  
Zum 91. Male:  
**Nach dem Zapfenstreich.**  
Vorher:  
**Soll und Haben.**  
u. d. ausgezeichneten Spezialitäten-  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim  
und an der Theaterkasse v. 10 Uhr  
vormittags an.

## W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Braunestr. 16.  
Heute:  
**Geschlossen!**  
An allen drei Feiertagen:  
**Große Fest-Vorstellungen!**  
Der Billett-Vorverkauf findet schon  
jetzt tägl. von 11 Uhr vorm. ab statt.

## Otto Pritzkows

Berliner  
**Abnormitäten-Theater**  
Hünstr. 16.  
Riesen-Weihnachts-Programm!  
Barnum u. Bailays Abnormitäten.  
Wunderhahn Pluto, geboren mit  
4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf.  
Der Welt-Koloß, schwerste Dame,  
die je gelebt.  
Die fliegende Venus??  
Der Skelettmensch, 27 Kilo schwer.  
Die Hellscherin Armida. — Riesen,  
Zwerge, Phänomene, Fakire, Heil-  
seher, Feuerskünstler, Gedanken-  
leser etc. — Entree wie immer.  
Keine Nachzahlung.

## Bordes Vereins-Säle

Neue König-Str. 7.  
Rahverbindungen nach allen Stadtteilen. — nupfele meine Säte  
für Versammlungen, Gewerkschaftsitzungen und für Vereinsfestlich-  
keiten. Kulante Bedienung.  
Adolf Bordes.

## Kein Laden, nur 1 Tr.

**Als Weihnachtsgeschenk für Raucher**  
edler und feiner Qualitäts-Zigarren zu „Engros-Preisen“  
empfehlen wir unsere anerkannt guten und beliebten Spezialmarken

100 Stück  
Mark  
**3,35**

Obige Marke Oriental (Original) vorzügliche mittelkräftige  
5 Pf.-Zigarre

100 Stück  
Mark  
**4,25**

Obige Original Sumatra 6 Pf.-Zigarre

100 Stück  
Mark  
M. 2.50  
Aida, mild u. mittel „ „ 3.-  
Lieblingszigarre, „ „ 3.50

100 Stück  
Mark  
M. 4.85  
Mendoza, kräftig „ „ 5.50  
Plantago, ff. St. Andres „ 5.50  
Estanillo, feine 10 Pf.-Zig. „ 6.50

100 St. nur Mk. 4.10  
Seltener Gelegenheitskauf  
für Qualitäts-Raucher  
Weihnachtskistchen zu 25 St. 75 Pf., 95 Pf., 1.-, 1.10, 1.25, 1.50, 1.75 usw. nur gute Qualitäten.  
Nicht unter 100 Stück. 300 Stück portofrei Nachnahme. Nichtausgehendes nehmen zurück.  
1000 Stück 5% Rabatt. — Preisliste franko.

## Czollek & Geballe,

Zigarren-Fabrik-Berlin Spandauer Brücke 7  
Engros-Lager, G., 2. Haus v. Hackeschen Markt  
Geöffnet bis 10 Uhr abends, Sonntags bis 8 Uhr abends.  
5491L

## Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67.  
Abends 8 Uhr zum 505. Male:  
**„Ueber'n großen Teich“**  
Sonabend, 23. Dez., 8 Uhr:  
**Premiere**  
**„ER & ICH“**  
4 Bilder mit Gesang aus dem  
Leben der Deutsch-Amerikaner  
von ADOLF PHILIPP.  
Billets (ohne Vorverkaufgebühr)  
jetzt an der Theaterkasse, bei A.  
Wertheim, Invalidendank und  
Kosmos zu haben.

## Carl Weiß-Theater.

Gr. Franzfurterstr. 132.  
Bis inklusive Freitag geschlossen.  
Sonabend 4 Uhr Kinder-Vorstellung  
(keine Preise): Frau Solke. Abends  
8 Uhr (alle Plätze 50 Pf.): Kabale  
und Liebe. Sonntag 4 Uhr Kinder-  
vorstell. (N. Pr.): Klein Täumling.  
Dem 1. Feiertag ab täglich 8 Uhr:  
Die lebende Bräute auf Kuban.  
1. Feiertag nachmittags 3 Uhr (Halbe  
Preise): Maria Stuart.

## Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. v. Th. Hofstr.  
Vom  
**18. bis inkl. 24. Dez.**  
bleibt das Theater wegen umfassender  
Vorbereitung für d. Weihnachtsprogramm  
**geschlossen.**  
Am 1., 2., u. 3. Feiertage:  
Das einzig dastehende Programm.  
U. a.:  
**Die 3 Harders**  
Berliner Hochturner, ehemalige Mit-  
glieder der Hagelmanntruppe.  
Unerreichter Lufttakt d. Gegenw.

## Reichshallen.

Heute:  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluss:  
**Fraulein Doktor.**  
Selbstbesetzte von Reigel.  
Anfang:  
Wochenlang  
8 Uhr

## Gustav Behrens

Spezialitäten-  
Theater  
Frankfurter-  
Allee 85.  
Das Riesen-Dezember-Programm.  
Neu! Miss Unita, Neu!  
eigige erhellende Haarfrisur.  
Neu! Mr. Hardon, Neu!  
Festschmücker und Kostümen.  
Neu! Bon Südwelt-Hriso Jurid.  
oder: Stille Nacht, heilige Nacht!  
Weihnachts-Lebensbild  
mit Gesang in einem Akt.

## Ulsters

Havelocks  
Capes  
Jackets  
Paletots  
Kostüm-  
Röcke  
Mädchen-  
Paletots  
Pelz-Stolas

## Robert Baumgarten

Hausvogel-Platz 11, 2. Etage  
(an der Jerusalemstraße).  
Bei Vorzeigung d. Inserates  
an der Kasse werden 5 Proz.  
Rabatt vergütet.  
Sonntag bis 8 abends geöffnet.

## Zahn-Klinik.

Preise  
beliebige Teil-  
zahlung.  
Invaliden-  
straße 145.  
Olga Jacobson,

## Germania-Säle.

Charlottenburg, Sprestr. 13.  
Inhaber: C. Woderich.  
Heute Dienstag:  
Keine Soiree!  
Nächste Soiree  
der  
Original-  
Harburger  
Sänger  
Frid. Kofche & Straufe  
am  
2. Januar 1906.

## Sanssouci

Kottbuserstr. 4a  
Dir. W. Reimer.  
Heute Dienstag:  
Der Pfarrer v. Kirchfeld.  
Sollst v. Knaggruber.  
Nichte: Eine Nacht in Berlin.  
Sonnt., Mont., Donnerst.:  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger  
Sonnt. 8 u. 9, Docht. 8 u. 9

## Schöneberger Wintergarten

Wolfsstraße 9.  
Tägliche Theater- und Spezial-  
itätenvorstellung.  
Sonntag 2 Vorstellungen.  
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.  
Jede erwachsene Person hat ein Kind  
frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-  
Vorstellung. Die Direktion.

## Artus-Hof

Parlbergerstr. 26, Standalarstr. 18.  
Säle von 100-1200 Pers. haben den  
geehrten Vereinen zur Verfügung.  
Neben Sonntag, Dienstag u. Freitag:  
**Gr. Theater-Vorstellung.**  
Jeden Montag: Quartett-Sänger und  
humoristische Soiree.  
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

## Etablissement Buggenhagen

Horitzplatz.  
Tägliche  
in den unteren Sälen.  
**Gottschalk-Konzert.**

## Damen-Konfektion

direkt aus der Fabrik.  
Kein Laden.  
Nach beendeteter Engros-Saison  
auch Einzel-Verkauf  
enorm billig

## Ulsters

Havelocks  
Capes  
Jackets  
Paletots  
Kostüm-  
Röcke  
Mädchen-  
Paletots  
Pelz-Stolas

## Robert Baumgarten

Hausvogel-Platz 11, 2. Etage  
(an der Jerusalemstraße).  
Bei Vorzeigung d. Inserates  
an der Kasse werden 5 Proz.  
Rabatt vergütet.  
Sonntag bis 8 abends geöffnet.

## Zahn-Klinik.

Preise  
beliebige Teil-  
zahlung.  
Invaliden-  
straße 145.  
Olga Jacobson,

Telephon Amt III No. 1939.



**Achtung! Achtung!**  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis!**  
 Dienstag, den 26. Dezember (2. Weihnachts-Feiertag),  
 in Kellers Festsaal, Koppenstr. 29:  
**Große Matinee**  
 arrangiert von den  
 Parteigenossen des 4. Reichstags-Wahlkreises (Osten)  
 unter Mitwirkung  
 der Berliner Volkssänger-Gesellschaft Gndrich-Balza u. des Neuen  
 Berliner Sinfonie-Orchesters unter Leitung des Direkt. Herrn Tietz.  
 Kassen-Eröffnung 11 Uhr. Anfang pünktlich 12 Uhr.  
 Billetts 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.  
 264/12\* Das Komitee.

**Zentral-Verein der Bildhauer.**  
 Mittwoch, den 27. Dezember (dritter Weihnachtsfeiertag),  
 im Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee 11/13:  
**Lichtbilder: Japan, Land und Leute.**  
**Vortrag: Tanz.**  
 Billetts a 30 Pf. inkl. Tanz sind im Bureau, Engel-Ufer 15, III,  
 sowie bei F. Weiland, Eisenbahnstr. 9, F. Drake, Bennestr. 9, I. E. Bartels,  
 Rastenburgstr. 6, III, A. Schultz, Oberbergerstr. 23, Seitenstr. III, A. Weike,  
 Gartenstr. 90, C. Brunotta, Rathenowerstr. 69 (bei Schulz), P. Dietrich,  
 Charlottenburg, Schulze 3, IV, H. Noack, Restaurant, Rüdigerstr. 12,  
 Müller, Poststr. 62, P. Hauke, Ritterstr. 39, III, und P. Winkler,  
 Weihenfer, Charlottenburgerstr. 142, zu haben.  
 21/12\* Anfang 7 Uhr. Das Komitee.

**Leihhaus NORDEN** 203/4 Liniestr. 203/4,  
 am Rosenthaler Tor.  
**Billigster Verkauf von Brillanten, Uhren,  
 Gold- und Silberwaren!**  
 53922\*  
**Kulante und diskrete Beilehung aller Wertsachen.**

**Zum Weihnachtsfeste!**  
**Auf Teilzahlung!!!**  
 kaufen Sie am besten, wöchentl. nur 1 M.,  
 Herren- und Damendrehen, Standuhren, gr.  
 Standuhren, Regulateure, Freischwinger,  
 Broschen, Ringe, Ketten, Stöcke, Zithern,  
 Harmonikas, Mandolinen, Photographen,  
 Plattenpreschmaschinen, gr. Auswahl in  
 Platten, echte Edison- und Columbia-Appa-  
 rate und Balgen zu Original-Preisen.  
**Jahre & König**  
 Warschauer-Strasse 72, I. Etage.  
 Filiale: Reinickendorferstrasse 57, I.  
 Sonntag geöffnet bis 6 Uhr abends.

**Bestes  
 Weihnachts-  
 Geschenk für  
 jeden Herrn**  
 ist ein Kistchen hochfeiner  
 Präsent-Cigarren in eleganter Aus-  
 stattung von Mk. 1.— ab aus den  
**Cigarren-  
 Fabriken I. NEUMANN**  
 103 Zweiggeschäfte. — Begründet 1850.  
 Davon in Berlin:  
 Brunnenstr. 32, E. Anklamstr.  
 Chausseestr. 16, E. Invalidenstr.  
 38/37, E. Schwartkopfstr.  
 Dresdenstr. 5, E. Adalbertstr.  
 Friedrichstr. 171, E. Franzö. Str.  
 Potsdamerstr. 67/68, E. Bälwstr.  
 Prinzenstr. 91, E. Ritterstr.  
 Rosenthal Str. 41, a. Hackesch M.  
 Wallstr. 14a, E. Neue Grünstr.  
 Wienerstr. 22, E. Grünauerstr.  
 Zoologischer Garten, Pavillon  
 Oranienstr. 30, E. Adalbertstr.  
 Gertraudenstr., E. Breitestr. 20a  
 Invalidenstr. 148, E. Bergstr.  
 Jerusalemstr. 41, E. Krausenstr.  
 Kaiser Wilhelmstr. 19, E. Münzstr.  
 Landes-Ausstellungspark, Pav.  
 Markgrafenstr. 17, E. Junkerstr.  
 Oranienstr. 30, E. Adalbertstr.

**Eine Mark  
 wöchentl. Teilzahlung  
 liefert elegante, fertige  
 Herren-Moden.**  
 Ersatz für Maß.  
**Maß-Anfertigung**  
 feinste Verarbeitung  
 Garantie tadelloser Sitz.  
**J. Kurzberg,**  
 An der Jannowitz-Brücke 1, I.  
 Direkt  
 am Bahnhof.  
 Kein Waren-Kredithaus.

**Hygienische Dr. Lell** wohnt jetzt:  
 Rosenthaler-  
 strasse 26, II.  
 Komopath und Spezial-Arzt  
 für Haut-, Darm- und Geschl.-Leiden.  
 11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

**Danksagung.**  
 Für die vielen Beweise der Teil-  
 nahme bei der Beerdigung meines  
 lieben Mannes und Bruders, des  
 Tischlers **Max Drewitz**, sagen  
 wir unseren herzlichsten Dank.  
**Martha Drewitz geb. Dado m.  
 Georg Drewitz.** 18105

**Danksagung.**  
 Für die herzliche Teilnahme bei  
 der Beerdigung meines lieben Mannes,  
 des Tischlers **Franz Gutschmann**,  
 sage allen Freunden, Bekannten und  
 Verwandten, besonders den Kollegen  
 der Tischlerei Boshloer, meinen aufrich-  
 tigsten Dank. 13175  
**Witwe Hulda Gutschmann.**

**Dr. Simmel,** Prinzen-  
 Str. 41,  
 Spezialarzt für 29/14\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Pelz-  
 waren-Fabrik**  
 verkaufte nach  
 besonderer  
 Engros-Saison  
 Reismuster  
 von **Stolas  
 und Muffen**  
 zu  
 billigsten  
 Engros-Preisen  
 Sonntag  
 geöffnet.  
 Neue Königstraße 16, vorn I.

**Jacob Golde**  
 119 Gr. Frankfurterstr. 119  
**Zum Weihnachtsfest**  
 empfehlen:  
 Wäsche-Ausstattungen.  
 Trikotsagen & Strumpfwaren  
 in bekannter Güte.  
**5 % Rabatt.**  
 Ueber 40 Jahre im Osten Berlins.

Sieben erhalten:  
**Künstlerpostkarte**  
**Bebel spricht**  
 im Reichstage zum Etat.  
 Nach Originalzeichnung ausgeführt.  
 Neue, farbenreiche, künstl. ausge-  
 poltete Neujahrspostkarten  
 Preis 10 Pf. Verkäufer allerorten  
 gesucht. **H. H. Lipinski, Ber-  
 lin, Leipziger, Reudnitzstr. 11.**

**Verein Berliner Hausdiener.**  
**Todes-Nachricht.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Stollze 13036  
**Franz Robe**  
 Wollmerstraße 70  
 verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Mittwoch, den 20. Dezember,  
 nachmittags 3 Uhr, auf dem Hions-  
 Kirchhof in Nieder-Schönhausen  
 (Nordend) statt.

Die Beerdigung des Kollegen  
**Richard Pfänder**  
 Brügelstraße 4  
 findet am 20. Dezember, nach-  
 mittags 3/4 Uhr, von der Halle  
 des Lincoln-Kirchhofes in Nigsdorf,  
 Mariendorfer Weg, statt.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Um recht rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Mit allen Freunden und Be-  
 kannten die traurige Nachricht,  
 daß meine liebe und gute Tochter  
**Valeska Scholz**  
 im blühenden Alter von 17 1/2 Jahren  
 plötzlich verstorben ist. 13145  
 Die Beerdigung findet am  
 Dienstag, 19. Dezember, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
 Halle im Wilhelmberg, aus statt.  
 Dies zeigt schmerz erfüllt an  
**Max Scholz** nebst Angehörigen.

**Danksagung.**  
 Allen Kollegen, Freunden und Be-  
 kannten für die zahlreichen Kranz-  
 spenden bei der Beerdigung meiner  
 lieben Frau **Helene Koch**  
 meinen herzlichsten Dank. 13215  
**Hermann Koch, Ewinenänderstr. 47.**  
 Für die vielen Beweise und Kranz-  
 spenden bei der Beerdigung unseres  
 lieben Sohnes **Max Werlich**  
 sagen wir allen Freunden und Be-  
 kannten, insbesondere dem Zentral-  
 verband der Dreazerei-Gewerbetriebe  
 unseren herzlichsten Dank. 13065  
**Familie Werlich.**

**Danksagung.**  
 Für die herzliche Teilnahme und  
 Kranzspende bei der Beerdigung  
 meiner lieben Frau und unserer guten  
 Mutter, Frau 13155  
**Therese Geschefsky**  
 sagen wir allen Verwandten, Freunden,  
 Bekannten und Kollegen sowie dem  
 Belangverein "Frei", insbesondere  
 dem Schriftsteller Herrn Adolph  
 Stern unseren herzlichsten und aufrich-  
 tigsten Dank.  
**Der trauernde Witwer  
 nebst Kindern.**

Gegründet 1825.

# Fr. Hahn Berlin C 25 Alexander-Platz

## Hervorragendes Weihnachts-Sonderangebot.

<b>Portieren          Teppiche          Decken          Felle</b>	<b>Plüsch-Portieren-          Garnituren,</b> bordeaux od. grünoliv, sonst 10,50 . . . jetzt <b>7,70</b>	<b>Prima Velour- (Plüsch-) Teppiche</b> haltbarstes Fabrikat. Größe 135x200, 174x230, 200x300, 265x335, sonst 17,50 25,50 42,00 75,00 jetzt <b>13,75 20,70 32,00 55,00</b>	<b>Echt chines. Ziegenfelle</b> mit grauem Leinwandfaser. Größe 40x70 50x80 60x90 65x105 75x125 75x175 sonst 2,25 3,35 4,75 6,50 8,25 10,75 jetzt <b>1,60 2,30 3,30 4,50 6,00 7,75</b>
<b>Damen-          Wäsche</b>	<b>Seidensatin-          Steppdecken</b> beste Handarbeit, vorzügl. Qual., in allen Farben, Größe 150x200, sonst 9,50, jetzt <b>6,90</b>	<b>Wollen. Jacquard-Schlafdecken</b> gemustert, mit bunter Bordo Größe 140x190, sonst M. 9,00 jetzt <b>6,40</b> <b>Echte Kamelhaar-Schlafdecken,</b> Größe 140x190, sonst M. 10,75, jetzt <b>7,80</b>	<b>Plüsch-Tischdecken</b> reich gestickt, Größe 145x145, sonst M. 11,00, jetzt <b>9,85</b> <b>Diwanddecken</b> sonst M. 7,50, jetzt <b>5,50</b>
<b>Ein Posten          Tuch-Unterröcke</b> reich garniert M. <b>2,80</b>	<b>Damenhemden</b> <b>Hemdentuch, m. hand-          gestickter Passe, 1,25</b> Achselschluß, M. <b>1,25</b> <b>Hemdentuch mit          Zwirnspitze, Prisen-          form 1,00</b>	<b>Nachtjacken</b> Piqué-Parchend mit Spitze <b>1,50</b> Gestreift, Satin mit Stickerei <b>2,00</b> <b>Velour-Unterröcke,</b> dicke, warme Qual. <b>1,65 2,00 2,50</b>	<b>Beinkleider</b> Weiß, Parchend, mit Stickerei <b>1,50</b> Aus gutem Velour <b>0,95 1,25 1,75 2,00</b>
<b>Ein großer          Posten          Reinseidene Un-          terröcke</b> aus besten glatten und damassierten Stoffen vorjährige Muster zur Hälfte des sonstigen Verkaufspreises.	<b>Ein Posten          Tuch-Unterröcke</b> reinwoll. Tuch, mit doppelter Volantgarnierung. . . . M. <b>4,80</b>		



# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliance-Strasse Grosse Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse.

Geometrisch gezeichnet. D. R. G. M. 000000.

**Rabatt-Karte**



**A. Jandorf & Co.**

Spittelmarkt Belle Alliance-Strasse  
Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse

Wir verabfolgen auf Wunsch bei Bar-Einkäufen für je 25 Pfg. des gezahlten Betrages eine Rabatt-Marke. Für die vollgeklebte Karte zahlen wir an unsererer Rabatt-Kasse in bar **M. 1.<sup>00</sup>**

**Wer bei Jandorf kauft, spart Geld!**

Die d. Rabatt-Vergünstigung sind wenige Artikel ausgenommen

## Kennen Sie unser Rabatt-System?

Man verlange nach erfolgtem Einkauf Rabattmarken

## Grosse Ausstellungen

in Tricotagen, Lederhandschuhen, Stoffhandschuhen, Sammet, Seidenstoffen, **Kleiderstoffen**, Tischzeugen, Taschentüchern, Feiner Herrenwäsche, Cravatten, Herren- u. Knaben-Garderobe, Schlafröcken, Damen-Confection, Blousen, Kinder-Kleidchen, **Pelzwaren für Damen und Herren**, Pelzgarnituren für Kinder, Knaben-Mützen, **Wollwaren**, **Strümpfen**, Schuhwaren, Gummischuhen, Schlittschuhen, Schleiern, Seidenband, Weisswaren, Handarbeiten, Corsets, **Schürzen**, Schirmen, Damen-Wäsche, Kinderwäsche, Bettwäsche, Handtüchern, Bijouterien, Gürteln, Haarschmuck, Lederwaren, Galanteriewaren, Schreibwaren, Parfümerien, Seifen, Baumlichten, Möbelstoffen, Gardinen, Teppichen, Lampen, Wirtschaftsartikeln, Glas, Porzellan, Lebensmitteln, Weine, Lichten, Delikatessen, Südfrüchten, Cigarren, Bettstellen, Matratzen,

**Bilderbüchern, Märchenbüchern, Jugendschriften, Briefpapier, Pfefferkuchen, Baumschmuck, Baumlichten, Lichthaltern, Spielwaren, Puppen.**

Wochentags geöffnet bis 10 Uhr abends, Sonntag den 24. Dezember von 8 bis 10 u. 12 bis 8 Uhr.

**M. & W. Müllers Spezialitäten**  
aus der Brennerei u. Spiritfabrik, Berlin, Buckowerstr. 7.



**M. & W. Müllers:**  
Nordlicht a Ltrfl. 1,00  
Kloster Korn a Ltrfl. 1,50  
Hundertjähriger a Ltrfl. 2,00  
Meunier-Kognak  
hochfeine Qualität, Originalflasche von 1-0 M.  
ff. Rum u. Arrak  
hochfeine Qualität, sehr geeignet zur Punschbereitung, Originalflasche von 1-5,25 M.

Hier zu haben!  
**M. & W. Müllers Aromatique-Likör**  
sehr bekömmlicher, hochfeiner Tafellikör, nur echt mit Jumbo-Etikett, a Originalfl. M. 1,25.  
Käuflich überall, wo dieses Jumbo-Plakat aushängt.

Noch für Weihnachten!

**Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur**

von Curt Grottewitz, mit einem Vorwort von Wilh. Bölsche  
Mit Buchschmuck und dem Portrait des Verfassers  
Broschiert 60 Pfennig Gebunden 1 Mark

Wilhelm Bölsche schreibt in seinem Vorwort:  
"Ich glaube, daß es in der ganzen Literatur nicht leicht wieder so schlichte Naturbeschreibungen gibt, mit so scheinbar allereinfachsten Mitteln, wie in diesem Büchlein."

**PROBLEM**  
Cigaretten  
überbieten Importen

Beste deutsche Fabrikate  
Überall zu haben.

57 l. Etg. Rosenthalerstr. 57 l. Etg.

**Spezialhaus für Gelegenheitskäufe.**

Abgepaßte Gardinen, Fenster . . . . . 1,35  
Tüllbettdecken, Reliefgewebe, Stück . . . 1,65  
Stores, weiße und crème Fenster . . . . . 1,50  
Gardinenreste . . . . . 30, 40, 50 Pf.  
Teppiche, Portieren, Steppdecken, Tischdecken  
Läuferstoffe zu auffallend billigen Preisen.

Kein Gardinen-Zweig Kein Laden!



Die Neuorganisation von Groß-Berlin.

Am Sonntag traten die Delegierten der sechs Berliner und der beiden benachbarten Wahlkreise im Germaniaaal in der Chausseestraße zusammen, um das Statut des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und der Umgegend zu beraten.

Eugen Ernst eröffnete die Versammlung um 12 1/2 Uhr. Im Namen des Organisations-Komitees begrüßte er die Delegierten und Gäste. Die Aufgabe dieser Versammlung sei, der Organisation der Parteigenossen Berlins eine solche Gestalt zu geben, daß sie den Interessen der Partei in jeder Hinsicht diene.

Mit der Leitung der Verhandlungen wurden betraut: Als Vorsitzender Eugen Ernst und Hermann Werner, als Schriftführer Oettel und Wollermann.

Liepmann-Berlin V erhielt als Referent das Wort.

Parteigenossen Berlins! Die Organisations-Kommission, welche Ihr eingeseht hat, um den Wahlvereinen einen festen Zusammenhalt zu geben, hat mich beauftragt, die Vorlage des Statuts, welche wir Euch vorgelegt haben, zu begründen, und darzulegen, weshalb wir unsere Vorschläge so gemacht haben, wie sie vorliegen.

Zunächst möchte ich einige historische Erörterungen vorausschicken. Durch die Geschichte der deutschen und der Berliner Arbeiterbewegung zieht sich von Anfang an wie ein roter Faden der Ruf nach einer festgelegten Zusammenfassung, der Ruf nach Zentralisation. Das Thema, welches ich zu besprechen habe, ist ja ein nichternes. Es handelt sich, wenn wir über die Art der Organisation sprechen, nicht um eine Prinzipien-, sondern um eine Verwaltungsfrage. Wir haben uns zu fragen, wie müssen wir unsere Organisation gestalten, um am schnellsten und sichersten unser großes Ziel zu erreichen. — Unsere großen Lehmeister Marx und Engels haben uns unser Ziel gezeigt und auch den Weg, auf dem wir es erreichen können. Klar haben sie erkannt, welche Entwicklung die heutige Gesellschaft nehmen wird und welche Aufgaben und demgemäß zugewiesen sind. Was unsere Lehmeister im Kommunistischen Manifest ausgesprochen haben, finden wir heute, wenn wir den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung betrachten, vollauf bestätigt.

Als 1848 die Revolution besiegt war, legte sich der Wehltou der Reaktion auch auf die Arbeiterbewegung. Arbeiterorganisationen gab es zu jener Zeit nicht. Erst 1859 machte die Bourgeoisie den Versuch, im Nationalverein eine Organisation, allerdings nur für die bessergestellten Klassen zu gründen. Eine Organisation der Arbeiter trat erst im Jahre 1863 ins Leben. Delegierte, welche damals die Weltausstellung in London besucht hatten, beriefen eine allgemeine Arbeiterversammlung ein, um über die Weltausstellung Bericht zu erstatten. Im Anschluß daran wurde im Oktober 1862 ein Komitee eingesetzt, welches einen allgemeinen Arbeitertag in die Wege leiten sollte. Das Komitee wandte sich auch nach Leipzig an den dortigen Arbeiter-Bildungsverein, der unter der Leitung Webers stand. Beim Nationalverein wurde das Komitee abgewiesen, es wandte sich dann an Lassalle und ersuchte ihn, seine Ansichten über die Gründung eines Arbeitervereins darzulegen. Lassalle tat das in seinem „Offenen Antwortschreiben“. Lassalles Gedanke über die Organisation der Arbeiter wurde verwirklicht durch die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der jedoch nicht den Erfolg hatte, welchen sich Lassalle davon versprochen hat. — In Berlin entstand 1868 eine Filiale des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, gleichzeitig aber auch eine Mitgliedschaft der Eisenacher. Beide Organisationen führten beständige Kämpfe miteinander, in denen die Form der Organisation ebenfalls eine Rolle spielte. Der Streit um die Form der Organisation hat sich bis in die 70er Jahre hingezogen. 1875 erfolgte dann auf dem Kongreß in Göttingen die Einigung zwischen den Lassalleanern und den Eisenachern, es entstand die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Schon im Jahre 1876 begann der Berliner Staatsanwalt Lessendorf seinen Feldzug gegen diese Partei. Sie wurde geschlossen, aber die sozialdemokratische Idee konnte nicht besiegt werden. Neue Organisationen bildeten sich. In Berlin wurde 1876 der sozialdemokratische Arbeiter-Wahlverein gegründet, der als eine zentralistische Organisation ins Leben trat. Am 1. Januar 1878 erschien auch das erste sozialdemokratische Organ in Berlin, die „Freie Presse“. Aber dem sozialdemokratischen Arbeiter-Wahlverein wurde durch Lessendorf bald ein Ende bereitet. Als Ersatz trat darauf der Verein zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins ins Leben unter der Leitung von Hörner und Himm. Auch diesem Verein war nur eine kurze Lebensdauer beschieden. — In jene Zeit fiel das Leidenbegrenzung des Genossen Heintz, das im März 1878 unter einer so ungewöhnlich großen Beteiligung des Proletariats begangen wurde, daß es der Bourgeoisie unheimlich wurde bei dem Massenschnitt der Arbeiterbataillone. Als dann im Frühjahr desselben Jahres die Attentate von Hödel und Nobiling erfolgten, die mit der Sozialdemokratie gar nichts zu tun hatten, wurden diese Ereignisse zum Anlaß genommen, um ein Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie zu erlassen. Die Zustände unter diesem Schandgesetze sind vielen von uns noch in frischer Erinnerung. Was unter der Herrschaft dieses Gesetzes an Gewaltmaßnahmen gegen die deutsche Sozialdemokratie verübt wurde, das trat in erster Linie auch die Berliner Parteigenossen. Der Verein zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins wurde aufgelöst, ebenso alle Gewerkschaften bis auf die der Buchdrucker. Selbst ein damals bestehender Arbeiter-Sängerbund, überhaupt alle Organisationen, die irgendwie der Beziehungen zur Sozialdemokratie verächtlich waren, verfielen der Auflösung. Es schien, als ob sich das Wort, welches Lessendorf einst gesprochen hatte, bewahrheiten sollte: „Zerstören wir die sozialdemokratischen Organisationen, und die Sozialdemokratie existiert nicht mehr.“ — Doch es kam anders. Unsere Parteigenossen pfliffen auf das Ausnahmengesetz. Aller Geschrei ungeachtet, betrieben sie mit der größten Ausopferung die Agitationsarbeit. Im Jahre 1884 schien es, als wollte die Behörde der Arbeiterbewegung etwas Luft lassen. Wir setzten in Berlin mit den Stadtverordneten-Wahlen ein Arbeiter-Bezirksvereine wurden gegründet, doch mußte die eigentliche Parteiarbeit im Geheimen betrieben werden. 1886 wurden die Bügel wieder straffer gezogen. Die Arbeiter-Bezirksvereine wurden verboten. Inzwischen hatten sich die Parteigenossen unter dem Sozialistengesetz ganz gut eingerichtet verstanden. Im Jahre 1889 gründeten sie Arbeiter-Wahlvereine und als dann ein Jahr darauf das Sozialistengesetz fiel, brauchten die Genossen Berlins keine neuen Organisationen gründen, da die Wahlvereine schon bestanden.

Wie schwer das Sozialistengesetz auf den Berliner Parteigenossen lastete, zeigen folgende Zahlen: Aus Berlin wurden in den 12 Jahren, wo das Ausnahmengesetz bestand, 203 Personen ausgewiesen, davon waren 172 verheiratet, sie hatten 323 Kinder. 16 der Ausgewiesenen starben im Exil. — Auf der anderen Seite leben wir dagegen die erfreuliche Tatsache, daß unsere Partei trotz des gesetzlichen Ausnahmezustandes in raschem Wachstum begriffen war. Vor dem Sozialistengesetz hatten wir in Deutschland 487 156 sozialdemokratische Stimmen bei der Reichstagswahl erhalten. Als das Sozialistengesetz fiel, war unsere Stimmenzahl bereits auf 1 427 823 gestiegen. Allein in Berlin erhielten wir Stimmen: Im Jahre 1876: 56 164, 1881: 30 136, 1884: 63 275, 1887: 93 935, 1890: 126 000. — Eine Partei, die unter so schwierigen Verhältnissen solche Fortschritte macht, die wird bestehen, bis sie ihr Ziel erreicht hat.

In der Zeit des Sozialistengesetzes machte sich in unseren Reihen Unzufriedenheit gegen die damalige Parteileitung bemerkbar. Es war die Bewegung der Unabhängigen, eine Bewegung, die ich als die Sturm- und Drangperiode unserer Partei bezeichnen möchte. Wir haben die Sturm- und Drangperiode überdauert und werden noch manchen Sturm überdauern können.

Von 1891 bis 1895 hatten wir vor behördlichen Eingriffen Ruhe. Da wurde Koller Minister des Innern. Auf sein Verlangen wurden in Berlin sämtliche Parteioorganisationen sowie der Parteivorstand aufgelöst. Zahlreiche Hausdurchsuchungen fanden statt, der Prozeß gegen Auer und Genossen war die Folge, der jedoch mit einer völligen Niederlage der Polizei endete. Im Jahre 1898 gründeten wir auf neue unsere Wahlvereine. — Wieder kam eine Zeit der Ruhe bis zum Jahre 1899. Dann erfolgte die Aufhebung des Verbindungsvorbehalts im Vereinsgesetz und damit setzte in unseren Reihen die Bewegung ein, welche auf die Reorganisation der Parteioorganisation gerichtet war. Der Gehahe der Reorganisation ist: Verlegung der Entscheidung über Parteiangelegenheiten aus öffentlichen Volksversammlungen in die Organisationen der Parteigenossen. Diese Bewegung rief Gegenätze zwischen den Parteigenossen der Berliner Wahlkreise hervor. Einer nach dem anderen bekannten sich die Wahlkreise zu dem Gedanken der Reorganisation. Der Grundgedanke, daß die organisierten Parteigenossen die Parteigeschäfte führen und über Parteiangelegenheiten zu entscheiden haben, fand Anerkennung.

Die Reorganisation war der Vorläufer der Zentralisation. Die Befürchtungen, welche die Gegner der Reorganisation hatten, haben sich als unbegründet herausgestellt. Es war nun nichts natürlicher, als daß dem im Jahre 1902 erfolgten Zusammenschluß der acht Groß-Berliner Wahlkreise zu einem gemeinsamen Agitationsbezirk eine weitere Festigung der Zentralisation folgen mußte. Wenn wir also heute eine Zentralisation schaffen, so spinnen wir nur den Faden weiter, den unsere Vorgänger angefangen haben. Wir sind nicht der Meinung, daß die Vorschläge der Kommission das Beste sind, was in dieser Hinsicht geleistet werden kann, aber wir sind überzeugt: Wenn wir erst die Zentralisation ins Leben gerufen haben, dann wird der weitere Ausbau schon folgen. — In mindestens 20 Sitzungen hat die Kommission über die Neuorganisation beraten und die Frage nach allen Richtungen hin gründlich geprüft. Unsere Vorlage ist kein Puffer prinzipieller Arbeit. Sie ist die Frucht eines Kompromisses, welches geschlossen wurde, um allen Wahlkreisen die Möglichkeit zu geben, frohen Herzens der Zentralisation beizutreten. Der Redner ging nun auf die Einzelheiten der Vorlage ein.

Wenn im § 1 gesagt wird, die Wahlvereine bilden einen gemeinsamen Verband, so soll damit ausgedrückt werden, daß jedem Wahlverein seine Selbständigkeit gewahrt bleibt. Dem Verband ist nur die Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten vorbehalten: Vorbereitung der Wahlen zum Reichstag, der Stadtverordnetenversammlung, zum Landtag, der Arbeitgeber-Versicherer am Gewerbegericht und Kaufmannsgericht. Auch allgemeine Sammlungen und dergleichen werden durch den Verband zu betreiben sein. Ein Uebelstand war es, daß bisher Preis-, Lokal- und Agitationskommissionen jede für sich tagten und keine von den Maßnahmen der anderen unterrichtet war. Dem soll abgeholfen werden, daß alle Kommissionen im Verbandsvorstande vereinigt sind. Der § 1 ist übrigens in allen Wahlkreisen angenommen worden. — Beim § 2 ist die dort vorgeschlagene Herausgabe eines Korrespondenzblattes bemängelt worden. Es wird befürchtet, das Korrespondenzblatt könne ein Konkurrenzblatt gegen den „Vorwärts“ werden. Daran ist gar nicht zu denken. Das Blatt ist gedacht als Bindeglied zwischen dem Vorstand und den Bezirksführern, es soll diesen sozusagen als Beistand bei der Berichterstattung an den Vorhabenden dienen. — Im § 3, der von der Zusammenlegung des Vorstandes handelt, liegt das Kompromiß. Er ist so gestaltet, daß die kleinen Wahlvereine nicht fürchten können, von den großen majorisiert zu werden oder ohne Vertretung in der Leitung zu bleiben. — Nach § 5 ist auf je 50 Mitglieder ein Delegierter zu wählen. Diese Zahl soll nach einem Antrag von Teltow-Beeskow heraufgesetzt werden. Wir glauben jedoch, daß es den demokratischen Grundgedanken entspricht, wenn wir den Parteigenossen eine möglichst große Zahl von Delegierten zubilligen. — Im § 6 schlagen wir eine grundlegende Änderung vor, nämlich die eventuelle Anstellung von besoldeten Beamten. — Gewiß können unsere Parteigenossen mit Stolz auf die Erfolge ihrer opferfreudigen und unbezähnten Arbeiten blicken, aber ein so großer Apparat wie der neue Verband kann nicht ausschließlich auf freiwillige Arbeit nach Feierabend angewiesen sein. Es muß da jemand sein, von dem man bestimmte Arbeiten verlangen kann, und der dafür besoldet wird. — Zum § 7 gebe ich namens der Kommission die offizielle Erklärung ab: Die Aufstellung der Reichstagskandidaten bleibt unbedingt den einzelnen Kreisen vorbehalten. Die Befürchtung, der Verband könne sich in diese Angelegenheit der Wahlkreise einmischen, ist ganz grundlos. — Ferner sind Bedenken erhoben worden gegen die Bestimmung: „Jeder Parteigenosse hat sich der Organisation seines Kreises anzuschließen; dauernde Tätigkeit in einem anderen Kreise ist einzeln oder gruppenweise nur mit Genehmigung des Verbandsvorstandes gestattet.“ Hierzu habe ich die offizielle Erklärung abzugeben: Wenn einzelne Kreise, wie der erste, die Mitarbeit von Genossen anderer Kreise benötigen, so sollen ihnen diese Mitglieder natürlich nicht entzogen werden. Es genügt, wenn dem Verbandsvorstande Mitteilung davon gemacht wird. Durch die frohliche Bestimmung sollen nicht die tätigen Mitglieder getroffen werden, sondern die Launen und Faulen, die sich der Arbeit zu entziehen suchen unter dem Vorgeben, sie arbeiten in einem anderen Kreise.

Ich möchte bitten, das Statut en bloc anzunehmen. Ich kann mich keiner Sache erinnern, die so eingehend beraten worden ist, wie diese Vorlage.

Zum Schluß noch einige Worte. Der Staat, die Kirche, die gegnerischen Parteien sind zentralisiert. Die zentralistische Organisation auch des Kapitalismus schreitet immer weiter vorwärts. Die Arbeiterklasse hat auf gewerkschaftlichem Gebiete angefangen, dem Segen der Zentralisation zu begreifen. Auch auf politischem Gebiet fangen wir an, die ersten Schritte in der Zentralisation zu tun. Ich bitte, diese Schritte mit aller Kraft zu unterstützen. Der Zentralverband will die Genossen zu zielbewußten Kämpfen machen. Wir leben in einer Zeit, wo der Individualismus stark überleben wird. Wir sind der Ansicht: Das Recht des Individuums hat zu schweigen, wenn das Interesse der Allgemeinheit in Frage steht. Auch durch unsere neue Organisation soll das allgemeine Wohl gefördert werden. Johann Jacoby sagte einst: Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins werde für den Kulturhistoriker der Zukunft wichtiger sein als die Schlacht von Sedan. — Auch wir wollen bei der Gründung unserer neuen Organisation dieses Wortes eingedenk sein. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Gründung des Verbandes zu beschließen, Sie tun damit einen Schritt zur weiteren Förderung unserer Partei. (Beifall.)

Den vom Vorsitzenden Ernst vorgeschlagenen Eintritt in die Generaldebatte lehnte die Versammlung auf Antrag des Genossen Grundwald ab. Es begann sogleich die

Spezialdiskussion.

Der grundlegende § 1 des Statuts wurde ohne Debatte angenommen.

Rum § 2 beantragte der Kreis Teltow-Beeskow: den Absatz d: Herausgabe eines Korrespondenzblattes, zu streichen.

Vaake führte zur Begründung des Antrages aus, er sei von der Notwendigkeit der Herausgabe eines Korrespondenzblattes nicht überzeugt. Der Referent habe nur gesagt, das Blatt solle ein Bindeglied zwischen dem Vorstand und den Mitgliedern sein. Hierzu bedürfte es keines besonderen Blattes, denn der „Vorwärts“ könne diese Aufgabe besser und schneller erfüllen. In besonderen Fällen könne der Vorstand seine Mitteilungen, die nicht für weitere Kreise bestimmt sind, durch bestographierte Korrespondenzen an die Bezirksführer gelangen lassen.

Oettel sprach gegen den Antrag. Auch in der Kommission habe es Gegner des Korrespondenzblattes gegeben. Nach reiflicher Erwägung sei die Kommission aber doch zur Annahme des Blattes gelangt. Es sei notwendig, die Bezirksführer mit Material zu versehen, damit sie die Mitglieder zureichend unterrichten können. Diesem Zweck solle das Blatt dienen.

Vaake: Das alles könne durch Mitteilungen im „Vorwärts“ geschehen. (Auf: Dazu fehlt der Raum.) Das wäre ja noch schöner, wenn der „Vorwärts“ nicht den Raum dazu hätte. Man solle dem Verband nicht von vornherein die Last des Korrespondenzblattes aufbürden. Sollte sich die Herausgabe eines Blattes als notwendig herausstellen, dann könne sie später immer noch beschloffen werden.

Wels: Als Mitglied der Preßkommission bitte ich, Rücksicht zu nehmen auf den stark belasteten Raum des „Vorwärts“. Wir können denselben nicht auf neue Weise belasten durch die Mitteilungen des Vorstandes an die Bezirksführer. Vaake hat nicht alle Gründe angeführt, die gegen das Korrespondenzblatt geltend gemacht werden. Es wird nämlich befürchtet, das Korrespondenzblatt könne die Funktionäre einseitig beeinflussen. Das ist in allen Kreisen gesagt worden, wo gegen das Korrespondenzblatt gesprochen wurde.

Vaake: Ich nehme immer die wirtlichen Gründe und bitte mir aus, daß nur die Gründe als maßgebend angesehen werden, die hier angeführt werden. Andere Gründe existieren für uns nicht. Liepmann: Das Korrespondenzblatt soll im wesentlichen nur Material über die Massenverhältnisse und sonstige Verwaltungsangelegenheiten bringen, was sich zur Veröffentlichung im „Vorwärts“ nicht eignet. Es handelt sich um die Schaffung eines lebendigen Bindegliedes zwischen dem Vorstand und den Bezirksführern.

Vorsitzender Ernst läßt über den Antrag Teltow-Beeskow abstimmen und konstatiert, daß derselbe abgelehnt ist. (Unruhe. Gelächter.)

Vorsitzender Ernst: An der Abtimmung kann nicht gestweift werden. Im Bureau sitzt auch ein Vertreter von Teltow-Beeskow, er ist ebenfalls der Meinung, daß die Mehrheit gegen den Antrag gestimmt hat.

Hierauf wird § 2 unverändert angenommen. Ebenso die §§ 3 und 4.

§ 5 bestimmt in seinem ersten Absatz, daß auf je 50 Mitglieder ein Delegierter zur Generalversammlung des Verbandes gewählt ist.

Hierzu beantragt Teltow-Beeskow: Wahlvereine mit einer Mitgliederzahl bis 1000 wählen 10, mit 1000 bis 2000 20 und mit mehr als 2000 Mitgliedern für je 200 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Hirsch begründet den Antrag. Eine von 843 Delegierten besuchte Generalversammlung ist ein schwerfällig arbeitender Apparat. Wenn sich die Zahl unserer Mitglieder noch weiter vermehrt, was wir ja alle erwarten, dann kommen wir bald auf eine Zahl von 1200 Delegierten, und die Erledigung der Geschäfte wird durch die große Zahl weiter erschwert werden. Nach unserem Antrage kommen die kleineren Kreise in der Vertretung verhältnismäßig besser weg wie die großen. Danach würden erhalten: der erste Kreis 10, der zweite Kreis 20, der dritte Kreis 21, der vierte Kreis 53, der fünfte Kreis 20, der sechste Kreis 65, Teltow-Beeskow 51 und Nieder-Barnim 42, zusammen also 288 Delegierte. Dazu kommen noch die Funktionäre, so daß die Generalversammlung ebenso stark in der Personenzahl wäre, wie der Parteitag.

Vorgmann ersucht um Ablehnung des Antrages Teltow-Beeskow. Nicht auf die Zahl der Delegierten kommt es an, sondern darauf, wer die Mitglieder auf der Generalversammlung vertritt. Heute sind es die tätigen Genossen. Mit denen ist natürlich eine leichte Erledigung der Geschäfte möglich. Wenn wir von dem Grundgedanken ausgehen, daß die Masse der Genossen hier vertreten sein soll, dann sind die Bezirksführer die besten Delegationen zur Generalversammlung. Sie vertreten hier die Genossen ihres Bezirks und können denselben auf Grund persönlicher Teilnahme an den Verhandlungen genau Bericht erstatten. Eine Vertretung dieser Art erfordert, daß wir es bei der Bestimmung des Entwurfes lassen.

Hirsch: Wenn man sagt, der Wille des Volkes soll zum Ausdruck kommen, so ist das nicht weiter wie eine schöne Redensart. Es bedarf keiner großen Vertreterzahl, um den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Das könnte auch geschehen, wenn jeder Kreis nur durch einen Delegierten vertreten ist, der in enger Fühlung mit seinen Genossen steht.

Grundwald: Was Vorgmann sagte, das spricht gerade für unseren Antrag. Wenn wir die Zahl der Delegierten beschränken, dann werden nur die tüchtigsten und erfahrensten Genossen auf der Generalversammlung zum Wort kommen.

Hoffmann-Repton: Die heutige Versammlung zeigt, daß wegen ihrer großen Zahl die tätigen Genossen nicht zum Wort kommen. Mit einer kleineren Zahl von Delegierten würden sich die Geschäfte leichter erledigen lassen.

Rechtshaler: Je mehr Vertreter an der Generalversammlung teilnehmen können um so besser ist es, denn nur so kann den Mitgliedern über die Beschlüsse der Generalversammlung eingehend Bericht erstattet und ihnen gesagt werden, aus welchen Gründen die Beschlüsse gefaßt sind. Gewiß wird eine kleine Körperschaft mit den Arbeiten schneller fertig, es ist nicht gesagt, ob sie besser arbeitet wie eine große.

Lebedour ersucht um Ablehnung des Antrages Teltow-Beeskow. Die Bezirke, auf denen sich die Partei-Organisation Berlins aufbaut, entsprechen etwa der Zahl von 50 Mitgliedern, deshalb ist der vorgeschlagene Vertretungsmodus der geeignete. Sollte die Zahl der Delegierten später zu groß werden, dann könnte dem Uebelstand durch Vergrößerung der Bezirke abgeholfen werden. Statt der Reichstags-Wahlbezirke könnten wir die etwa doppelt so großen Stadtbezirke unserer Organisation zugrunde legen. Dann könnten immer noch die Bezirksführer ihre Mitglieder auf der Generalversammlung vertreten.

Grundwald: Sogleich ist gegen unseren Antrag nichts vorgebracht. Daß die große Zahl der Delegierten ein Uebelstand ist, erkennt ja auch Lebedour an. Ich meine, wenn unsere Mitgliederzahl wächst, dann werden wir die Bezirke nicht vergrößern, sondern verkleinern müssen, um intensiver arbeiten zu können.

Liepmann: Unser Statut ist, wie ich schon sagte, ein Kompromiß. Ich gebe den Genossen von Teltow-Beeskow zu bedenken, daß wir die gegenseitigen Vereinbarungen nicht unumverfen dürfen, ehe sie noch Geltung bekommen haben.

Vorgmann: Es kommt darauf an, daß unsere Organisation auf breiterer Grundlage aufgebaut sein muß. Nicht im feinen, sondern in möglichst großem Kreise müssen wir unsere Beschlüsse fassen. Wir müssen dafür sorgen, daß die große Masse in der Generalversammlung vertreten ist.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Teltow-Beeskow wird abgelehnt.

Der zweite Absatz im § 2 der Vorlage lautet:

„Sich und Stimme haben in der Generalversammlung außer den Delegierten: die Mitglieder des Vorstandes, die Redaktoren, die Reichstags-Abgeordneten resp. Kandidaten der acht Kreise, je eine Vertretung der Redaktion des „Vorwärts“.“

Hierzu wird beantragt, auch den Stadtverordneten in Berlin bezw. den Gemeindevertretern in den Vorortkreisen eine Vertretung auf der Generalversammlung zuzubilligen.

Der Antrag wird damit begründet, daß die kommunalen Vertreter unserer Partei Gelegenheiten haben müßten, auf der Generalversammlung Auskunft über Angelegenheiten zu erteilen, die ihre Tätigkeit betreffen. Unsere Berliner Stadtverordneten haben deshalb eine Vertretung gewünscht, die Kommission hat sie ihnen auch zugestimmt. Als Folge davon ergab sich dann, daß auch den beiden Vorortkreisen eine dementsprechende Vertretung zugestanden wurde. Nach kurzer Debatte, die sich hauptsächlich um die Zahl der auf Berlin einerseits und die beiden Vorortkreise andererseits zu bewilligenden Vertreter dreht, wird der Antrag in der Fassung angenommen, daß Berlin 5 Stadtverordnete, Teltow-Beeskow 3 und Niederbarnim 2 Stadt. bezw. Gemeindevertreter zur Generalversammlung zu entsenden haben.



Ein Antrag, wonach nur die Delegierten Stimmrecht, die sonstigen Vertreter nur beratende Stimme auf der Generalversammlung haben sollen, wird abgelehnt.

§ 5 wird mit dem vorstehenden Zusatz angenommen. § 6 wird unverändert angenommen.

§ 7 bestimmt: Jeder Kreis-Wahlverein hat seine Bezirkseinteilung den Grenzen der Reichstags-Wahlbezirke anzupassen.

Auf Antrag von Teltow-Beeskow wird beschlossen, diesen Passus so zu fassen:

„Jeder Kreis-Wahlverein ist in Bezirke einzuteilen. Die Art der Bezirkseinteilung ist den Wahlvereinen überlassen.“

Der so geänderte § 7 wird angenommen.

Die übrigen Paragraphen (8—11) finden ohne Debatte Annahme.

Die Kommission beantragt, zwei Mitglieder des Vorstandes, den 1. Kassierer und den 1. Schriftführer, zu besolden.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag angenommen.

Es folgt die Wahl des Vorstandes. Nach dem Statut ist der 1. Vorsitzende, der 1. Schriftführer und der 1. Kassierer durch die Generalversammlung zu wählen.

Ohne Debatte wird Eugen Ernst per Affirmation einstimmig als erster Vorsitzender, und Liepmann in derselben Weise als erster Schriftführer gewählt.

Ueber die Höhe des Gehaltes der beiden besoldeten Vorstandsmitglieder liegen mehrere Anträge vor. Nach kurzer Debatte wird ein Antrag des letzten Kreises angenommen. Daraus beträgt das Anfangsgehalt 2400 M. und steigt jährlich um 100 M. bis zur Höchstgrenze von 3000 M.

Hierauf läßt der Vorsitzende über das ganze Statut abstimmen. Dasselbe wird angenommen.

Singer als Vertreter des Parteivorstandes

erhält darauf das Wort und führt aus: Die bedeutungsvolle Tat, welche Sie, Parteigenossen, durch die Annahme des Statuts, durch die Gründung der neuen Organisation für Berlin vollbracht haben, ist ein Ereignis, welches aufgedrungen zu werden verdient in der Geschichte unserer Partei. Es ist ein historischer Moment, der vielleicht nicht allen, die daran teilgenommen haben, in seiner ganzen Tragweite zum Bewußtsein gekommen ist. Mit dem soeben gefassten Beschlusse ist eine Periode ruhmvoller Parteitätigkeit der Berliner Genossen zum Abschluß gebracht und eine neue, wie wir alle erwarten, nicht minder erfolgreiche Periode der Parteiorganisation beginnt. Gestatten Sie mir, daß ich im Namen des Parteivorstandes den Genossen Berlins jetzt, wo die neue Organisation ins Leben tritt, ein herzlich „Glück auf!“ zurufe. Opferwilliger und pflichttreuer, als Sie bisher waren, können Sie auch in dem neuen Verbands nicht sein. Mit größerer Hingabe, als Sie unter der alten Organisation für die Partei gearbeitet und gekämpft haben, können Sie auch in dem neuen Verbands nicht arbeiten und kämpfen, und doch hat die Partei alle Ursache, sich der eben vollzogenen Neuorganisation zu freuen und Sie dazu zu beglückwünschen. Der Referent hat Ihnen schon gezeigt, daß in dem Maße, wie die Genossen ihre Organisation gefestigt und zu immer engerem Zusammenschluß gebracht haben, die Kräfte der Partei gewachsen sind. Der Verband soll alle vorhandenen Kräfte zusammenfassen und sie nutzbar machen für die Erreichung unseres großen Zieles. Je mehr Sie in der Lage sind, von einheitlicher Auffassung getragen, dem Ziele der Sozialdemokratie entgegenzugehen, desto größer werden auch die Erfolge unserer Partei sein. — Wenn wir im Reichstage sehen, daß die Vertreter der Regierung mit dem Reichstagspräsidenten an der Spitze nichts Besseres zu tun wissen, als Angriffe über Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu richten, so bedeutet das nichts anderes als das Anerkenntnis, daß die Sozialdemokratie sachlich nicht zu bekämpfen ist, und daß man wenigstens, weil der Sozialdemokratie nichts anzuhaben ist, die bürgerlichen Parteien mit Angst vor uns erfüllen muß. Was wir im Reichstage hören, und was wir sonst im politischen Leben sich abspielen sehen, alles drängt darauf hin, daß wir gerüstet sein müssen, um den Angriffen unserer Gegner zu begegnen und unsere Rechte zu verteidigen. Diese Aufgabe wird der neue Verband zu erfüllen suchen und er wird intensiver arbeiten können, als es bisher der Fall war. Sie dürfen mit Ihrem neuen Statut zufrieden sein. Vielleicht ist es nicht für alle Zeiten das beste, aber es ist gegenüber dem bisherigen Zustand ein Fortschritt. Die Berliner Genossen werden auch unter dem neuen Statut die Stelle einnehmen, die ihnen auf Grund ihrer erprobten Opferwilligkeit und Arbeitsfreudigkeit im Dienste der Partei zukommt. Der Parteivorstand, vielleicht die ganze Partei, beglückwünscht Sie zu dem Beschlusse, den Sie soeben gefaßt haben. Lassen Sie deshalb das erste Wort, welches nach Gründung des Verbandes gesprochen wird, ein Wort des aufrichtigen Glückwunsches sein. Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine blühe, wachse und gedeihe. Er lebe hoch!

Die Versammlung stimmt freudig in den Ruf ein.

Der Vorsitzende läßt nunmehr die noch nicht erledigten Wahlen vollziehen. Die Vorstandsliste, welche aus den Wahlen in den einzelnen Kreisvereinen hervorgegangen ist, wird bestätigt. — Als Referenten werden gewählt: Freyhaller, Herzfeld, Sonnenburg, Küter, Jentsch.

Für das Amt des besoldeten Kassierers werden vorgeschlagen: Böke (Rixdorf), Wollermann (Schöneberg), Fischer (Berlin VI).

Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel.

Böke wurde mit 504 Stimmen gewählt. Fischer erhielt 216, Wollermann 56 Stimmen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Vorsitzender Ernst: Genosse Singer hat dem Verband Glückwünsche ausgesprochen. Wir fühlen uns nur als ein Glied der deutschen Sozialdemokratie und haben keinen anderen Wunsch, als ihr zu dienen und durch unsere Organisation die Bestrebungen der Gesamtpartei zu fördern. Wir leben jetzt in einer ersten Zeit. Einig dazustehen und die Masse der Parteigenossen fester denn je zusammenzuschließen, ist die Pflicht, die wir alle zu erfüllen haben. In diesem Sinne rufe ich: Die internationale Sozialdemokratie lebe hoch!

Die Versammlung stimmt begeistert in den Hochruf ein.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Verfammlungen.

### Die Berliner Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes über die Aussperrung in der Elektro-Industrie.

Am Sonntag, den 17. Dezember, fand in der Brauerei Friedrichshain eine außerordentliche Generalversammlung der Metallarbeiter statt, woselbst am 12. November veriangt, am 26. November abgebrochene Aussperrung über die Aussperrung in der Elektro-Industrie fortgesetzt und zu Ende geführt wurde. Die Versammlung war diesmal jedoch nicht mehr so stark besucht wie die vorhergehenden; es mochten etwa 1500 Personen erschienen sein, auch fehlten mehrere der bereits früher eingezeichneten Redner. Zur Diskussion erhielt zunächst

Wohl das Wort. Er führte aus: Es habe anfangs immer den Anschein, als trüge an jedem verlorenen Streik lediglich die Leitung die Schuld. Seien aber erst einige Wochen nach dem Kampfe ins Land gegangen, so denke man schon bedeutend tüchtler und nüchtern über die ganze Angelegenheit, und so gebe es auch mit dieser Aussperrung. Jedenfalls könne man dem Bevollmächtigten Cohen nicht die Schuld an dem Ausgang des Kampfes aufbürden, denn dieser habe in der Streikleitung noch mit den Vertretern von 8 anderen Organisationen zu rechnen gehabt, auch habe er sich die denkbar größte Mühe gegeben, die Berliner Metallarbeiter über die Beschlamsamität hinwegzubringen. Wenn ihm dies nicht gelungen, so liege das an dem Verhalten der Mehrheit im Hauptvorstande und an dem Vertrat in Stuttgart, der die Ausschreibung der doppelten Beiträge verweigerte. In diesem Verhalten aber kennzeichnete sich die durchaus falsche Taktik der Organisationsleitung bei großen Kämpfen überhaupt. Die Schuld liege am System; die Träger dieses Systems aber seien allerdings die Gewerkschaftsbeamten. Es sei irrig anzunehmen, daß Streiks nur mit Geld zu führen sind; Crimmitschau ging verloren,

obwohl Geldmittel genug da waren. Selbst wenn wir 10 Jahre lang sparen und 20 Millionen aufhäufen würden, so würde uns das kohlerte Unternehmertum 100 Millionen entgegensetzen. Auch der Beschlusse der Gewerkschaften, daß die Generalkommission Sitz und Stimme in einer Streikleitung haben sollte, falls sie öffentliche Geldsammlungen veranlaßt, sei falsch. Leute, wie sie oben in der Generalkommission saßen, würden aus Geldrückichten stets beschwichtigen und abwehren; unter deren Mitwirkung würde schließlich jeder Streik verloren werden. Die „Geldtätigkeit“ habe uns noch stets den Paß verhaun. Von oben würden die Mitglieder so erzogen, daß ihre erste Frage nur immer lautet: Was gibt's denn, wenn ich mitstreife? Wenn so fortgeföhren werde, könne der Metallarbeiter-Verband selbst 8- und 500 000 Mitglieder haben, dann werde er dennoch nie etwas erringen. Redner polemisierte dann scharf gegen den bekannten Artikel in der „Metallarbeiter-Zeitung“ über die Aussperrung. Schilde, der mutmaßliche Verfasser des Artikels habe die Föhhlung mit der Masse der Arbeiter längst verloren; er kenne die Fabrik nur noch von außen, daher auch seine irrtümliche Auffassung der Dinge hier bei der Aussperrung. Nehlich ergebe es dem Redakteur Schern, der ja den Standpunkt vertritt, daß nur die „Instanzen“, nicht aber die Streitenden selbst über die Weiterföhhrung oder Beendigung eines Streiks zu entscheiden hätten. Einem Ratte, der wie Schern aber schon seit 22 Jahren in der Redaktion sitze, könne man eine derartig verdröbende Ansicht allerdings kaum noch verübeln. Das Beamtentum bilde in den Gewerkschaften schon geradezu „einen Staat im Staate“. Die Mitglieder hätten den Beamten die Föhgel zu lang gelassen, daher komme es auch, daß die Beamten nicht mehr die Geschäfte erledigen, sondern kommandieren wollten; sie föhhlten sich schon gewissermaßen als die Vorsehung der Masse. Hier müsse unbedingt Wandel geschaffen werden, dann erst würden sich auch System und Taktik ändern lassen. Bei der Aussperrung hätte es die Leitung nur ruhig darauf ankommen lassen sollen, indem sie sämtliche Arbeiter aus den Betrieben herausgezogen hätte. Eine größere Niederlage wie jetzt wäre dann auch nicht entstanden; die Fabrikanten aber hätten einen ungleich größeren Schaden gehabt. Der Verlauf dieser Aussperrung zeige, daß man sich in Zukunft ernsthaft mit dem Generalstreiksgedanken vertraut machen müsse, so wie ihn Dr. Friedberg propagiere. Man könne dies jetzt ja um mehr, als auch in der Partei das Schlagwort vom „Generalstreik“ überwinden sei, wenn auch Männer wie Weinstein, Naustich usw. nur für den „umgetauften Generalstreik“, den Massenstreik, eintreten. Werde die Generalstreiksidee mehr in die Masse getragen, dann könne es in Zukunft auch nicht mehr vorkommen, daß so viele der Streitenden und Ausgesperrten nur schiefständig auf den Zeitpunkt lauern, wo sie wieder in die Fabriken hineinflauchen können, wenn es mit der Unterstüfung mal nicht klappt. (Beifall.)

Ramsbrohl geht auf die Kampftaktik der Gewerkschaften im allgemeinen ein und zieht einen Vergleich zwischen früher und jetzt. Es unterliege keinem Zweifel, daß die bisher rein wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern immer mehr zu direkten Machtkämpfen mit politischem Ansätze werden. Deshalb sei es falsch, sich in den Gewerkschaften mit der sogenannten Neutralität noch immer zu brüsten. Im Gegenteil müßten die Gewerkschaften offen heraus erklären, daß sie sozialdemokratisch seien und völlig Hand in Hand mit der Partei gehen wollen, dann erwachse den Arbeitern auch der nötige Rückhalt bei künftigen Aussperrungen. (Beifall.)

Robinson pflichtet dem Vorredner bei; wendet sich dann aber scharf gegen das zu ausgedehnte Unterstüfungswesen. Hierdurch werde zuviel Geld verschlungen, so daß schließlich für Kampfesziele nichts mehr übrig bleibe.

Wegner nimmt die Streikleitung warm in Schutz. Gerade diese Aussperrung habe wieder bewiesen, daß die Masse zur Durchföhhrung solcher großen Kämpfe noch nicht genügend reif sei. Redner belegt seine Behauptung mit einer Anzahl von Beispielen aus Vorgängen während der Aussperrung. Unter solchen Umständen sei es für die Streikleitung außerordentlich schwierig gewesen, so vorzugehen, wie sie es selbst gerne getan hätte. Man solle doch nicht immer glauben, daß jeder, der nun einmal in die Leitung berufen werde, damit gleich ein schlechter Kerl geworden wäre. Aber gerade in der Leitung bekomme man einen tieferen Einblick vor dem wirklichen Stand der Dinge, wie außerhalb derselben. Deshalb habe die Leitung auch immer wieder die Frage zu prüfen gehabt: Was ist möglich, und was nicht. Zum Bremsen gehöre tatsächlich mitunter mehr Mut, wie zum Fortsetzen einiger radikaler Reden. Es sei übrigens auch eine sehr billige Redensart, stets zu behaupten, die gewerkschaftlichen Führer seien eigentlich gar keine Sozialdemokraten, während doch die bedeutendsten Führer als sozialdemokratische Abgeordnete tätig sind. Wenn man den Beamten nicht mehr traue, dann solle man sie doch lieber ablegen, als stets und ständig auf ihnen herumzuschimpfen. Mit der ewigen Schimpferei müsse sich die Organisation ja notwendigerweise selbst vor dem Unternehmertum diskreditieren. In dieser Hinsicht könne die Arbeiterschaft auch von den Unternehmern lernen, denn den Unternehmern falle es gar nicht ein, ihre inneren Organisationsangelegenheiten öffentlich derartig auszuschlachten, wie es die Arbeiter tun. Auch bei dieser Aussperrung habe man das Unternehmertum viel zu tief in die Karten der Arbeiter blicken lassen. (Beifall.)

Rein vermehrte bei der Streikleitung besonders das energische Ergreifen der Offensive. Das ergebe sich aber aus dem ganzen Charakter, den die Gewerkschaftsbewegung durch die Schuld des Beamtentums nach und nach angenommen habe. Es sei zu wenig Idealismus und zuviel Unterstüfungswesen vorhanden. Daher auch stets das lahme, zögernde Verhalten in der Defensive. Auch die Generalkommission habe ihre Schuldigkeit nicht getan. Wenn die Berliner nach auswärts zahlen sollen, so wisse man sie zu finden, wenn sie aber selbst im Kampfe stehen, so lasse man sie einfach im Stich. Cohen habe sich als Führer noch besonders schlecht bewiesen, weil er wegen des Streites mit den Hochlegern mitten in der Aussperrung sein Amt als Bevollmächtigter habe niederlegen wollen. Es müßten andere Männer an die Spitze gestellt werden, die der Generalstreiksidee zugänglich seien.

Sieder polemisierte gegen Wegner und vertrat unter scharfer Mißbilligung des Verhaltens der Streikleitung den Standpunkt, den er bereits in der vorigen Versammlung eingenommen hatte. Zum Schluß empfahl er die dem Bureau schon am 20. November übermittelte Resolution zur Annahme. (Beifall.)

Hartmann warnte dringend vor Ubertreibungen. Wenn es nur auf den Willen der Gewerkschaftsbeamten allein anläme und diese wirklich eine in jeder Hinsicht disziplinierte und kampfbereite Truppe „kommandieren“ könnten, dann sollten die Unternehmer bald ihr blaues Wunder erleben. Leider aber sei die Masse noch nicht so weit. Für einen gewissenlosen Beamten sei es allerdings eine Kleinigkeit, sich durch radikales Benehmen bei den Massen in Gunst zu setzen; er könne schließlich ja alles gehen lassen, wie es wolle, und brauche sich, wenn alles verritten und verfahren sei, nur auf den Willen und die Befehle der Masse zu berufen; sein Gehalt bekomme er ja auch so. Wie lange das aber gehe, sei eine andere Frage, denn Erfolge wolle die Masse schließlich auch bei dem radikalsten Beamten sehen. Mit radikalen Reden allein würden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch noch nicht verbessert. Da sei es schon besser, wenn ein Beamter, der sich seiner Verantwortung voll bewußt sei, ehlich seiner Meinung Ausdruck gebe, wenn sie der Masse auch nicht immer gefalle. Für die Berliner Metallarbeiter würde die Kampftaktik doch durchaus nicht von den 16 Beamten allein bestimmt; die Ortsverwaltung bestche doch aus circa 70 Personen, die außer den paar Beamten doch sämtlich in der Werkstatt tätig sind. Da könne man doch nicht sagen, die Verwaltung habe die Föhhlung mit der Masse verloren. Wenn immer so viel von Idealismus gesprochen werde, so möge man doch bedenken, daß die Organisation erst während der letzten 5 Jahre zu ihrer jetzigen Stärke angewachsen sei. Da könne man sich doch nicht wundern, daß in der Masse der verhältnismäßig noch jungen Mitglieder der gewünschte Idealismus noch nicht drin liege. Die Erfahrung habe aber gelehrt, daß bei vielen, die immer das Wort Idealismus im Munde führen, dieser gerühmte Idealismus auch nur so lange Dauer hatte, „wie der Rauch voll ist“. Idealismus

und Materialismus müßten deshalb beide gleichmäßig in Betracht gezogen werden, wenn man der normalen menschlichen Natur vernünftig Rechnung tragen wolle. In den Gewerkschaftsbeamten sied: auch kein deutlicher Idealismus wie in denen, die alles auf eine Karte setzen wollten. Wer alles auf eine Karte setze, sei ein schlechter Spieler. Das habe sich auch die Streikleitung bei der Aussperrung gezeigt. Wenn gleich alle Arbeiter aus den Betrieben herausgezogen worden wären, so hätte der Kampf statt 4 Wochen vielleicht nur 14 Tage gedauert. Das Resultat wäre aber auch kein anderes gewesen wie jetzt; vielleicht wäre das Rennen nach den Fabriken nur noch ein größeres geworden, sobald die Unternehmer die Fabrikttore geöffnet hätten. (Widerspruch, Unruhe.) Redner stellt sich dann auf den Standpunkt des erwähnten Artikels der „Metallarbeiter-Zeitung“, was wiederum große Unruhe in der Versammlung hervorruft. Kraft und Stärke, fährt er fort, würden der Organisation auch trotz der Niederlage verbleiben. Die Neutralität aber müßten die Gewerkschaften in dem Sinne weiter betätigen, wie es auch Bebel gemeint habe, und nicht anders geschehe es auch.

Cohen wandte sich gegen die Verwaltung und deren Kampftaktik. Wittenberg will der Verwaltung den guten Glauben nicht absprechen. Selbst jeder von der Metallarbeitergewerkschaft habe zugeben müssen, daß es mit der Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Betrieben nur recht schwach bestellt war. Selbst heute, wo die Unternehmer den Schaden, den sie durch die Aussperrung erlitten haben, durch vermehrte Anspannung der Kräfte wieder auszugleichen bestrebt seien, machten die Arbeiter mit Vernünftigen Ueberstunden. Das sei eine wenig rühmliche Betätigung des Idealismus. Im übrigen bestürzte Cohen ebenfalls den engsten Anschluß der Gewerkschaften an die sozialdemokratische Partei.

Cohen erhält nunmehr das Schlußwort. Einleitend erklärt er es als eine Unwahrheit, daß er während der Aussperrung sein Amt als Bevollmächtigter habe niederlegen wollen, daran habe er gar nicht gedacht. Zur Sache selbst übergehend, bemerkte er, es sei über die Aussperrung und über die Kampftaktik zwar sehr vieles gesprochen worden, jedoch sehr wenig Brauchbares. Den Sinn der Neutralität der Gewerkschaften hätten die meisten Kritiker gar nicht erfasst; sie möchten sich nur von Bebel darüber belehren lassen. Sowie Bebel die Neutralität auffasse, so werde sie auch gehandhabt, anders nicht. Auch sein Redner, Witsch sei es, daß auch der letzte Gewerkschaftler Sozialdemokrat werde. Aber wie sehe es denn in Wirklichkeit. Da lasse die Masse dem Dr. Friedberg freiesten Beifall, wenn er zum Austritt aus der Landeskirche auffordere; hernach aber denke fast niemand daran, den Austritt auch wirklich zu bewerkstelligen. Genau so lasse die Masse Beifall, wenn radikale Redner die Gewerkschaftsmitglieder zum engsten Anschluß an die sozialdemokratische Partei auffordern; draußen aber rennen sie mit dem „Lokal-Anzeiger“ und der „Morgenpost“ in der Tasche umher und denken gar nicht daran, Mitglied eines Wahlvereins zu werden. Im Gegenteil, wenn sie unter sich sind, dann wissen sie nichts Besseres zu tun, als auf die Partei und den „Vorwärts“ zu schimpfen. Mit dieser Masse lasse es sich wohl in Versammlungen beim Pauken radikaler Reden sehr gut auskommen, weniger gut aber im wirklichen Kampf. Wer als praktischer Gewerkschaftsführer die Masse kennen gelernt habe, der wisse, daß noch sehr viel zu tun sei, um den Idealismus in ihr zu erzielen, der zur Föhhrung solcher gewaltigen Kämpfe notwendig sei. Mit diesem Postum müßten die Gewerkschaftsführer eben rechnen, was die radikalen Redner leider nicht täten. Man tue den Beamten einfach Unrecht, wenn man ihnen immer die Schuld an der mangelhaften Erziehung der Massen zum Klassenbewußtsein in die Schuhe schiebe. Alles habe seine realen Grenzen, auch der Idealismus. Nur wenige gäbe es, die aus reinem Idealismus sich und ihre Familien hungern lassen würden; die Menschen seien eben aus Fleisch und Blut und keine Uebermenschen. Deshalb könne man das Unterstüfungswesen in den Gewerkschaften auch nicht entbehren. Ja er behaupte: Seit der Einführung des Unterstüfungswesens sei die Organisation erst eine wirkliche Kampfsorganisation geworden. Die konkreten Zahlen bewiesen es auch, daß für Streiks und Aussperrungen ungleich größere Summen ausgegeben sind wie für sonstige Unterstüfungen. Was nun die Kampftaktik anbelange, so werde sie doch tatsächlich nicht von den paar Beamten festgelegt. Nur 1/10 der Verwaltungsmittel seien Beamte, 9/10 aber seien als Arbeiter in den Betrieben tätig. Genau so verhalte es sich auch mit den Vorwürfen gegen den Hauptvorstand. Gerade die am schwersten Angegriffenen, Schilde und Reichel, seien für die Ausschreibung der doppelten Beiträge zugunsten der Ausgesperrten gewesen; die in den Fabriken tätigen Weisiger und Betradtsmitglieder aber hätten die Ausschreibung abgelehnt. So bleibe denn da die berechnete Unterlage zu den Vorwürfen gegen die Beamten? Freilich, die Beamten müßten dann schließlich alles ausbaden; die Kritik an den Beamten sei ja auch die bequemste. Nun hätten ja öffentliche Ausschreibungen immer etwas Bedenkliches, weil dadurch gleich das ganze Unternehmertum zusammengeschweicht würde. Redner verweist auf Crimmitschau. Er selbst habe bereits früher die Einführung eines Umlageverfahrens befürwortet, wodurch mit Leichtigkeit die Gelder selbst für die größten Kämpfe herbeigeschafft werden könnten. Die ganze Belastung der Mitglieder würde sich in solchen Kampfzeiten nur auf 10, höchstens 20 Pf. pro Woche belaufen, zudem böte es die Sicherheit, daß die Unternehmer nicht mehr wie jetzt mit mathematischer Genauigkeit ausrechnen könnten, wann die Kassen leer seien. Aber der gerühmte Idealismus reiche ja nicht einmal soweit, diese paar Dreier zu opfern; sein Vorschlag sei abgelehnt worden. Ganz entschieden müsse er sich gegen den Vorwurf vermahnen, den „Vorwärts“ während der Aussperrung nicht genügend informiert zu haben. Der Gewerkschaftsredakteur des „Vorwärts“ sei doch fast jeden Abend nach dem Bureau gekommen und habe sich dort die gewünschten Informationen persönlich geholt. Eine innigere Verbindung mit dem „Vorwärts“ könne es doch wohl kaum geben. Gegen den damaligen „Vorwärts“-Artikel aber habe er sich gewandt, weil die Veröffentlichung desselben zu jenem Zeitpunkt völlig unangebracht gewesen sei. Und nun wolle er der Versammlung auch mitteilen, daß es kein anderer als der Genosse Bebel war, auf dessen persönliche Anregung hin er, Cohen, dann seinen bekannten Gegenartikel in „Vorwärts“ geschrieben habe. (Beifall.) Auf seine Rücksprache mit Bebel wegen des Redaktionsartikels habe dieser zu ihm gesagt: „Lassen Sie sich das nicht gefallen.“ So sei er denn auch an die Abfassung des Gegenartikels gegangen. Wenn nun in der Streikleitung nicht alles so geklappt habe, wie es sollte, so bitte er doch, nicht immer nach einer Seite zu hauen. Ihm werde stets die ganze Schuld allein aufgebürdet, während doch der Metallarbeiter-Verband, obwohl er am meisten engagiert war, nicht mehr Vertreter im Streikkomitee hatte wie die übrigen Gewerkschaften, die nur mit wenigen hundert Mitgliedern an der Aussperrung beteiligt waren. Für die Beschlüsse des Streikkomitees seien also auch jene mit verantwortlich, die jetzt in allen Versammlungen so über die Taktik der Streikleitung herziehen. Es sei eine Fälschung und Freigebit von diesen Leuten, daß sie nicht einmal für die Beschlüsse geradesehen, die sie selbst mit gefaßt haben. Eine solche Evidenzakt hätte er niemals erwartet, und soviel sei sicher: Bei zukünftigen ähnlichen Aussperrungen werde er solche Leute dreikantig zur Erde hinaudrücken, wenn sie je wieder kommen sollten, um „paritätisch“ an der Leitung des Kampfes mit teilzunehmen. Er aber trete jederzeit für die Beschlüsse des Streikkomitees ein, weil sie nach Lage der Sache gar nicht anders gefaßt werden konnten. Es konnte eben nicht mehr Energie ausgeschöpft werden wie vorhanden war. Uebrigens vermöge er in dem Ausgang des Kampfes noch keineswegs eine so schimpfliche Niederlage zu erblicken, als welche sie immer hingestellt werde. Aber auch in Niederlagen werde die Organisation gestärkt. Die Taktik lasse sich auch in Zukunft nicht schablonisieren. Nicht das erste Mal seien die Metallarbeiter im Kampfe unterlegen und doch werde die Organisation immer kräftiger und widerstandsfähiger, was die Unternehmer sehr wohl zu wärdigen wissen. Daher solle man auch bei aller Kritik niemals vergehen, daß neue Kämpfe geeinte Scharen erfordern, damit die Organisation zukünftig nicht vielleicht noch weniger vorbereitet sei wie bei dieser Aussperrung. (Starker Beifall.)



Hierauf kam es zur Abstimmung über die von Stricker beantragte Resolution. Sie lautet:

Die Versammlung bedauert aufs Lebhafteste die Engstirnigkeit unseres Hauptvorstandes nebst seinem Beirat. Sie ist der Ansicht, daß durch eine energische Offensive der Kampf in der Elektroindustrie für die streikenden und ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen einen günstigeren Verlauf genommen hätte. Sie protestiert ganz entschieden gegen die Einseitigkeit des Hauptvorstandes in betreff der materiellen Frage, die als Hauptgrund der leitenden Personen für den schmachvollen Abbruch des

Kampfes angegeben wird. In Erwägung, daß in Zukunft derartige grobe Fehler nicht mehr vorkommen dürfen, wie sie bei diesem Kampfe zutage getreten sind, fordert die heutige Generalversammlung alle ehrlich denkenden Verbandskollegen Deutschlands auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln an unserer Organisationsarbeit mitzuwirken, um eine wirklich klassenbewußte Arbeiterschaft zu erziehen, die in Zukunft bei ähnlichen Kämpfen mit dem Unternehmertum sich ihrer Pflicht der Organisation gegenüber selbst bewußt ist. Die Versammlung protestiert ferner gegen den geradezu beleidigenden Leitartikel in Nr. 44 der „Metall-

arbeiter-Ztg.“, worin den Berliner Kollegen Kleinliche Selbstüberschätzung zugeschrieben wird, die erfreulicherweise nicht vorhanden ist. Diese Resolution wurde mit allen gegen circa 30 Stimmen angenommen.

Die Maschinen und Heizer hatten zum Sonntag eine Versammlung nach Voigt's Rittersälen einberufen, um sich ebenfalls mit den Lehren dieser Aussperrung zu beschäftigen. Wegen zu schwachen Besuchs wurde von der Aussprache jedoch Abstand genommen und nur einige interne Angelegenheiten erledigt.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Dezember, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

### General-Versammlung

in den Germania-Sälen, Chausseestr. 103.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Berichterstattung aus voriger Versammlung. 2. Wahl der Abteilungsführer und Abteilungsleiter sowie der Schiedskommission. 3. Verschiedenes. 289/7\*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

## Zentral-Verband der Töpfer.

Filiale Berlin.

Mittwoch, 20. Dezember, abends 6 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29 (gr. Saal):

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Beschlusfassung über die Stellungnahme der Meister zu unserer Tarifberatung. Die Kollegen werden ersucht, die Tarife mitzubringen.

Wir erlauben hierdurch diejenigen Kollegen, welche Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Töpfer sind, vollständig in der heute abend stattfindenden

### Krankenkassen-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal) pünktlich zu erscheinen. 290/7

Der Vorstand.

## Stukkateure!

Donnerstag, 21. Dezember, abends pünktlich 8 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 39:

### Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Tariffrage in den Firmen Bissing, Schirmer, Zeyer & Drechsler und Karl Schultze. — 2. Diskussion.

Kollegen! Da es sich um maßgebende, prinzipielle Verteilungen unseres Tarifvertrages handelt, die unsere gesamten Abmachungen in Frage stellen, so ist das Erscheinen aller, besonders der Kollegen von oben genannten Firmen, dringend notwendig! Ganz besonders seien alle arbeitslosen Kollegen eingeladen! 181/15\* Ihre Bedingung der Anwesenheit findet Vorkommnisse statt.

Der Einberufer.

Ziehung 29. u. 30. Dezbr. zu Baden-Baden

Badische Lose à 1 M.

11 Lose 10 M., Porto u. Liste 20 Pf. Pferdegewinne günstig veräußert.

gegen

Bar-Geld.

4578 Gewinne Gesamt-Mark

100 000

Erster Hauptgewinn: Zuchthaus

10 000 M.

3 Gew. = 3 Zuchthaus

10 000 M.

14 Gew. = 14 Pferde

14 000 M.

60 Gew. = 60 Pferde

36 000 M.

4500 Silber-Gewinne

30 000 M.

Arnold Haase

Jerusalemstr. 31.

Heinrich Kron

Alexanderstr. 54.

H. C. Kröger

Friedrichstr. 250.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.

Berliner Kränze, Palmen- u. Blumenarrangements, Sektis, Gänsefüßchen, usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Das Älteste

Rester-Geschäft

bei S.-O. von 44602\*

Wilhelm Mühlbach

empfiehlt praktische Weihnachtsgeschenke als: Alle Arten Netze zu Damen- und Kinder-Konfektion zu billigsten Preisen. Größte Auswahl in fertiger Konfektion.

10 Oppelnerstr. 10

### Wort: Passende Gläser in passenden Fassungen!

Der durch einen bewährten Fachmann angepaßte orthozentrische Kneifer „Ideal“ ist ohne Fehl ein dankbares Weihnachtsgeschenk. Der orthozentrische Kneifer „Ideal“ ist das Vollkommenste auf diesem Gebiete, hat eine korrekte stabile Zentrierung und Gläserstellung! Durch seine besondere Konstruktion werden die Tränenwege vom Druck der Stege entlastet!

Der orthozentrische Kneifer „Ideal“, welcher für alle Pupillen-Distanzen zentriert wird, behält seine ursprüngliche Zentrierung unverändertlich, ebenso wie die Achsenstellung zylindrischer Gläser! Beim alten Kneifer krümt weder das eine noch das andere zu, und dennoch sind gerade diese zwei die Kardinalbedingungen eines korrekten Kneifers.



Schiefstellung des linken Auges bei fehlerhafter Gläserstellung.



Korrekte Gläserstellung bei richtiger Wahl der Gläser; beseitigt Schiefstellungen.

Der orthozentrische Kneifer „Ideal“ nach Dr. Brinkhaus, Feder und Stege sind ein. Hochlegant, ein wirklich praktisches Weihnachtsgeschenk. In allen Breitenlagen von 1/2 — an. Neubelien in Voranstellen in großer Auswahl. Augengläser, Brillen, Jagdbelien, Jagdmesser, Panikstopfen Augengläser, gleichzeitig für Nähe und auch Ferne. Absolute Garantie für alle Korrekturen. Die zum Weihnachtsgeschenk gekauft werden nach dem Fest auf Wunsch umgetauscht. Die Prüfung der Augen durch unseren altbewährten Spezialisten kostenfrei.

Orthozentrische Kneifer G. m. b. H. 132 Potsdamerstraße

vom Potsdamer Platz 3 Minuten, der 10. Laden vor der Fächhornstraße. Alleinverkauf! Man achte auf Firmenbild im Fenster. Bei Nachahmungen wird gewarnt.



Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, Cindens-Strasse 69

Wir empfehlen:

### Leuchtkugeln

Erfreue und heitere Vortragsgedichte für Arbeiterfeste

Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Unsere Vortragskugeln sind mit dem Gedichtbuch vollkommen sein. Wie oft richtet sich bei Arbeiterfesten die allgemeine Stimmung auf den Wunsch: „Trage doch eine Kugel mit!“ Da lösen denn die „Leuchtkugeln“ freies, netter in der Not sein und verhindern, daß man zu nichtssagendem Schund greift. Das Büchlein enthält Gedichte freisinniger, teils humoristischer und politisch-satirischer Natur. Eine Anleitung: „Die Kunst des Vortragsgedichtes“ gibt einige Winke, wie Deklamationen vorzuzugestalten sind.



### Pelz-Stolas

Kolliers Muffen Rindergarnitur.

nur strapazierfähige Waren! gebe nach beendeter Engrosaktion zu sehr billigen Preisen auch im Einzelnen ab.

Sehr grosse Auswahl! Oscar Arnold, Hüte, Mützen, Pelzwar. Engros! Export!

Dresdener-Strasse 116.

Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorrätig.

### M. Schulmeister

Schneidermeister

Berlin SO., Dresdenerstraße 4, am Kottbuser Tor.

Spezial-Haus feiner

Herren- und Knaben-Garderobe

fertig und nach Maß.

Elegante Winter-Paletots von Mk. 18 50

Jackett-Anzüge „ 17 50

Rock-Anzüge „ 26 —

Gehrock-Anzüge „ 32 50

Loden-Joppen „ 6 —

Berufskleidung für alle Gewerke. Nur eigene Konfektion.



### Musikinstrumente — Musikwerke

mit auflegbaren Noten, Violinen, Zithern jeder Art, Ziehharmonikas, Mundharmonikas, Phonographen usw. in reichster Auswahl zu soliden Preisen empfohlen

Hermann Howe & Co., Berlin NO., jetzt 52 Große Frankfurterstraße 52.

Harmoniums nach amerikanischem Saugsystem.



**Weihnachts-  
Ausnahmepreis!**

**Reichgestickte  
abgepaßte Portieren**

Die komplette Dekoration  
(best. aus 2 Flügeln u. 1 Quorb.)  
in Plüsch . . . 9<sup>25</sup> (Wert 14,00)  
in Wollserge 5<sup>65</sup> (Wert 9,00)  
in Viktoriatuch . 7<sup>50</sup> (Wert 13,50)

Eine Partie Wollportieren mit allerliebster Blumenkante per Schal 2 Mark.

**Teppich-Spezialhaus  
Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.

Weihnachts-Extralisteliste  
u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

**Extra billig!  
div. Teppiche**  
mit kleinen Webefeldern!

**Das größte Brot nur 50 Pf.**  
Brotware: 6 Stück 10 Pfennig in  
**Albrechts Bäckereien:**  
Strandstr. 135, Krautstraße 19,  
Friedrichstr. 25, Danzigerstr. 2,  
Markthalle Völknerstr., Stand 222/23,  
Markthalle Andreasstr., Stand 16/18,  
Zentrale: Boghogenstr. 13.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,  
Leibbinden, Geradhaltern, Spritzen,  
Suspensoren sowie sämtliche Artikel  
zur Krankenpflege.  
Eigene Werkstatt.  
Hofstr. 1, Cris- u. Hülsen-Krankentischen  
Berlin C.,  
**30. Finien-Strasse 30.**  
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen  
Belag, angenehm und leicht  
am Körper. 44622\*

Oft wurden wir von vielen gefragt, worin das Massgebende bei der Herstellung einer Cigarette zu suchen ist und welche besondere Eigenschaft die eine Sorte gegenüber einer anderen auszeichnet. Diese Frage lässt sich schwer beantworten. Von vielen Fabrikationsstadien sind vielleicht einige von hervorragender Wichtigkeit als andere, alle jedoch bei Erzeugung einer guten Qualität ausschlaggebend. Die unerreichte Fülle an Geschmack und Aroma, welche

# JOSETTI CIGARETTEN

auszeichnet, beruht hauptsächlich auf 2 Umständen:  
Erstens: Sorgfältigste Auswahl der erlesensten gehaltvollsten aller erhaltbaren türkischen Tabakblätter.  
Zweitens: Völlige Reife dieser Blätter.  
Nur ein Sachverständiger versteht sich auf beides.  
Der „Josetti“ steht die in der Türkei erworbene Lebenserfahrung von Fachleuten zur Verfügung, welche genau das Richtige zu treffen wissen. Der Erfolg ihrer Tätigkeit wird durch die bereitwillige Aufnahme von „Josetti“ bei deutschen Kennern bewiesen.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

*Josetti*



Das Sortieren von türkischem Blättertabak — eine weitere sorgfältige Auswahl des geschmackhaftesten Gewächses.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen allein SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Unsere Maschinen bedürfen keiner Empfehlung. Wir bitten nur darauf zu achten, daß sie am rechten Ort gekauft werden.

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin, Leipzigerstr. 92.  
Filialen in allen Stadtteilen.

## Uhren, Gold-, Silber- und Alfenidewaren



in größter Auswahl und moderner Ausführung.  
Spezialität: Goldene Ringe u. Ketten.  
Passende Weihnachts-Geschenke jeder Art!

Streng reelle Bedienung! Billigste, feste Preise!  
**Reinh. Wankel, Brunnenstr. 163**  
(zwischen Anklamer- und Invalidenstraße).  
Gegründet 1877.

**Dr. Schünemann,**  
Spezial-Prakt für 57042\*  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten,  
Soydelstr. 9, dicht am Spittelmarkt.  
Wochentags 1/2-1/3, 1/3-1/2, 6-1/2, 6,  
Sonntags 10-12.

**Kleinau & Borchardt**  
Berlin S., Mathienstr. 13 (Eingang auch Ritterstr. 26.)  
Galanterie-, Leder- und Bronzewaren.  
**Reise-Muster-Verkauf**  
bis 24. Dezember  
Album, Schreibmappen, Postkarten-Album, Reise-Artikel, Rahmen, Porzellan- und Bronze-Nippes, Damentaschen etc.  
Besonders große und preiswerte Auswahl in Portemonnaies, Zigarren-Etuis, Brieftaschen, Visites etc.  
**Kurze Zeit, zu billigen Preisen!**

**Kraft-Rothwein für Blufarme u. Kranke,**  
ärztlich empfohlen.  
Steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.  
**Santa Lucia** Fl. 1.50 u. 2 M.  
Warnung vor Täuschung durch ähnliche Namen. Fordern Sie Lucia.

**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.**  
Berlin-Pankow.

Größte Malz-Bier-Brauerei in Deutschland.  
Hochfeines Spezialbräu: 52789\*  
**Malzbier vom Faß**  
gebraut aus echt Münchener Salvator-Malz.  
Gesetzlich geschützte Marke 54940.  
1/1-, 1/2-, 1/4-Hektoliter-Gebinden.



**Aus der Frauenbewegung.**

Sein Reichstagswahlrecht für die schwedischen Frauen. Am 18. Dezember besuchten vier verschiedene Frauendeputationen den schwedischen Staatsminister, um zu erfahren, ob der zu erwartende Vorschlag zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts sich auch auf die Frauen erstrecken wird. Der Staatsminister antwortete im wesentlichen wie folgt:  
 „Es ist von größter Wichtigkeit für die ruhige Entwicklung unseres Vaterlandes, daß eine effektive Wahlrechtsreform ohne weiteren Aufschub durchgeführt wird. Eine derartige Reform ist jedoch bisher, wie sie von großen Mitgliedergruppen verlangt und in jahrzehntelanger Arbeit und jahrzehntelangen Streben vorbereitet wurde, als eine Verleihung des Wahlrechts an die Männer aufgefah-

worden, die dieses Rechts bis jetzt entbehren. Würde man nun versuchen, die Reform auch auf die Frauen auszuweiten, so könnte dies nach Auffassung der Regierung wahrscheinlich, um nicht zu sagen sicherlich, die Folge haben, daß die ganze Reform erschwert und verzögert wird. Es würde gewiß ein großer Fehler sein, in dieser Weise eine Reform, deren Notwendigkeit der Allgemeinheit langsam, aber sicher zum Bewußtsein gekommen ist, mit einer anderen zu verknüpfen, die, wenn auch an und für sich erstrebenswert, doch noch keineswegs reif zur Lösung ist. Dieser Auffassung gemäß kann die Regierung nicht die Verantwortung auf sich nehmen, dem Reichstag einen derartigen Vorschlag vorzulegen. — Das ist die einstimmige Meinung der Regierung.“

Spandau. Die für den 19. Dezember anstehende Monatsversammlung des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiter-

Klasse fällt des Weihnachtsfestes wegen aus. Die nächste Versammlung tagt am Dienstag, den 16. Januar. Näheres wird noch bekannt gemacht.  
 Der Vorstand.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 12. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien wir hervor: Ein Hollender Europäer. — Oskallische Probleme. Von Heinrich Cunow. — Arbeitslosigkeit und Sozialismus in England. Von Th. Rothstein. — Die beabsichtigte Aushebung des Gütersteuergesetzes. Von Friedrich Meiß. — Eine Apologie des Kapitalismus. Von J. Dr. — Literarische Rundschau: Francesco Ritti, La conquista della Forza. Von O. L.  
 Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

# Praktische Weihnachts-Geschenke

zu erstaunlich billigen Preisen.

Garantiert nur solide Qualitäten.

<b>Salon-Teppiche!</b> Große Prachtexemplare • 15, 18, 30 bis 55 M.	<b>Zimmer-Teppiche!</b> Haltbares Plüsch • 6, 8, 10 bis 18 M.	<b>Plüsch-Portieren!</b> Geschl. mit Franze, per Garnitur 2 Shawls und 1 Lambrequin • 10 bis 25 M.	<b>Tuch-Portieren!</b> 2 Shawls u. 1 Lambrequin, geschl. per Garnitur • 6, 8 bis 15 M.	<b>Gardinen u. Stores!</b> Lacet, Spindel und Tüll • 2, 3, 4, 5 <sup>00</sup> bis 10 M.
<b>Steppdecken!</b> Atlas u. Seide • 10, 14 bis 20 M.	<b>Steppdecken!</b> Wolltweed u. Cloth • 4, 6 bis 8 M.	<b>Plüsch-Tischdecken!</b> mit Borde und geschl. • St. 7, 12, 16 bis 20 M.	<b>Tischdecken!</b> Tuch, Wolle und Gobelin • 2, 3, 4, 5 <sup>00</sup> bis 10 M.	
<b>Läuferstoffe!</b> Belour, Zapfen und Wolle • Nr. 0, 4 <sup>00</sup> , 0, 5 <sup>00</sup> bis 2, 5 <sup>00</sup> M.	<b>Divandecken!</b> Plüsch, Wolle und Caramani • St. 6, 8, 10 bis 25 M.	<b>Bettvorlagen!</b> Emyrau, Belour, Topetry etc. • 1, 2, 3 bis 6 M.	<b>Felle als Vorlagen!</b> Alle Arten und Größen • 2, 3, 5 <sup>00</sup> , 6 bis 10 M.	<b>Sofa-Kissen!</b> Seide, Plüsch und Tuch 1, 5 <sup>00</sup> , 2, 5 <sup>00</sup> , 3 bis 6, 5 <sup>00</sup> M.

## Teppichhaus B. Hurwitz.

Rotes Schloß, vis-a-vis dem National-Denkmal.

# Warenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse  
Alexanderplatz

Dienstag bis Freitag,  
den 22. Dezember

## Lebensmittel

Soweit der  
Vorrat reicht.

Gemüse-Konserven		Früchte-Konserven		Fisch-Konserven			Kolonial-Waren						
Pa. Stangenspargel extra 36/28	1 <sup>65</sup> 88 Pl.	Walderdbeeren	1 <sup>10</sup> 60 Pl.	Oelsardinen französische.			Gebrannter Kaffee						
Pa. Stangenspargel, mittel	1 <sup>88</sup> 73 Pl.	Ananas-Erdbeeren		Saupiquet, Marke Diplomat	1/1 2 <sup>50</sup>	1/2 1 <sup>50</sup>	1/4 90 Pl.	Mischung 1 2 3 4 5 6					
Pa. Stangenspargel, dünn	80 Pl. 45 Pl.	allerfeinste Qualität	1 <sup>50</sup> 70 Pl.	Quéro & Co., ohne Gräten	1 <sup>45</sup>	80 Pl.	78, 90 Pl. 100 115 135 160						
Riesen-Bruchspargel	1 <sup>30</sup> 70 Pl.	Melange-Früchte I a	1 <sup>05</sup> 58 Pl.	Kronen-Hummern, extra	1 <sup>85</sup>	100	3 Spezialmischungen						
Bruchspargel I stark	1 <sup>10</sup> 60 Pl.	Melange-Früchte II	75 43 Pl.	Kronen-Hummern, prima	1 <sup>75</sup>	90 Pl.	Extra Costarica-Mischung 1 <sup>10</sup>						
Bruchspargel I ohne Köpfe	52 31 Pl.	Pfirsiche 1/2 Frucht Ia	1 <sup>25</sup> 68 Pl.	Brabanter Sardellen,	Glas	70 Pl.	ff. Perl-Mischung 1 <sup>30</sup>						
Kaiserschoten	1 <sup>00</sup> 55 Pl.	Pfirsiche 1/2 Frucht II	85 Pl. —	Appetit-Sild,	Dose	32 50 Pl.	Tietz Spezial-Mischung 1 <sup>60</sup>						
ff. junge Schoten	85 48 Pl.	Aprikosen 1/2 Frucht	1 <sup>10</sup> 60 Pl.	Anchovis-Paste, englisch, Dose	52 Pl.	100	Chines. Tees 1905 Ernte						
Junge Schoten, mittelfein	50 30 Pl.	ff. Confituren-Marmelade		Caviar Malossol, per Pfd.	9 <sup>00</sup>	13 <sup>00</sup>	à Pfd. 1 <sup>50</sup> 1 <sup>00</sup> 2 <sup>80</sup> 2 <sup>80</sup> 3 <sup>60</sup> 4 <sup>40</sup>						
Leipziger Allerlei, extrafein	90 50 Pl.	in Eimern ca. 5 Pfd.	2 <sup>70</sup>	Caviar, feinsten Beluga per Pfd.	18 <sup>00</sup>		Echt Ceylon Tee à Pfd. 2 <sup>00</sup>						
Steinpilze, bayrische, in eigenem Saft	1 <sup>30</sup> 65 Pl.	in Gläsern ca. 1 Pfd.	70 Pl.	Edamer-Käse, in ganz u. halb. Kugeln, D. Pfd.	85 Pl.		Russ. Tee von Gebr. K. & C. 2 <sup>75</sup> per russ. Pfd. an. Popoff, Moskau, von 2 Pfd. an.						
Morcheln	1 <sup>20</sup> 65 Pl.	Ananas zur Bowle	1 <sup>60</sup> 85 Pl.	Camembert, ff. franz.	42 Pl.		Chocolade Lobeck & Co., 6 Tafeln in versch. Geschmack, gebünd.						
Champignons, erste Wahl	1 <sup>60</sup> 90 Pl.	Kompott-Ananas	1 <sup>50</sup> 80 Pl.	Emmenthaler, echter, Ia	98 Pl.		Haushalt Chocolade gar. rein, Pfund 68 Pl.						
		Rheinisch Kraut	85 45 Pl.				Deutscher Kakao Pfd. 90 Pl. 1 <sup>10</sup>						
Pa. Prager Schinken ca. 7-12 Pfd. schwer	Pfd. 1 <sup>15</sup>			Strassburger Gänseleberpasteten Terrine 1 <sup>00</sup> 1 <sup>95</sup> 1 <sup>65</sup> 2 <sup>50</sup> 3 <sup>50</sup>			Holländischer Kakao Pfd. 1 <sup>60</sup> 1 <sup>80</sup>						
Feinster Lachsschinken (Pariser Art) in Stücken 1-1 1/2 Pfd.	1 <sup>65</sup>			Echte Pommersche Gänsebrüste Ia. Qualität, D. Pfd. 1 <sup>00</sup>			Fix und Famos fertiges Backmehl 55 Pl. Karton 500 gr.						
Apfelsinen 12 Stück	30, 40, 50 Pl.						Mehl in Beuteln, Kaiser Auszug 3 Pfd. 36 Pl. 5 Pfd. 85 Pl. 10 Pfd. 1 <sup>65</sup>						
				Citronen 12 Stück	30 u. 40 Pl.		Wiener Mehl 00 2 Pfd. 30 Pl. 5 Pfd. 70 Pl. 10 Pfd. 1 <sup>55</sup>						



Doppelte Rabattmarken.

Wir empfehlen, den Einkauf möglichst in den Vormittagsstunden vorzunehmen.

Ottostr. 1 Lachmann & Scholz Turmstr. 76

Reste: Kosülmstoffe, Mäntelstoffe, Astrachan Konfektion: Jacketts, Röcke, Blusen C. PELZ, Kottbuserstraße 4.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5. Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake. Spezialität: Nordhäuser Kautabak

Umsonst erhält jeder Käufer schöne und praktische Weihnachts-Geschenke. Bei einem Einkauf über 20 Mark eine richtig gehende Uhr gratis! Bekleidungs-Industrie Nord-Ost 197, Greifswalderstraße 197, Ecke der Christburgerstraße.

Ziehung heute u. folgende Tage: Rote-Lotterie 16870 Geldgewinne bar ohne Abzug zahlbar Hauptgewinn 100 000 Mk. Originallose a 4 M. Porto u. Liste 30 Pf. Oskar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H. BERLIN W., Friedrichstr. 181 u. Andreasstr. 46a.

Jedes 5 Piennig. Wort: 5 Pfg. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen, Stores, Bettdecken, enorm billig. Netto 1 bis 3 Fenster Extracuriositäten, Gardinen-Verkaufhaus, Bernauerstraße 11/12, 11049.

Damenhüte, praktische Weihnachtsgeschenke, spottbillig nur Pappel-Allee Nr. 140, Edhaus Schönhauser Allee.

Ohne Geld! Weihnachtsgeschenke! Klingelgeschloß, Bobbin, Schneidnähern, Woche 1.00, Uhr Quartzuhren, Gebrauchs, tabellos, 12.00 an. Postkarte genügt, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60, 199.

Pändler, aufgepaßt!!! Weihnachtsgeschenke, Sammelkarten, Spielwaren, Handbroschüren, Neujahrskarten, spottbillig Grenadierstraße 22, an der Münzstraße und Grenadierstraße 45, Engroslager, 12976.

Hochverehrte Herren! Ich habe heute u. folgende Tage: Rote-Lotterie 16870 Geldgewinne bar ohne Abzug zahlbar Hauptgewinn 100 000 Mk. Originallose a 4 M. Porto u. Liste 30 Pf. Oskar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H. BERLIN W., Friedrichstr. 181 u. Andreasstr. 46a.

Cubenarberstraße 86, 87, 88, billige Kleinwohnungen. 12015.

Verkaufe.

Gardinen, Stores, Bettdecken, enorm billig. Netto 1 bis 3 Fenster Extracuriositäten, Gardinen-Verkaufhaus, Bernauerstraße 11/12, 11049.

Damenhüte, praktische Weihnachtsgeschenke, spottbillig nur Pappel-Allee Nr. 140, Edhaus Schönhauser Allee.

Ohne Geld! Weihnachtsgeschenke! Klingelgeschloß, Bobbin, Schneidnähern, Woche 1.00, Uhr Quartzuhren, Gebrauchs, tabellos, 12.00 an. Postkarte genügt, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60, 199.

Pändler, aufgepaßt!!! Weihnachtsgeschenke, Sammelkarten, Spielwaren, Handbroschüren, Neujahrskarten, spottbillig Grenadierstraße 22, an der Münzstraße und Grenadierstraße 45, Engroslager, 12976.

Hochverehrte Herren! Ich habe heute u. folgende Tage: Rote-Lotterie 16870 Geldgewinne bar ohne Abzug zahlbar Hauptgewinn 100 000 Mk. Originallose a 4 M. Porto u. Liste 30 Pf. Oskar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H. BERLIN W., Friedrichstr. 181 u. Andreasstr. 46a.

Cubenarberstraße 86, 87, 88, billige Kleinwohnungen. 12015.

Verkäufe.

Gardinen, Stores, Bettdecken, enorm billig. Netto 1 bis 3 Fenster Extracuriositäten, Gardinen-Verkaufhaus, Bernauerstraße 11/12, 11049.

Damenhüte, praktische Weihnachtsgeschenke, spottbillig nur Pappel-Allee Nr. 140, Edhaus Schönhauser Allee.

Ohne Geld! Weihnachtsgeschenke! Klingelgeschloß, Bobbin, Schneidnähern, Woche 1.00, Uhr Quartzuhren, Gebrauchs, tabellos, 12.00 an. Postkarte genügt, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60, 199.

Pändler, aufgepaßt!!! Weihnachtsgeschenke, Sammelkarten, Spielwaren, Handbroschüren, Neujahrskarten, spottbillig Grenadierstraße 22, an der Münzstraße und Grenadierstraße 45, Engroslager, 12976.

Hochverehrte Herren! Ich habe heute u. folgende Tage: Rote-Lotterie 16870 Geldgewinne bar ohne Abzug zahlbar Hauptgewinn 100 000 Mk. Originallose a 4 M. Porto u. Liste 30 Pf. Oskar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H. BERLIN W., Friedrichstr. 181 u. Andreasstr. 46a.

Cubenarberstraße 86, 87, 88, billige Kleinwohnungen. 12015.

Verkäufe.

Gardinen, Stores, Bettdecken, enorm billig. Netto 1 bis 3 Fenster Extracuriositäten, Gardinen-Verkaufhaus, Bernauerstraße 11/12, 11049.

Damenhüte, praktische Weihnachtsgeschenke, spottbillig nur Pappel-Allee Nr. 140, Edhaus Schönhauser Allee.

Ohne Geld! Weihnachtsgeschenke! Klingelgeschloß, Bobbin, Schneidnähern, Woche 1.00, Uhr Quartzuhren, Gebrauchs, tabellos, 12.00 an. Postkarte genügt, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60, 199.

Pändler, aufgepaßt!!! Weihnachtsgeschenke, Sammelkarten, Spielwaren, Handbroschüren, Neujahrskarten, spottbillig Grenadierstraße 22, an der Münzstraße und Grenadierstraße 45, Engroslager, 12976.

Hochverehrte Herren! Ich habe heute u. folgende Tage: Rote-Lotterie 16870 Geldgewinne bar ohne Abzug zahlbar Hauptgewinn 100 000 Mk. Originallose a 4 M. Porto u. Liste 30 Pf. Oskar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H. BERLIN W., Friedrichstr. 181 u. Andreasstr. 46a.

Cubenarberstraße 86, 87, 88, billige Kleinwohnungen. 12015.





# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17. 1933.

Nr. 296. Dienstag, den 19. Dezember 1905.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Charlottenburg.** Sozialdemokratischer Wahlverein. Am Dienstag, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Gradnauer über: „Die neuen Gesetzesentwürfe im Reichstags“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

**Tempelhof.** Am Mittwoch abends 8 Uhr findet der in der vorigen Woche fällig gewesene Jahrlabend bei Müller, Berlinerstr. 41/42, statt, wozu rege Teilnahme erwartet. Der Vorstand.

**Staaken.** Mittwoch, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Volkerversammlung in Gnädigs Gasthof, Staaken. Tagesordnung: 1. „Die Weihnachtsgeschenke für das deutsche Volk“. Referent: Dr. A. Liebknecht. 2. Diskussion.

**Kleinendorf-Ost.** Am Mittwoch, den 20. d. M., findet die Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal des Herrn Wolfram, Hansotteistraße, statt. Der wichtige Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht der Genossen, zahlreich zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich um 8 1/2 Uhr eröffnet. Der Vorstand.

**Friedrichsfelde.** Dienstag, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von G. Schälze, Wilhelmstr. 11: Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, Bezirk Friedrichsfelde. Tagesordnung: Bericht von der Kreisversammlung. Bericht des Vorstandes und Neuwahlen. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

**Rixdorf.** Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Dienstag, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Geidau, Kartgardenstr. 7/8: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Kreis Generalversammlung. 3. Bericht von der Generalversammlung des Verbandes Groß-Berlin. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste, auch Frauen, sind willkommen. Der Vorstand.

**Ober-Schöneberg.** Die Parteigenossen werden aufgefordert, am Mittwoch, den 20. d. M., abends 7 Uhr, zur Flugblattverbreitung sich recht zahlreich einzufinden bei: Voh, Wilhelmminenhofstr. 84; Schulte, Wilhelmminenhofstr. 43; Kaufhold, Wilhelmminenhofstr. 18 und Sipli, Siemensstr. 28. Der Vorstand.

**Zehlendorf.** Heute abend 8 Uhr findet im Lokale von Junk eine Generalversammlung des Wahlvereins statt, in der die Funktionäre und der Vorstand über ihre Tätigkeit berichten; außerdem werden die Neuwahlen des Vorstandes vorgenommen und die Berichte von der Kreisversammlung und der Verbandversammlung Groß-Berlins erstattet werden. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

## Vorort-Nachrichten.

Die „Große Berliner“ und das „freie Wahlrecht“ ihrer Angehörigen. Am 12. Dezember fanden die Delegiertenwahlen zur Betriebs-Kantenkasse der Großen Berliner Straßenbahn statt. Diesen Wahltag wollten die Obermänner des von der Direktion so warm propagierten blauen Straßenbahnvereins offenbar ausnutzen, um die blamable Schlappe wieder weitzumachen, die ihnen bei der letzten Vertrauensmännerwahl durch den Transport- und Verkehrsarbeiterverband beigebracht worden war. Wahrscheinlich sollte durch einen „glänzigen“ Ausfall der jetzigen Delegiertenwahl auch bewiesen werden, mit wie unigen Dankesgefühlen die Straßenbahner die fürzlich von der Direktion bewilligte Feuererlaubnis aufgenommen hätten. So wurde denn nach Strich und Faden für die Vereinskameraden mobil gemacht. Man schien aber dem Dankesfieber doch nicht ganz zu trauen. Deshalb suchten die maßgebenden Vereinsmänner der einzelnen Bahnhöfe ein Kompromiß mit den Verbandsmittgliedern zu Stande zu bringen dahingehend, von beiden Seiten ungefähr je die Hälfte der Kandidaten aufzustellen. Dies freundliche Anerbieten wurde von den Verbandsangehörigen im Vertrauen auf die eigene Kraft jedoch dankend abgelehnt. Man schworen die Direktionspartei grimmige Mord und sie übten sie auch in einer ebenso perfiden wie blamablen Weise. Zunächst zeichneten sie auf allen Bahnhöfen in die Kandidatenlisten neben den Vereinskandidaten auch die Namen einer großen Anzahl von Verbandsmittgliedern als angebliche Kandidaten eigenmächtig ein, natürlich ohne die letzteren auch nur gefragt zu haben, ob sie damit einverstanden seien oder nicht. Durch diesen schmutzigen Trick sollte offenbar Verwirrung und Zerstückelung in die Reihen der Angehörigen getragen werden, um auf die Art vielleicht noch einen Scheinerfolg zugunsten des Vereins zu erzielen. Gleichzeitig aber griffen die Direktionsparteiangehörigen zu dem schädlichsten aller Beeinflussungsmittel: zur Kennzeichnung der Stimmgabe. Vom Kassenvorstand waren ordnungsmäßig leere Stimmgabeblätter herausgegeben worden und zwar für die Delegiertenwahlen von weißer und für die Stellvertreterwahlen von hellgrüner Farbe. Demgegenüber konnte diese Zettel jeder, der seinen von den beiderseitig aufgestellten Kandidaten wählen wollte. Er schrieb dann nach seinem Willen die Namen derjenigen auf, denen er unabhängig von den Verbands- oder Vereinskandidaten seine Stimme geben wollte. Der Verband hatte nun Wahlzettel mit den Namen der von ihm aufgestellten Kandidaten drucken lassen, die in Farbe und Muster ganz genau den Kassenzetteln glichen, so daß irgend ein Unterschied zwischen beiden bei der Abgabe der zusammengelegten Zettel nicht zu erkennen war. Ganz anders der Verein resp. die Direktionspartei. Von dieser Seite kamen Zettel zur Ausgabe, die in der Qualität des Papiers, in der Muster und in der Farbe ganz erheblich von den anderen Zetteln abwichen, also von vornherein kennbar waren. Alle diese kleinen Mittel halfen nichts. Das Resultat dieser Wahl? Nun, es war ein glänzender Erfolg des Verbandes! Soweit sich das Ergebnis bisher ermitteln ließ, entfielen von den 165 zu wählenden Delegierten über 120 auf die Liste des Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbandes und nur 33 auf die Liste der Direktionspartei. Selbst von diesen 33 gehören noch eine Anzahl Gewählter dem Verbands als Mitglieder an. Eine derartige Niederlage hatten die Vereinsmänner denn doch nicht erwartet. Und das trotz aller Beeinflussung und Manipulation. Ihrem Kerger glaubten die Herren dann nicht besser Auskunft geben zu können, als daß sie gegen die Verbandslisten auf einigen Bahnhöfen Protest einlegten, weil einige Kandidaten ungenau bezeichnet gewesen sind. So zum Beispiel war auf einem Zettel der Name Kerger aufgedruckt, während es eigentlich Krüger II heißen mußte usw. Aus diesen Gründen konnte auch das

Endresultat noch nicht festgestellt werden. An dem durchschlagenden Erfolge des Verbandes kann durch das Endergebnis jedoch nichts geändert werden. Die Straßenbahner haben der Direktion der „Großen Berliner“ also auch diesmal wieder unzweideutig gezeigt, daß ihre Sympathien nicht dem „blauen Verein“, sondern der modernen Arbeiterorganisation, dem Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbande gehören — trotz aller gegenteiligen „Wünsche“ von oben.

**Charlottenburg.**  
**Die „Wunder“ der flüssigen Luft.** Im Charlottenburger Volkshaus war vom Verwaltungsausschuß am Sonntag ein Experimentavortrag veranstaltet worden, dem die Zuhörer mit lebhaftem Interesse folgten. Genosse Dr. V. Vorchardt sprach über „Flüssige Luft und Sauerstoff-Beleuchtung.“ Die einleitende Bemerkung, daß in unserer Zeit der alte Glaube an Wunder den Forschungen der Naturwissenschaft nicht mehr Stand zu halten vermöge, wurde durch eine Reihe gutgelungener Experimente bestätigt. Zwar mußte darauf verzichtet werden, die Herstellung flüssiger Luft an Ort und Stelle vorzunehmen. Das Verfahren, das hauptsächlich in immer erneuter Zusammenpressung und Wärmezugabe besteht, läßt sich mit den einfachen Mitteln, die ein Experimentator im Vortragslokal zur Verfügung haben kann, nicht zeigen. Der Vortragende mußte sich damit begnügen, das fertige Produkt in Flaschen mitzubringen und nun die Eigenschaften dieser merkwürdigen Flüssigkeit zu demonstrieren. Flüssige Luft hat eine Temperatur von annähernd 200 Grad unter Null. So weit muß die Luft durch fortgesetzte Wärmezugabe abgekühlt werden, ehe sie sich zu einer Flüssigkeit verdichten läßt. Steigt ihre Temperatur wieder, so geht die Flüssigkeit wieder in den gasförmigen Zustand über, den die uns umgebende atmosphärische Luft hat. Ein Knapf voll flüssiger Luft, den V. im Saale umhertrug, wurde bald leer: die Flüssigkeit entschwand in die Räfte. Die Temperatur der flüssigen Luft eigenhändig zu prüfen, wäre bei etwa 200 Grad unter Null ein bedenkliches Experiment. Man könnte sich dabei leicht — die Finger verbrennen; denn sehr niedrige Temperaturen wirken auf unsere Haut genau so ein, wie sehr hohe: sie erzeugen „Brandblasen“. Der Vortragende steckte in ein Weinglas voll flüssiger Luft frische Nadeln, Gläser, Kerzen usw. und zog sie im nächsten Augenblick als Eisblumen heraus, die zwischen den Fingern zerbrachen wie Glas. Ein elastischer Gummiball veränderte sich durch dieselbe Prozedur in eine harte Kugel, die auf den Füßen in Scherben zerbrach. Ein Schlauch aus Kautschuk wurde zum festen Knäuel, der polternd auf den Tisch aufschlug. Gold- und silberne „Wunder“ riefen Staunen hervor und wurden mit dem Lächeln der Ueberraschung aufgenommen. Erstere Stimmungen weckte der zweite Teil des Vortrages, der die Gewinnung des Sauerstoffs aus flüssiger Luft behandelte und für die Verwendung des Sauerstoffs feinelele Zustands-Verhältnisse eröffnete. Von den Hauptbestandteilen der zur Flüssigkeit verdichteten Luft geht der Stickstoff schon bei 194 Grad unter Null, der Sauerstoff erst bei 182 Grad unter Null wieder in den gasförmigen Zustand über. Steigt die Temperatur der flüssigen Luft, so entweicht zuerst der Stickstoff. Hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, den Sauerstoff vom Stickstoff zu befreien. Die Zuführung von sauerstoffreicher Luft ist wichtig für die Heizung- und Beleuchtungsdienste. Wenn kein „Zug“ im Ofen ist, brennt das Feuer nicht, und auch unsere Lampen wollen nicht nur mit Petroleum oder Gas, sondern daneben auch mit sauerstoffreicher Luft gespeist werden. Vorchardt hatte einen Gasometer voll Sauerstoff und daneben ein paar an die Gasleitung angeschlossene Mischblöden aufgestellt. Ihre Leuchtstärke war zunächst die gewöhnliche, als ihnen aber reichlich Sauerstoff zugeführt wurde, steigerte sich die Helligkeit des Lichtes sofort ganz außerordentlich. Vollständig ist die Gewinnung des Sauerstoffs noch sehr schwierig. Kann sie vereinfacht werden, so erleben wir es vielleicht, daß ebenso, wie heute jede Gasflamme ihren Glühtrumpf hat, dann auch die geschätzte Verwendung des Sauerstoffs allgemeine Verbreitung findet. Wichtigere noch könnte die Sauerstoffgewinnung für die Technik der Durchlüftung geschlossener Räume werden. In Versammlungssälen, Krankenhäusern, Schulen usw. deren Luft „verbraucht“ ist, d. h. sauerstoffarm geworden ist, ließe sich durch Verbrennung flüssiger Sauerstoffs eine rasche Lufterneuerung erzielen. Doch auch hierzu muß die Herstellung, wie gesagt, erst noch billiger werden, so daß wir uns wohl noch ein bißchen zu gedulden haben.

**Die Feuererlaubnis abgelehnt.** Am 6. Dezember hatte die Stadtverordneten-Versammlung mit überwältigender Mehrheit den Magistrat ersucht, ihr baldigst eine Vorlage zugehen zu lassen, wonach sämtlichen städtischen Arbeitern und denjenigen städtischen Beamten und Lehrkräften, die ein Jahresgehalt unter 3000 M. beziehen, eine einmalige Feuererlaubnis gewährt werde. Diesem Beschluß ist der Magistrat nicht beigetreten, er sieht von einer allbaldigen allgemeinen Feuererlaubnis ab, da die Löhne und Gehälter des Normaltarifs so bemessen sind, daß sie auch in Zeiten vorübergehender Erhöhung von Lebensmittelpreisen als autarkomisch erachtet werden. Sollten bei anhaltender Teuerung die Grundlagen des Normaltarifs nicht mehr für ausreichend erachtet werden, so will der Magistrat rechtzeitig Anträge zur Befreiung dieser Verhältnisse stellen. Zur Begründung seines überausgehenden Beschlusses führt der Magistrat aus, daß er es nicht für angängig halte, eine Feuererlaubnis in einer Summe und ohne Berücksichtigung der Verhältnisse und der einzelnen Familien zu gewähren, vielmehr möchte eine Feuererlaubnis, wenn sie wirklich ihren Zweck erfüllen soll, unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse und fortlaufend in kleineren Schritten zum Ausgleich der erhöhten Bedürfnisse der Wirtschaft beitragen werden. Ferner seien die Gehälter und Löhne in Charlottenburg fast durchweg höher als in anderen Berliner Vorortgemeinden und in Berlin selbst; sie seien hoch genug, daß die städtischen Beamten, Lehrer und Arbeiter auch gelegentliche wirtschaftliche Schwierigkeiten aus eigener Kraft überwinden können. Auf wie schmerzlichen Hüfen die „Gründe“ des Magistrats stehen, beweist die Tatsache, daß er auf der einen Seite von der Eröffnung der Grenzen, die am 31. März 1906 in dem durch die Handelsverträge vorgeschriebenen Umfang durchzuführen sein muß, ein Nachlassen der Preise erwartet, auf der anderen Seite aber die Möglichkeit zugeht, daß dies Ergebnis durch die Verteuerung anderer Lebensmittel und wirtschaftlicher Rückschlüsse infolge der neuen Handelsverträge wieder ausgeglichen wird. Es wird sich in der nächsten Stadtverordneten-Versammlung, am Mittwoch, zeigen, ob die Stadtverordneten diese Gründe als stichhaltig anerkennen. Wir hoffen, daß sie auf ihrem Standpunkt beharren und nicht nachgeben werden.

**Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.** Durch Beschluß vom 11. Oktober hatte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat ersucht, zu beantragen, daß die gemischte Deputation zur Beratung

von Vorschlägen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sich weiter mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise eine Unterstützung stillender Mütter durchgeführt werden kann. Die Deputation ist zu dem Ergebnis gelangt, die Einstellung von 20 000 Mark für diesen Zweck und zur Unterstützung Schwangerer in den Etat des nächsten Jahres zu empfehlen. Die Beschlußfassung des Magistrats steht noch aus. Taggen beantragt der Magistrat schon jetzt die Bewilligung von 6000 Mark aus laufenden Mitteln zur weiteren Fortführung des Betriebes der vier Säuglingsfürsorgestellen. Hierfür entfallen über 3000 Mark auf Lieferung von Milch. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Zahl der Personen, die den vollen Preis für Milch bezahlen können, sehr gering ist und ferner, daß etwa 40 Prozent der Besucher der Fürsorgestellen die Milch unentgeltlich erhalten.

**Eine Erhöhung des Armenlohns um 66 727 M. für das laufende Jahr stellt sich schon jetzt als erforderlich heraus.** Die baren Unterstützungen müssen erhöht werden, da die Zahl der laufend unterstützten Personen seit dem letzten Jahre um 168 gestiegen ist. Bei den unverändert gebliebenen Mietspreisen und der Steigerung der meisten Lebensmittelpreise kein Wunder! Auch die Positionen „Pflegegeld für Kinder in Familienpflege“ bezgl. „Heilmittel und Milch“ müssen um 14 000 bzw. 2000 M. erhöht werden. Für Unterbringung von Geisteskranken werden 12 000 M. mehr, für Unterbringung von Personen in Heilanstalten, Genußstätten und Trinkerheilstätten 20 000 M. mehr verlangt. Der Hauptteil der Kosten dieser letzteren Position entfällt auf die Entsendung Lungenkranker in Heilstätten. Schon seit einer Reihe von Jahren hat die Armenverwaltung besonderes Gewicht darauf gelegt, die Tuberkulose als die verheerende Volkskrankheit, mit aller Kraft zu bekämpfen. Seit dem 1. April d. J. ist eine Fürsorgestelle für Lungenkranke errichtet, deren Hauptaufgabe es ist, die Kranken so früh als möglich zu ermitteln und soweit möglich der Heilung zuzuführen. In der Tat hat es sich seit Eröffnung der Fürsorgestelle deutlich gezeigt, daß das Verständnis für die Bekämpfung der Tuberkulose in der freiwilligen Bekämpfung begriffen ist. Die Ende September hat die Armenverwaltung auf Antrag der städtischen Fürsorgestelle und auf Grund des Vertrauensarztes Dr. Secker für 180 Erwachsene und 81 Kinder die Aufnahme in Lungenheilstätten beantragt. Die Ausgaben betragen im Durchschnitt für jeden Erwachsenen 166 M., für jedes Kind 137 M. Ueber die geschätzte Verpflichtung zur Übernahme solcher Kosten besteht heute kein Zweifel mehr. Erschwerend hinzu kommt, daß auch Charlottenburg mit seinem Vorgehen bei einer großen Zahl von deutschen Städten bereits Nachfolger gefunden.

**Spitzhakenraub.** Nicht böse reingefallen sind am Sonnabendabend zwei Diebe, welche in Charlottenburg ein Fuhrwerk gestohlen hatten. Vor dem Hause Wilmerdorferstraße 24a hielt ein Möbelwagen des hiesigen Möbelhändlers E. Drei junge Burschen schlangen sich plötzlich auf den unbeaufsichtigt stehenden Wagen, ließen auf die Pferde ein und fuhren in rasendem Tempo mit ihrer Beute davon. Sie bog in die Wallstraße ein, als sie jedoch an den Tunnel der Untergrundbahn herantamen, erliefen sie das Verhängnis. Der gestohlene Wagen stieß dort mit einem Geschäftsfuhrwerk zusammen, die Pferde kamen zu Fall, und jetzt gelang es den herannahenden Verfolgern, die beiden Diebe festzunehmen und der Polizei zu übergeben.

**Schöneberg.**  
**Die Bürgermeister- und die Rämmererwahl hat gestern abend in der Stadtverordnetenversammlung stattgefunden.** Die erstere erfolgte in mehreren Wahlgängen und hatte folgendes Resultat: Im ersten Wahlgang wurden 58 Stimmen abgegeben (so zahlreich bestimmen hatte man die Stadtväter schon längst nicht mehr gesehen), davon erhielten Stadtrat Blankenstein 22 Stimmen, der vor kurzem zum Gemeindevorsteher in Weihensee gewählte bisherige hiesige Stadtrat Böck 13, Stadtrat Berg-Königsberg 13 und Stadtrat Samter-Charlottenburg 6 Stimmen. Im zweiten Wahlgang erhielten, da eine absolute Mehrheit nicht erzielt wurde, Blankenstein 24, Böck 20, Berg 13 und Samter 2 Stimmen. In der Stichwahl zwischen den ersten beiden vereinigten sich auf Blankenstein 37 und auf Böck 21 Stimmen. Ersterer ist somit auf die Dauer von 12 Jahren zum zweiten Bürgermeister gewählt. Den Reaktionsären im Stadtparlament, denen der Reingewählte immer sympathisch war, ist dadurch ein Name nach ihrem Herzen erstanden. Ob die Stadtgemeinde dadurch besonders gut fahren dürfte, muß erst abgewartet werden.

Bei der Wahl zum Rämmerer, welche Stelle neu geschaffen ist, erhielten der bisherige Rechnungsdirektor Raschowicz-Schöneberg 30 Stimmen und Stadtrat Dr. Deichen-Brandenburg 27 Stimmen. Mit minimalster absoluter Mehrheit ist ersterer somit zum Rämmerer gewählt worden.

Ueber die umfangreichen übrigen Punkte der Sitzung berichten wir morgen.

**Weihensee.**  
**In der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung wurde der Vertreter der zweiten Abteilung, Amort, ausgetost;** im Frühjahr nächsten Jahres findet für den alten Ortsteil eine Ersatzwahl statt. — Zur Prüfung der umzuarbeitenden Steuerordnungen wurde eine neungliedrige Kommission gewählt, der auch die Genossen Schmutz und Taubmann angehören. Hierbei zeigte sich, daß sich die Herren Wegner schon wieder etwas „fühlen“, denn einen Sitz wollten sie uns wiederum streitig machen. Nach der ganz kurzen Zeit gingen diese Herren mit uns durch die und dünn; paßt es doch vor allem, dem befohlenden Schöffen ein auszuweichen, jetzt gilt es, das neue Oberhaupt zu umschmeicheln, was sich bei einer Gelegenheit recht klar erwies. Die Anstellung des Gemeindevorstehers wurde seinerzeit ohne Dienstwohnung bestimmt, weil man die Wohnung des verstorbenen Amtsvorstehers nicht als moderne bezeichnete und auch zu Bureauzwecken verwenden wollte. Jetzt scheint sich ein Teil der Herren Vertreter eines Besseren besonnen haben und findet die frühere Wohnung des verstorbenen als vorzüglich geeignet für den jetzigen Amtsvorstehers. Ein Antrag, welcher bereits zweimal abgelehnt wurde, wurde erneuert und mit 14 gegen 12 Stimmen die Dienstwohnung bewilligt. — Auf eine Anstange, wie sich der Gemeindevorsteher zu den Vorschlägen als zweiter Bürgermeister in Schöneberg stelle, gab Herr Dr. Böck die bestimmte Erklärung ab, daß er die Verwertung in Schöneberg zurückgezogen habe. — In einer vor kurzem stattgefundenen, von sozialdemokratischer Seite einberufenen Versammlung hatte ein bürgerlicher Herr zur Sprache gebracht, daß ein Gemeindevorsteher in Sachen des Schlohankaufes den Preis in die Höhe getrieben habe, was wiederum zu einer scharfen Kritik in einer Grundbesitzer-Versammlung Anlaß gab. In der Gemeindevorsteher-Sitzung kam diese Angelegenheit ebenfalls zur Erörterung. Herr Postsekretär Neues erklärte hier, wohl im Auftrage des ver-



Storbenen Herrn Amtsvorsteher Feldmann, den Testamentsvollstrecker der Erben besucht zu haben, aber niemals die Erben selbst. Da nur über die Verhandlungen stets mit dem Testamentsvollstrecker geführt worden sind, so gab dies zu Bedenken Anlass. Herr Meines will angeblich den Verdräcker dieser Nachricht gerichtlich belangen, und so können wir ja einwachen auf weiteres verzichten und abwarten.

### Lichtenberg.

In der außerordentlichen Generalversammlung am Dienstag, den 12. Dezember, erstattete zunächst der Vorstand seinen Tätigkeitsbericht. Bezüglich der Besetzung der Vorstandsstellen gelangte ein Antrag West zur Annahme, nach dem Mitglieder des Zentralvorstandes in den Bezirkswahlvereinen keine Vorstandsposten bekleiden können. Der Bericht des Vertrauensmannes ergab eine Einnahme von 1722,78 M. und eine Ausgabe von 1108 M., es bleibt ein Bestand von 616,78 M. Die Ueberrechnung des Wahlkomitees weist auf eine Einnahme von 411,25 M. und eine Ausgabe von 211,25 M., bleibt ein Ueberschuss von 200 M. Die „Nachwahl“-Vorstellung ergab einen Ueberschuss von 109,70 M. Flugblätter wurden 158 000 verbreitet. Der Bericht des Kassierers ergab eine Einnahme von 1018,70 M., eine Ausgabe von 1558,70 M., bleibt ein Bestand von 360 M. Abgeführt an den Kreis wurden 795 M., ausgegeben für Bibliothekszwecke 171,15 M., am Ort wurden 592,55 M. verausgabt. Der Mitgliederbestand war 860 gegen 788 im Vorjahre. Berufswise gliedert sich die Mitgliederzahl wie folgt: Arbeiter 167, Maurer 84, Tischler 80, Restaurateure 57, Zimmerer 35, Schlosser 37, Köpfer 23, Barbier 15, Möbelpolierer 16, Pfleger 14, Händler 14, Maler 13, Schneider 10, Schmiede 10, Dreher 9, Bauarbeiter, Former je 8, Hutmacher, Weber je 7, Kohlenleger, Kreierträger, Bergarbeiter, Hausdiener je 6, Drechsler, Ausbilder, Maschinenarbeiter, Schuhmacher, Buchdrucker, Fuher, Glasmacher, Dachdecker, Drabztzieher, Mechaniker je 5, Bildhauer, Metallarbeiter, Metallarbeiter, Böttcher, Klaviermacher je 4, Bureauarbeiter, Holzbildhauer, Buchbinder, Schlächter je 3, Lagerhalter, Tapezierer, Müller, Ofenmacher, Gärtler, Sattler, Heizer, Bäcker, Brauer, Trabispinner, Anschläger, Kaufleute, Kistenmacher, Steinmetz, Dachdecker, Antzeiger, Bürstenmacher, Wärrer, Monteur, Stelmacher, Sargsticker, Korbmacher, Schleifer je 2, Glasarbeiter, Dekorateur, Fabrikanten, Hobler, Stanger, Kolporteur, Expediteur, Metallschläger, Eisenbauer, Kürschner, Jolierer, Mendanten, Tischlermeister, Schuhmachermeister, Photographen, Steinmetzen, Bandagenmacher, Strumpfwirker, Lederarbeiter, Orgelbauer, Wademeister, Eisenhauer, Galanteriearbeiter, Kassendame, Korbweber, Fraiser, Hieseler, Uhrmacher, Zuspinner, Metallschleifer, Steinbruder, Tischler, Steinbauer, Steinseher, Glaser, Teppichschneider, Tischsticker, Nonnen je ein Mitglied. In den Vorstand wurden gewählt: Zum ersten Vorsitzenden Genosse Wachs, zum zweiten Vorsitzenden Genosse Krühl, zum ersten Kassierer Levin, zum zweiten Kassierer W. Schulz, zum ersten Schriftführer West, zum zweiten Schriftführer Kupfer, zu Revisoren Renz, Graf und Niehus. Die weiteren Wahlen der Kommissionen und der letzte Punkt der Tagesordnung wurden wegen der vorgeschrittenen Zeit um 1 1/2 Uhr vertagt.

### Wilhelmsberg-Hohen-Schönhausen.

Eine Volksversammlung, die hier stattfand, nahm einen Vortrag des Stadtverordneten Koblenzer über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde“ entgegen. Genosse Koblenzer kennzeichnete recht treffend, wie ungerecht die Klasseneinteilung bei der Gemeindevahl ist. Des Weiteren erläuterte er eingehend unser Kommunalwahlprogramm, Genosse Thiele gab dann den Bericht aus der Gemeindevertretung. Er teilte mit, daß die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde Hohen-Schönhausen in der Summe von 26 995 M. bei einem Steuerzuschlag von 220 Pro. balanzieren. Ein vom Genossen Thiele gestellter Antrag, mit Rücksicht auf die Plebschast eine Petition an den Minister zwecks Aufhebung der Grenzsperrung zu senden, wurde abgelehnt. Ebenso wurde auch der Antrag, die Grundsteuer einzuführen, abgelehnt. Der Vortrag des Genossen Koblenzer und die Ausführungen des Genossen Thiele zu seinem Bericht wurden von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen.

### Teltow.

Vom Bau gekürzt ist am Sonnabendnachmittag der Mauer Wilh. Rongert aus der Berlinerstraße. Er war bei der Rüstung auf dem Neubau in der Rühlendorferstraße beschäftigt und fiel zwei Stod herab, auf einen eisernen Träger aufschlagend, der ihm den Hinterkopf bloßlegte. Der nebenanwohnende Arzt leistete ihm die erste Hilfe, worauf er nach seiner Wohnung gebracht wurde.

### Reinickendorf.

Eine arge Messerfehde unter Polizeiaufsicht fand in der Nacht zum Sonntag in der Hoppestraße statt. In einer dort gelegenen Schankwirtschaft erlitten nach Schluß des Geschäftes ein Fremder, welcher Getränke verlangte. Kaum hatte derselbe das Lokal betreten, als der Amtsdienner Wolmann erschien und feststellen wollte, ob außer den Mitgliedern eines Regellubs, welcher im Vereinszimmer tagte, noch andere Gäste anwesend seien. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Fremden das Wort „Spiegel“ zugerufen. Dadurch entstand ein Streit, der sich bis auf die Straße fortsetzte. Plötzlich zog der Fremde, der von dem Polizisten immer gedeckt und beschützt wurde, sein Messer und verwundete fünf Personen. Am schwersten wurde der Köpfer R. verletzt, welcher einen Stich in die Seite erhielt und bewußtlos zum Arzt geschafft wurde. Die Verletzten bestreiten entschieden, dem Fremden geschlagen zu haben. Als einer der Verwundeten von dem Polizisten verlangte, daß der Name des Messerstechers festgestellt würde, erhielt er vom Polizisten einen Stoß vor die Brust und die Antwort: „Machen Sie, daß Sie zu Hause kommen, ich kenne den Mann, er ist Militär-anwärter.“ Das zusammengeströmte Publikum übte dann Lynchjustiz an dem Messerhelden.

### Nieder-Schöneweide.

Ein schon gewordenes Arbeitsgespann raste gestern vormittag von Baumgartenweg kommend nach der Berlinerstraße in Nieder-Schöneweide. Die Tiere rannten gegen den dort befindlichen Randelaber, der unten abgebrochen wurde, das Fuhrwerk wurde demoliert, ein Pferd brach das Genick. Der Fuhrherr fiel in einem Bogen vom Wagen, kam aber mit einigen Hautabschürfungen davon.

### Friedrichsfelde.

Die für das Rohrnetz der Kanalisation abgegebenen Angebote werden jetzt durch die Detzeitung bekannt. Höchstfordernder ist C. Krause u. Co., Berlin, mit 953 685,00 M., Mindestfordernder B. Bruch, Berlin, mit 859 705,00 M. Der Zuschlag ist noch nicht erteilt. Die Differenz beträgt also 94 000 M. Die Firma W. Bruch, die das Mindestgebot abgegeben hat, ist dieselbe Unternehmensfirma, welche die Entwässerung des Oberfeldes ausgeführt hat für den Preis von 128 000 M. und zur Ausführung der Arbeiten fast ausschließlich Italiener, Polen und Polinnen beschäftigte. Diese Tatsache führte seinerzeit in der Gemeindevertretung zu einer Intervention des Genossen Pinfeler, die aber nichts weiter zur Folge hatte als einige leere Redensarten zugunsten des Unternehmers. Eigentümlich ist nur, daß nach einem Voranschlag der Firma Bruch u. Co. die Gemeinde bezahlt hat, das Rohrnetz nur 600 000 M. kosten sollte. Jetzt fordert der Verfertiger des Voranschlags 859 705,00 M. und ist noch 94 000 M. billiger wie der Höchstfordernde. Die Offerten werden einer genaueren Nachprüfung bedürfen.

Bedeutend ist es für die Friedrichsfelder Gemeindezustände, daß die Gemeindevertreter ihre Annuitäten über diese Angebote erst aus der Detzeitung schöpfen müssen.

## Berliner Nachrichten.

**Vom Wachstum Groß-Berlins.** Die Bevölkerung Berlins und der Vororte belief sich bei der diesjährigen Volkszählung — nach den allernuesten, aber selbstverständlich immer noch nicht endgültigen Zusammenstellungen — auf 2 985 293 anwesende Personen. Davon entfallen 2 035 815 auf Berlin und 949 478 auf 29 Vororte. Die Zunahme seit 1900 beträgt für Groß-Berlin 440 857 Personen, für Berlin allein nur 146 967, dagegen für die 29 Vororte 293 890. In Berlin haben nur noch die an die Reichsgrenze heranreichenden Standsamtsbezirke des Ostens, Nordostens, Nordens und Nordwestens eine Bevölkerungszunahme gehabt, die sich auf 193 840 Personen (einschließlich Zunahme der Schiffsbewohner) stellt. In der ganzen übrigen Stadt, in allen Innenbezirken und auch in den äußeren Teilen des Südostens, Südens, Südwestens und Westens, hat die Bevölkerungszahl sich verringert, um 46 873 Personen. Desto größer ist der Zuwachs in den Nachbar-gemeinden, die an diese Teile Berlins angrenzen. Die Bevölkerungszahl der Vororte des südlichen Spree-Ufers von Trepptow bis Charlottenburg ist um 234 943 gestiegen. Dagegen haben die Vororte des nördlichen Spree-Ufers von Stralau bis Köpenick nur eine Zunahme von 58 947 Personen aufzuweisen. Auf dieser Seite hat noch Berlin selber den größten Teil des Bevölkerungszuwachses aufnehmen können.

Die Innungen Berlins vermehrten sich im letzten Jahr um zwei, sodas nun 64 Innungen vorhanden waren. Die Zahl der freien Innungen stieg auf 46, die der Zwangs-Innungen blieb 18 wie im Vorjahre. Die Mitgliederzahl erhöhte sich bei den freien Innungen auf 11 923, bei den Zwangsinnungen auf 17 379. Von den Zwangsinnungen war die größte die der Schneider mit 5873 Mitgliedern, die kleinste die der Zeugschmiede mit nur 35. Bei den freien Innungen stand oben an die Wädrinnung mit 1342 Mitgliedern und ihr Gegenstück war die Innung der Schwertschmiede mit nur 7 Mitgliedern.

**Im Streit um die Fleischverwertungsanstalt** ist die Stadt Berlin unterlegen. Durch eine Entscheidung des Kreisaußschusses von Nieder-Barnim war der Stadt Berlin unterzagt worden, auf städtischem Gelände zwischen Mantelfelde und Schildow eine Fleischverwertungs- und Fleischverwertungs-Anstalt zu errichten. Am Sonnabend ist die Entscheidung des Kreisaußschusses vom neuen Handelsminister bestätigt und der Refus der Stadt Berlin abgewiesen worden. Die Konzeption für die jetzige Abdeckeri läuft im Jahre 1907 ab. Neu konzeptioniert wird jene Anstalt von der Staatsbehörde unter keinen Umständen; es kann nur der Fall eintreten, daß der Betrieb der alten Abdeckeri noch ein halbes Jahr länger geduldet wird, damit der Magistrat mit dem fast eine Million kostenden Bau der neuen Fleischverwertungs- und Verwertungsanstalt Zeit gewinnt. Die Stadt Berlin hatte den Standpunkt vertreten, daß eine Fleischverwertungs- und Verwertungsanstalt nicht unter denselben Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, fällt wie die Abdeckeri. Das Handelsministerium trat aber dieser Ansicht nicht bei. Die Sachverständigen des Ministeriums verlangten, daß gemäß den Bestimmungen über Abdeckerien die Berliner Anstalt zwei Kilometer von dem nächsten Ort entfernt liegen müsse. Dies traf bei dem vorgesehenen Gelände nicht zu. Für die Beseitigung der Tierkadaver auf den Straßen Berlins hat die Polizei zu sorgen, aber auf Kosten der Stadt. Auch für die Beseitigung oder Verwertung der Viehschlachtküste muß Berlin eine Fleischverwertungs-Anstalt haben, so daß die Stadt Berlin nach einem neuen Gelände weiter entfernt von der Stadt wird Umschau halten müssen.

**In der gestrigen Sitzung der Markthallen-Deputation** wurde unter anderem auch die Beratung des Stats für 1906 vorgenommen. Derselbe schließt an Einnahme und Ausgabe mit 3 580 653 M. ab. Für die Markthallenarbeiter wurde, dem Antrage einer Subkommission entsprechend, eine neue Lohnskala festgesetzt, welche am 1. April 1906 in Geltung tritt. Nach derselben beträgt der Anfangslohn 3,50 M., steigend von zwei zu zwei Jahren um je 25 Pf. bis zum Höchstlohn von 4,50 M. Der erneute Antrag unserer Genossen, den Anfangslohn auf 4 M. zu bemessen und eine Steigerung bis zur Grenze von 5 M. eintreten zu lassen, wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. Bezüglich der Verlegung der Engros-Markthallen wurde seitens des Vorsitzenden der Markthallen-Deputation mitgeteilt, daß gepflogene Verhandlungen mit den staatlichen Behörden dazu führen dürften, das frühere Projekt — Verlegung nach der Landberger Allee — fallen zu lassen und daß Aussicht vorhanden sei, in der Gegend des Lehrter Bahnhofes ein zweckentsprechendes Terrain zu bekommen.

**Der Mariensfelder Leichensund** hat nach amtlichen Ermittlungen dahin Klärung erfahren, daß kein Mord, sondern Selbstmord vorliegt.

Nach der Rekognition der Schwester ist die Tote die am 11. Februar 1897 zu Berlin geborene Kätherin Klara Schaud, die in der Chorinerstraße 29 wohnte und in einem Anfall geistiger Störung Selbstmord auf den Schienen verübt hat. Diese Feststellung wird auch durch das gestern abend bekanntgewordene Ergebnis der gerichtlichen Obduktion in vollem Umfange bestätigt. Diese wurde durch den Kreisarzt Dr. Ellen in Gegenwart eines Vertreters der Staatsanwaltschaft II ausgeführt. Der Tod ist, wie mit positiver Bestimmtheit festgestellt wurde, auf Selbstmord zurückzuführen. Alle Verletzungen sowie die zahlreichen Knochen- und Schädelbrüche sind durch stumpfe Gewalt, das heißt in diesem Falle durch einen Eisenbahnzug herbeigeführt worden. Auch die scheinbaren Stichverletzungen in der Brust rühren nicht von einem scharfen Werkzeug her; sie sind vielmehr ebenfalls beim Ueberfahren entstanden. Ein Sittlichkeitsverbrechen liegt nicht vor. Die Leiche ist bereits gestern abend zur Beerdigung freigegeben worden.

**Was durch die „Bündigkeit der Post“** manchmal alles angerichtet werden kann, zeigt uns die Zerfahrt, die eine Postanweisung gemocht hat. In Lichtenberg bei Berlin, einem Dorfe von 56 000 Einwohnern, das in postalischer Beziehung allerdings „bevorzugt“ ist — denn nicht weniger als 8 Postämter bestellen an die in Frage kommenden Einwohner —, zahlte am 16. November ein Herr 2 4,35 laut Posteinlieferungschein unter der Adresse „Gas- und Wasserwerkstätte der Gemeinde Lichtenberg“, hier, Rathaus, Zimmer 41, auf dem Postamt Rein-Lichtenberg ein. Am 18. November erludt der Magistrat zu Berlin mittels Postkarte an Angabe darüber, für welche Zwecke das — nach Lichtenberg adressierte — Geld Verwendung finden soll. Am 22. sendet der Berliner Magistrat unter Abzug von 10 Pf. Porto das Geld an den Absender zurück, der mit Recht die Annahme verweigert. Am 12. Dezember droht die Gemeindegasse Lichtenberg mit Zwangsbeitreibung der schuldigen 4,35 M., da der am 16. November an die Gemeindegasse abgeordnete Betrag noch immer nicht eingegangen sei. Und alles das, obwohl die genaue und richtige Adresse angegeben und wiederholt der Versuch gemacht worden war, die Postverwaltung die Sachlage auseinandersetzen. Die Post hat doch die Pflicht, die Bestellung an die sehr deutlich geschriebene Adresse zu veranlassen und nicht dem Absender neben dem Verdrus auch noch Geldverlust zuzufügen. Obendrein trägt noch ein Bote des Postamtes angeblich im Auftrage des „Postinspektors“ bei dem Herrn 2. an, ob er ein Interesse an einer besonderen Ausstattung über die inzwischen erfolgte Ablieferung des Betrages an den Adressaten habe. Soll man diese Anfrage noch als Hohn auffassen? Denn bis gestern den 18. Dezember war bei der Gas- und Wasserwerkstätte Lichtenberg der Betrag noch immer nicht eingegangen.

Wie uns mitgeteilt wird, ist gegen den Vorsteher des hier in Frage kommenden Postamtes Beschwerde eingereicht. Wenn wir die Beweisstücke nicht in den Händen gehabt hätten, würden wir ein solches Vorkommnis für kaum glaublich halten und wir gehören gewiß nicht zu den Leichtgläubigsten.

### Panik bei einer Kinematographenvorstellung.

Sonntag abend um 6 Uhr entstand in der Müllerstr. 6, Ecke Fennstraße, während einer Kinematographenvorstellung ein Brand.

Der eine gewaltige Paul unter der Gassen Herborrief. Acht Personen erlitten Verletzungen, die jedoch in keinem Falle lebensgefährlich sind. Ueber das Vorkommnis haben wir folgende Einzelheiten ermittelt: Im ersten Stode des erwähnten Hauses finden seit einigen Tagen Lichtbildervorführungen statt. Das Unternehmen ist durch die Feuerwehr und die Polizei auf seine Feuersicherheit hin geprüft worden, bevor die Genehmigung zu den Vorführungen erteilt wurde. Der Saal faßt etwa 200 Personen und war Sonntag abend vollständig gefüllt, zum größten Teil von Kindern. Gegen 6 Uhr wurden die Zuschauer plötzlich durch eine Stichflamme erschreckt, die aus dem Apparatenraum emporflog und eine Feinsiergardine erfasste. Der Ruf „Feuer!“ verursachte im Ra eine unbeschreibliche Panik. Alles sprang entsetzt auf, Stühle wurden umgeworfen und jeder suchte einen der beiden Ausgänge zu gewinnen. Besondere etwaehene Personen riefen laut, die Ruhe zu bewahren, da keinerlei Gefahr vorhanden sei. Diese Mahnungen verhallten aber in den hundertstimmigen Hülserufen der Kinder. Da schlug ein Arbeiter die großen nach der Straße hin liegenden Spiegelscheiben ein und verschobene Kinder wurden auf die Straße hinabgelassen. Das erste Kind ein eben vorübergehender Vizefeldwebel umherseht auf. Auch zwei andere Kinder, die denselben Weg nahmen, blieben unterlegt, weil sie glücklicherweise auf einen Haufen Weihnachtsbäume fielen, der unter dem Fenster lag. Diese Weihnachtsbäume erwiesen sich auch einigen Frauen, die ebenfalls den Sprung durchs Fenster wagten, als Retter. Weniger gut kam der 16jährige Franz O. B. davon, der sich bei dem Sturze einen Beinbruch und eine Fußverstauchung zuzog. Auch der 10jährige Reinhold P. fann erlitt eine schmerzhaft Fußverstauchung. Schnittwunden im Gesicht und an den Händen trugen davon: Helene Grabow (10 Jahre), Valentin Schwarz (17), Richard Gabor (32), Emil Franz (15), Gustav Körner (27) und Georg Kretschmer (13 Jahre). Alle acht Verletzten erhielten auf der Unfallstation in der Lindowstraße Verbände und wurden dann nach ihren Wohnungen entlassen. Während sich die Vorgänge auf der Straßenseite abspielten und hier binnen wenigen Sekunden zu großen Menschenansammlungen führte, kramten das Gros der Geängstigten durch die beiden Ausgänge die Treppen hinab. Als ein Wunder ist es zu betrachten, daß hierbei die Kinder sich nicht gegenseitig umstießen und dadurch etwa die Gefahr vergrößerten. Es sind keinerlei Unglücksfälle gemeldet worden, die sich auf dieser Treppensucht ereignet hätten. Als die benachbarte Feuerwehr aus dem Depot in der Fennstraße an der Unfallstelle eintraf, war das Haus von den Besuchern bereits geleert und auch das Feuer erstickt. — Ueber die Entstehung des Brandes ist Sicheres noch nicht festgestellt. Die ursprüngliche Annahme, daß es sich um Kurzschluss handele, erscheint nicht zutreffend, weil sich die elektrische Anlage bei der unmittelbar darauf vorgenommenen Untersuchung als intakt erwies. Fest steht nur, daß im Apparatenkasten plötzlich ein Celluloidbild Feuer fing, dessen Stichflamme aus dem Kasten herausflog und eine Gardine erfasste. Der Maschinist, der sich in dem Kasten unmittelbar neben jenem Bilde befand, erlitt keinerlei Beschädigungen.

**In erschreckender Weise** mehren sich in letzter Zeit die Selbstmorde von Kindern. Vom Sonntag werden zwei Schülerelbstmorde gemeldet. Sonntagmorgen sprang der vierzehnjährige Sohn des Gastwirts M. Kaiser Wilhelmstr. 45, aus dem Fenster der in der vierten Etage belegenen elterlichen Wohnung auf den Hof hinab und fand sofort seinen Tod infolge Schädelbruchs. Die Veranlassung zur Tat bildete Jurdit vor Strafe. — In gleicher Weise suchte an demselben Tage der vierzehnjährige Sohn des Eisenbahnarbeiters S. in Lichtenberg sich das Leben zu nehmen. Der Knabe, der seinen Eltern bereits viele Sorgen bereitet hatte, sollte nach einer Zwangsverhaftung angeklagt werden. Als Sonntag morgen ein Polizeibeamter das Haus betrat, glaubte der Junge, daß er nunmehr abgeholt werden solle und sprang aus dem Fenster der in der dritten Etage befindlichen Wohnung auf den gepflasterten Hof hinab. Er erlitt Brüche beider Beine und schwere innere Verletzungen und wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

**Ein eigenartiger folgenschwerer Zusammenstoß** zwischen einem Automobil und einem Stapel Weihnachtsbäume fand am Sonntagmittag in der Prenzlauer Allee statt. Der Insasse des Automobils, ein Schlächtermeister aus Weihensee, sprang noch rechtzeitig ab, ohne sich Schaden zu tun. Dagegen wurde der Weihnachtsbaumhändler Sch. zu Boden geworfen und stürzte so unglücklich, daß ihm ein spitzer Tammenzweig ins linke Auge fuhr und dieses so schwer verletzete, da seine Sehkraft wohl für immer verloren sein dürfte.

**Topfschneider treiben** in den belebtesten Straßen Berlins ihr Unwesen. So wurden einem Schulknaben, das mit mehreren Altersgenossen vor dem Schaufenster eines Warenhauses in der Leipzigerstraße stand, seine beiden langen, durch die schöne Farbe des Haares besonders auffallenden Zöpfe abgeschnitten, ohne daß es gelang, den Täter zu fassen.

**Der Defensivkurz in der Siegelstraße**, bei dem kürzlich fünf Arbeiter verschüttet wurden, hat ein weiteres Opfer gefordert. Der 58 Jahre alte verheiratete Maurer August Conrad ist den schweren Verletzungen erlegen, die er sich an der Wirtelsäule und der Luftröhre zuzog.

**Auf der Wörberlücke.** Die Bemühungen, die Person des Mörders festzusetzen, dem der Keller August Giernoth zum Opfer fiel, haben nach einer Potsdamer Korrespondenz angeblich bisher ergeben, daß der sogenannte Oberinspektor Heilmann aus Potsdam mit einem ehemaligen Bierpapier identisch sein soll.

**Automobilunfall eines Generals.** Auf einem Gange durch die Friedrichstraße ist gestern nachmittag Generalmajor z. D. Gistwald von einem Automobil überfahren und erheblich verletzt worden. Der bereits in hohem Alter stehende Offizier war im Begriff, an der Ecke der Französischen- und Friedrichstraße den Fahrdrum zu überschreiten, als von den Linden her ein Drolakfanautomobil heranzugelauf kam. Da der Chauffeur kein Warnungssignal gab, bemerkte der alte Herr nicht das Automobil, geriet an den Wagen heran und wurde umgerissen. Die Räder des schweren Kraftwagens gingen ihm über den rechten Fuß hinweg und fügten ihm eine schwere Quetschung zu. Ein Schutzmann brachte den General in einer Droschke nach der nahen Rettungsstation, wo ein Notverband angelegt wurde und von dort nach der Wohnung Preussischestr. 4 in Wilmersdorf.

**Beim Einsaufen von Weihnachtsgeschenken überfahren** und lebensgefährlich verletzt wurde gestern abend in der Friedrichstraße eine unbekannte, etwa 55 Jahre alte Frau. Mit Posten beladen wollte die Fremde an der Ecke der Kronen- und Friedrichstraße den Fahrdrum überschreiten, bemerkte jedoch infolge ihrer großen Schwermüdigkeit nicht das Herannahen eines Kraftwagens. Sie wurde zu Boden geschleudert und die Räder des Fahrwerks gingen der Bedauernswerten über den Kopf hinweg. In bewußtlosem Zustande wurde sie nach der Unfallstation in der Kronenstraße und von da nach der Charité gebracht. Die Verunglückte hatte einen schweren Schädelbruch erlitten. Sie war einfach gekleidet und in ihren Taschen fand man ein Hörrohr vor.

**Vom Schlachtfelde der Industrie** wird gemeldet, daß wiederum ein blühendes Menschenleben vernichtet worden ist. In dem Danziger Wirtelwerk von D. Ullmer war am vergangenen Freitag der Dreizehnen von der Transmissions gefallen. Der 21jährige Kallmücker Gomball versuchte es, da der Heizer gerade abwesend war, den Riemen während des Ganges der Wirtelmaschine wieder auf die Welle zu bringen. Die Welle erfasste ihn jedoch unglücklicherweise und schleuderte ihn mit sich herum. Hierbei wurde ihm der rechte



Arm abgerissen, der linke Fuß abgeschlagen, die übrigen Gliedmaßen gebrochen. Der Unglückliche erlag bald darauf seinen furchtbaren Verletzungen.

**Großstadtleid.** Auf dem Hofe des Hauses Wallstr. 23 wurde gestern morgen in der siebenten Stunde ein Mann auf dem Gesichte liegend in völlig bewußtlosem Zustande aufgefunden. Derselbe mußte auf einem der dafelbst stehenden Wagen die Nacht zugebracht haben und war beim Absteigen gestürzt. Ueber und über mit Blut bedeckt, wurde er von zwei herbeigeholten Schulgeuten nach der Unfallstation gebracht.

Eine Gasexplosion, bei der glücklicherweise Personen nicht zu Schaden gekommen sind, erfolgte gestern mittag im Hause Ulfedomsstraße 21. In einem Arbeitsraume der Firma v. Fippelstrich u. Co. machte sich ein intensiver Gasgeruch bemerkbar. Man suchte daher die Gasleitung ab. Plötzlich erfolgte dabei eine heftige Detonation und lange Stachlammen schossen empor. Die in der Nähe stehenden Personen wurden zwar durch den Luftdruck zurückgeschleudert, erlitten aber keinerlei Verletzungen. Auch das entstandene Feuer konnte leicht unterdrückt werden. Die alarmierte Feuerwehr brauchte nur noch die Aufräumungsarbeiten zu verrichten.

Ein gefährlicher Brand, der großen Schaden verursacht hat, kam am Montag nachmittag in der Turmstr. 23, Ecke Lübeckerstraße, zum Ausbruch. Bei Anbruch des 15. Tages brannte das Fernsprechzimmer des Telephonamtes II. Die Feuerwehr mußte mit mehreren Schlauchleitungen kräftig Wasser geben, um die Flammen an weiterer Ausdehnung zu verhindern. Ein Teil der Leitungen des Fernsprechamtes II ist beschädigt. Gleichzeitig hatte die Wehr ein sehr schwieriges Rettungswerk am Hasenplatz zu vollbringen. Dort war ein Pferd durchgegangen und mit dem Wagen in der Nähe der Augustin-Brücke über die Quaimauern in den Landwehrkanal gestürzt. Mit vieler Mühe holte die Feuerwehr Pferd und Wagen heraus, wobei die Feuerwehrmänner mehr als einmal mit dem eiskalten Wasser Bekanntschaft machen mußten. Außerdem hatte die Wehr gestern einen Schaufensterbrand in der Ritterstr. 111 zu löschen. Etwas später hatte der 17. Zug längere Zeit in der Nähe zu tun. Im zweiten Stock des Quergebäudes Ritterstr. 35 brannte das Frischengebäl, Packungsmaterial u. a. Ferner hatte die Wehr noch an verschiedenen anderen Stellen kleinere Brände zu löschen.

**Orgelkonzert.** Mittwoch, den 20. Dezember, 7 1/2 Uhr abends, veranstaltet der königl. Musikdirektor Bernh. Jürgens in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert (Weihnachtskonzert) unter Mitwirkung von Fräulein Hedwig v. Sanden (Sopran), Fräulein Johanna Klapp (Alt), Herrn A. R. Dargatz-Müller (Bass) und Herrn Paul Sager (Violine). Der Eintritt ist frei.

**Theater.** Im Belle-Alliance-Theater werden, vielfachen Wünschen entsprechend, am Samstag den 23. und 30. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr zwei große Kinder-Vorstellungen bei kleinen Preisen stattfinden. Zur Aufführung gelangen die Märchenstücke: „Prinzessin Tausendkinder“ sowie „Max und Moritz“, die bösen Lügen. — Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind unter sechs Jahren frei einzuführen.

### Gerichts-Zeitung.

**Befähigung einer anständigen Dame.** Der Tapezierer Paul Stephan aus Rixdorf war gestern wegen Verleumdung und Körperbeleidigung vor dem Schöffengericht I angeklagt. — Der Angeklagte hatte eines Tages Ende Oktober dieses Jahres mit mehreren Freunden und Bekannten eine fidele Anekdote durch Berlin unternehmen. In etwas angeheiteter Stimmung passierte er gegen Abend die Deesenerstraße. Plötzlich bemerkte er eine junge Dame vor sich gehen, die ein größeres Interesse in ihm erweckte. Er näherte sich in sehr zutraulicher Art der Dame, welche die Gattin eines in der dortigen Gegend wohnhaften Kaufmanns war. Als er natürlich glatt abgewiesen wurde, wurde der Angeklagte etwas kühner und sagte die Dame um die Taille. Als Antwort erhielt er eine wohlgezielte Ohrfeige, durch welche sein Ansehn herunterfiel und zerbrach. Aus Wut darüber drang der „Kavalier“ nunmehr auf die Dame ein und verfehlte ihr einen derartig wichtigen Schlag ins Gesicht, daß sie gegen die Häuserfront taumelte und dann ohnmächtig zu Boden stürzte. Erst jetzt kamen Passanten der Dame zur Hilfe, der Angeklagte wäre betnahe einer derben „Vorhölzer“ verfallen, wenn nicht ein Schuhmann rechtzeitig auf der Bildfläche erschienen wäre. Vor Gericht bat der Verleumdete, dem Angeklagten, der sich allerdings in der Trunkenheit zu einem höchst bedauerlichen Ergeß habe hinreichend lassen, mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit eine milde Strafe zuteil werden zu lassen. Der Gerichtshof hielt indessen eine Geldstrafe nicht für eine ausreichende Sühne, da derartige Verleumdungen anständiger Damen

auf der Straße immer mehr überhand nehmen, und erkannte auf 3 Wochen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sechs Wochen Gefängnis beantragt.

**Wiener Schrammeln höhere Kunst?** Die Wiener Schrammeln, jene originelle Künstlertruppe, von der so viele Variationen bestehen, daß es schwerer zu unterscheiden ist, welche die „wirklich echten“, oder die „Original-“ oder die „Mr. Schrammeln“ sind, gaben gestern Anlaß zu einigen Erörterungen vor dem Schöffengericht. Die Inhaberin eines großen Wiener Cafés, Frau Löwe, war mit ihrem Ehemann beschuldigt worden, gewerbsmäßig Gelangs- und deklamatorische Vorträge veranstaltet zu haben, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft dabei obwaltete und ohne die Erlaubnis dazu zu besitzen. Für das Lokal war nur die Erlaubnis zum Vortrage von Musikstücken erteilt, ein Mitglied der Wiener Schrammeln-Agelle pflegte dagegen auch hin und wieder ein Kuplet oder ein Lied vorzutragen, das bei den begeisterten Zuhörern solchen Anschlag fand, daß das gesamte Auditorium mitsang. Der Amtsanwalt bestritt, daß bei diesen Vorträgen ein höheres künstlerisches Interesse obwaltete, welches die Einholung einer Konzession überflüssig machte und beantragte gegen beide Angeklagte je 10 Mark Geldstrafe. — Der Verteidiger hielt es nicht für zutreffend, daß in diesem gelegentlichen Vortrage des einen oder anderen Liedes eine Veranstaltung von Gefangs- und deklamatorischen Vorträgen im Sinne der Gewerbeordnung zu erblicken sei und behauptete weiter die Ansicht, daß bei dem Vortrage solcher Kuplets nicht auch höhere künstlerische Interessen obwalten könnten. Jedemfalls hätten die Angeklagten die Überzeugung gehabt, daß es sich bei den Wiener Schrammeln um Darbietungen höherer künstlerischer Art handele, da ihnen bei dem Engagement ein vom Professor Sacher den Schrammeln ausgesetzter Kunstschrein vorgezeigt worden sei. Mit Rücksicht auf diese Tatsache nahm das Schöffengericht guten Glauben bei den Angeklagten an und erkannte aus diesem Grunde auf Freisprechung.

**Münchener Nahrungsmittelverfälschung.** In einer dreitägigen Verhandlung gegen den Charakter Mathäus Herler in München wurden eine Fülle ekelregender Manipulationen aufgedeckt. Herler war angeklagt, seit Jahren in seiner Wurstfabrik zur Herstellung von Wurstwaren alle in Befehung übergegangen schieferige, grün- und blauegelauene Würste, rosigewordene Leberwürste, stinkendes Sauerfleisch, Schinkenwürsten, Wurstzäpfel usw. dem frischen Wurstbrat wieder beigemischt und daraus in der Hauptsache Leber- und Frankfurter Wurstwaren fabriziert zu haben. Durch 54 Zeugen wurde erwiesen, daß es in dem Betriebe dieses profitgierigen Unternehmers schweinhäufig im vollsten Sinne des Wortes zugeht. Sogenanntes Fälschfleisch war mit Waden durchsetzt. Einige Zeugen betunderten, daß der Angeklagte Herler alle feinsten Fleischteile und Darmreste, die die Gebälgen wegen ihrer Verdorbenheit in die Schichttonne und Abfallkübel warfen, wieder herausluchte und ungereinigt in die Wurstmaschine warf. Mangels Waschlösung mußten die Gefellen die Pratsibel benutzen. Das schmutzige Waschlösungswasser wurde oft anderen Tages erst ausgeleert und der Mübel sofort wieder zum Wurstbrat verwendet. Charakteristisch für unsere Lebensmittelverfälschung ist das Gutachten des Vorstandes der Wurstmacher-Innung K. O. L. Dieser Innungsmeister hält das Verwurseln von Schweinestragsäden zwar nicht für angängig, doch die Verwendung der Geschlechtsorgane und aller unerläßlicher Wurst, wenn das schlechteste daran entfernt, zur Vermengung in das frische Wurstbrat für erlaubt. Das sei in München allgemein üblich. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Nahrungsmittelverfälscher, der sich zum dreifachen Hausbesitzer „emporgearbeitet“ habe, 1 Jahr Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung. Das Urteil lautete auf nur — 14 Tage Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe eventuell weitere 100 Tage Gefängnis.

**Unbegündeter Konflikt mehrerer Minister.** Der Eigentümer Jadel hatte in Schmögerdorf bei Berlin zwei Grundstücke erworben, die in die Bauklasse C (Willenbezirk) nach der Baupolizeiverordnung für die Berliner Vororte (ausgenommen Rixdorf, Schöneberg und Charlottenburg) entfallen. J. reichte im Jahre 1903 ein Baugesuch ein, das nach fünf Wochen abschlägig beschieden wurde. Seine Beschwerde beim Landrat wurde ebenfalls binnen fünf Wochen zu seinen Ungunsten erledigt. Jetzt beschwerte er sich am 7. Januar 1904 bei dem Regierungspräsidenten zu Potsdam. Er erhielt längere Zeit keinen Bescheid. Als es ihm zu lange dauerte, wurde er vorstellig. Ihm wurde kurz erwidert, es schwebten noch Verhandlungen über seine Beschwerde, die mühten erst erledigt werden. Schließlich wurde ihm die Zeit doch zu lang. Nach ungefähr einem Jahre nach Einreichung der Beschwerde klagte er im Zivilprozeß gegen den Regierungspräsidenten

b. d. Schulenburg auf Schöbenerhof. Er machte geltend, durch die lange Hinausschiebung der Erteilung eines Bescheides auf die Beschwerde, die durch nichts gerechtfertigt sei, erlitten ihm mindestens ein größerer Jnüberlust. Dafür beantragte er Ersatzleistung durch Herrn v. d. Schulenburg mit 1000 M.

Der Finanzminister, der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Minister des Innern erhoben Konflikt und verlangten die Einstellung des Verfahrens, weil sich der Beklagte im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten habe. Der Konfliktbescheid führte in der Hauptsache aus: Der klagende Regierungspräsident habe die feste Überzeugung gehabt, daß der Kläger nach den vorgelegten Projekten überhaupt nicht bauen wolle, daß er (der nebenbei auch ein Gesuch um Abänderung der Bauordnung eingereicht hatte) lediglich beabsichtige, die Rechtsgültigkeit der für die Bauklasse C in der Vorort-Baupolizeiverordnung gegebenen Vorschriften durch die höchste Instanz (Oberverwaltungsgericht) nachprüfen zu lassen. Es schwebten aber die Verhandlung betreffende Verhandlungen in der Zentralinstanz. Im öffentlichen Interesse wäre es angebracht, daß das Oberverwaltungsgericht vor Abschluß der Beratungen nicht mit der Sache befaßt würde.

Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts erklärte indessen am 15. Dezember, an welchem Tage Jadel immer noch keine angezeigten Beschwerdebescheid vom Regierungspräsidenten erhalten hatte, den Konflikt der Minister für unbegründet, so daß dem Zivilprozeß des Herrn Jadel gegen den Regierungspräsidenten Fortgang zu geben ist. Es wurde ausgeführt: Die im Konfliktbescheid angeführten Gründe seien nicht geeignet, die Hinausschiebung des Beschwerdebescheides durch den Regierungspräsidenten zu rechtfertigen. Somit habe der Gerichtshof nicht die Überzeugung gewinnen können, daß dem Regierungspräsidenten nicht die Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung zur Last falle. — Es nimmt demnach der Schöbenerhofprozeß gegen den Regierungspräsidenten seinen Fortgang. Daß von drei Ministern der Konflikt gegen die Zulässigkeit des Rechtsvorganges in einem Schöbenerhofprozeß überhaupt erhoben werden konnte, liegt an der Nichtständigkeit der Reichs-Justizgesetzte, die trotz des sogenannten Rechtsstaats eine Entscheidung von Verwaltungsbehörden darüber zulassen, ob einem Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten in Schöbenerhofprozeßen gegen Beamte weiterer Fortgang zu geben ist.

### Vermischtes.

**ierzehn Arbeiter beim Kesselreinigen erkräft.** Ein großes Unglück ereignete sich, wie aus Paris telegraphiert wird, in den Stahlwerken von Homecourt (Departement Meurthe-et-Moselle). 24 Arbeiter waren mit dem Reinigen der Röhren beschäftigt, als sich eine Menge Kohlenoxydgas aus bisher noch nicht festgestellter Ursache in den Röhren entwickelte. Die Arbeiter riefen um Hilfe, zwei Werkführer drangen ein, erlagen jedoch wie 12 Arbeiter den Einwirkungen des Gases. Die Verunglückten sind zumeist Italiener. Die Schuld trägt die Arbeitsleitung, die es an der nötigen Aufmerksamkeit fehlen ließ.

### Briefkasten der Redaktion.

**S. C.** In den Schwaßmaschinen werden nur gelernte Buchdrucker beschäftigt. Weitere Voraussetzungen sind: völlige Gesundheit und vor allen Dingen vollständige Beherrschung der deutschen Sprache. Nebenbei bemerkt, ist der Bedarf an tüchtigen Maschinenführern gegenüber dem Angebot mehr wie gedeckt. Auch besitzen Sie nicht die geordneten Buchkenntnisse.

### Juristischer Teil.

**Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.**  
— **A. B. 2.** Wenden Sie sich an die Waldververwaltung. — **Präsident.** Unverkündlich. Die juristische Sprechstunde steht jeden Abend offen.  
— **C. G. 31.** Bis zu vollständigem 21. Lebensjahr ja. — **Triar.** Nein. Das Nähere finden Sie Seite 168—175 des „Arbeiterrecht“. — **C. G. 100.** 1. Das hängt von der Lage des Falles ab. 2. Ja. — **Georg R.** 1. und 2. Ja. — **Sprecht.** Ihnen steht das Erziehungswort zu. Ihre frühere Frau kann nur bei Gericht darauf antragen, daß das Besuchsrecht geregelt wird, falls gütliche Uebereinkunft nicht erfolgt. — **Emil Sch.** Die Frist zur Einlegung der Berufung gegen ein zivilgerichtliches Urteil beträgt einen Monat von Zustellung des Urteils ab gerechnet. Die Berufung ist durch einen Anwalt einzulegen. Gegen Strafgerichtliche Urteile ist innerhalb einer Woche nach Verlesung der Berufung einzulegen. — **H. W. 100.** 1. Nein. 2. § 133 der Gewerbe-Ordnung enthält die Vorschriften über Wettbewerbsmittel. — **Belten 100.** 1. 3. Ja. 2. 5. Nein. 4. Durch die Antwort zu 2. erledigt. — **A. A. 1.** Vierteljährlich. 2. Nein, das geht auch nicht an. — **S. 36.** 1. Ja. 2. Eine Aufforderung kann als berechtigt erachtet werden. — **M. W. 111.** Ja. — **A. A. B. 12.** Nein.

**Charlottenburg.**  
F. Kunstmann,  
nur Wallstr. 1  
Uhren und  
Goldwaren.  
Großes Lager  
Reparaturen schnell und billig.  
Billige Preise. 1893.  
**Köpenick.**  
Bei Einkäufen zum Weihnachtsfest mache die weichen Genossen auf mein reichhaltiges Lager in Leder- und Filzschuwaren zu soliden Preisen aufmerksam und bitte um geneigten Zutritt.  
Buchholz  
Mägdeleinstraße 2.

**August Lucas, Rixdorf, Bergstr. 63.**  
Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen  
Spezial-Geschäft. Begr. 1872.

**Für Vereine!**  
Große Auswahl in Theatergarderobe, Perücken und Wassen. 220V\*

**Rudolf Quanter, Charlottenburg, Wallstr. 35.**  
Hixdorf.  
**Otto Bredow, Hermannstr. 56.**  
Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen.  
Fatz- und Modewaren.

**Uhren und Goldwaren.**  
Gänzlichster Außerkauf.  
25 Prozent Ermäßigung.  
**Max Schmerberg, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 127**  
(früher Wilhelmplatz 1).

**Gswald Scholz, Rixdorf, Bergstraße 141.**  
Strickwaren, Handtücher, Wäsche, Regenschirme, Spazierstöcke.  
**Schirmreparaturen und Bezüge.**

**Das Teppich-Fabrik-Lager Berlin-Schöneberg**  
eröffnete in einem Lagerraum einen Spezial-Verkauf von circa  
**1000 Teppichen**  
bestehend aus Restbeständen verschiedener Qualitäten und Größen, einzelner Musterstücke, darunter elegante Salon-, Speise- und Wohnzimmer-Exemplare, alles nur erstklassige Fabrikate in den vornehmsten Designs, Künstler-Gewürfe der neuesten Kollektion, für circa die Hälfte des sonstigen regulären Listenpreises zum Verkauf gebracht. Darunter ein großer Posten handgeknüpfter Smyrna-Teppiche. Ferner befinden sich unter den Posten circa 150 Stück prima Velour- und Brüssel-Teppiche, garantiert befestigt. Größe 200x300 Zentimeter, sonstiger Preis 52.—, jetzt, so lange der Vorrat reicht, 29.—, circa 80 Stück derselben Qualität, Größe 170x245 Zentimeter, sonst 36.—, jetzt 19.—.  
Die Verkaufstage für diesen Posten: Dienstag, den 19., Mittwoch, den 20., Donnerstag, den 21., Freitag, den 22. und Sonnabend, den 23. Dezember, nachmittags 2—5 Uhr.  
Verkauf: In einem besonderen Lagerraum der Engros-Abteilung des Teppich-Fabrik-Lagers.  
**Berlin-Schöneberg, Hauptstrasse 5—6, Hof links I.**

**Leih-Haus**  
Charlottenburg,  
Friedrich-Karl-Platz 12,  
E. Selin, Antikar-Strasse 2.  
Verleihung von Brillanten, Gold- und Silberwaren, Uhren, Büchern, Wäsche, Steinzeugstücken etc. 216V\*

**Alttestes konz. Leihhaus**  
Charlottenburg,  
Wilmersdorferstr. 40 I.  
Hohe Beleuchtung, Diakr. Spracherzimmer  
**Möbel,**  
ganze Wohnungen, Einrichtungen sowie einzelne Stücke äußerst billig.  
Eigene Tischlerei-Workstatt.  
Berlin O. 400292  
**Wielr,** Petersburgerstraße 62.

**Puppen**  
Goldene Medaille 1904.  
kauft man gediegen und fein nur bei **Anna Freidank** allein!  
Gekleidete und ungekleidete Puppen, Laupuppen mit Uhrwerk, Musik-, Trachten- und Wertpuppen, Puppen-garderobe, Köpfe, Perücken und sämtliche Puppenteile in noch nie dagewesener Auswahl zu fabelhaft billigen Preisen. 250V\*  
**Ständige Ausstellung selbstgekleideter Puppen**  
in gediegener und geschmackvollster Ausführung.  
Spezialität: **Berolina-Puppe.** Ges. gesch. Reparaturen jeder Art schnell, sauber und billig. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
**Anna Freidank, Puppen- und Schirmfabrik.**  
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 128.  
Ecke Schillerstraße.  
5 Minuten vom Bahnhof Charlottenburg.

**Emil Quade**  
**Schöneberg, Hauptstraße 138.**  
Größtes und billigstes Spezialgeschäft  
Schönebergs in  
**Uhren, Juwelen, Gold-, Silber- und 106V\* Alfenidewaren.**  
Neuanfertigung und Reparatur in eigenen Werkstätten zu billigsten Preisen.  
Leistet für jede bei mir gekaufte Uhr dreijährige schriftliche Garantie.  
Altes Gold nehme in Zahlung.  
210 Puppenwagen, v. 2—17 M., davon 40 mit Gummi.  
350 Puppen-Sportwagen, v. 50 Pf. an.  
35 Vehn- und Plätz-Polierstühle.  
75 Triumphstühle, v. 1,75—15 M.  
65 Kinderstühle, 45 Kinderstühle zum Umklappen mit Spielst. 1.  
250 versch. Kinderstühle, v. 43 Pf. an.  
50 Papiertische, v. 1,25—4,50 M.  
150 Handkörbe.  
300 Strick-, Häkel- und Arbeitskörben.  
35 Zeitungstaschen.  
150 Wäsche- und Reiseförbe.  
150 Kinder-Sportwagen, Kinderwagen u. Kinder-Metallbestecken, in den Sommermonaten 300 Stück auf Lager.  
**F. Franke, Rixdorf.**  
1. Geschäft: Bergstr. 15. 2. Geschäft: Berlinerstr. 30.

**Hermann Schleich Nacht.**  
Inhaber: **W. Schilling.**  
Charlottenburg, Berliner Straße No. 117.  
**Pfeifen und Tabake**  
Reparaturen und Zubehöriteile.  
**En gros Zigarren En détail**  
Einzelverkauf zum Fabrikpreis.  
10 Stück 25, 30, 35, 40 Pf. usw. 276V\*



# Warenhaus Fr. Pfingst & Co.

RIXDORF, Berliner Strasse 47-48, vis-à-vis dem Rathaus.

Durch verspätete Fertigstellung unseres Erweiterungsbaues sind wir gezwungen, sämtliche für die neu einzurichtenden Verkaufsräume bestimmt gewesenen **Weihnachts-Waren**, welche in enorm grossen Quantitäten aufgekauft sind, zu bedeutend herabgesetzten Preisen zu verkaufen.

In sämtlichen Abteilungen unseres Hauses

## Grosser Weihnachts-Räumungsverkauf!!

Passendste Weihnachts-Kauf-Gelegenheit!

### Damenwäsche

Damen-Hemden, aus Hemdentuch, Priesenform, mit Spitze garnirt . . . . .	85 Pf.
Damen Hemden, aus Hemdentuch, Achselabschluss, mit handgest. Passe	98 Pf.
Damen-Hemden, Ia Hautuch, Vorder- und Achselabschluss, mit Spitze garnirt . . . . .	1.25 M.
Damen-Hemden, aus bestem Renforcé, mit handgestickter Madeira-passe . . . . .	1.95 M.
Damen-Façon-Hemden, aus gutem Madapolame, mit eleganter Stickerei garnirt . . . . .	1.25 M.
Damen-Façon-Hemden, aus gutem Madapolame, mit Stickerei- oder Valenciennesein- und Ansatz . . . . .	2.35 M.
Damen-Beinkleider, aus gutem Croisé-Barchend oder Renforcé, mit Trimming . . . . .	95 Pf.
Damen-Beinkleider, aus gutem Croisé-Barchend oder Renforcé, mit Stickerei . . . . .	1.65, 1.25 M.
Damen-Nachtjacken, aus gutem Croisé-Barchend aus Dimiti, mit Trimming . . . . .	1.25 M., 95 Pf.
Damen-Nachtjacken, aus gutem Croisé-Barchend oder Dimiti, mit guter Stickerei oder Languette . . . . .	1.65, 1.25 M.

*Knaben- und Mädchenhemden, Beinkleider, Nachtjacken und Nachtkittel, nur aus haltbaren Stoffen gefertigt zu bedeutend herabgesetzten Preisen.*

### Damen- u. Kinderschürzen

Wirtschafts-Schürzen für Damen, aus bestem Hausmacherstoff, extra weit mit Volant . . . . .	95 Pf.
Reform-Schürzen für Damen, ringsherum mit Volant elegant besetzt, aus prima Gingham . . . . .	1.75, 1.10 M.
Wirtschafts-Schürzen für Damen, mit Achselbändern aus prima Hausmacherstoff, mit Volant, elegant garnirt . . . . .	1.35 M., 78 Pf.

*Ein grosser Posten Kinderhänger- und Reformschürzen aus weissem, durchbrochenem Stoff mit Stickerei, Ein- und Ansatz garnirt, sowie aus gutem Hausmacherstoff mit Volant und elegant garnirt, in allen Grössen am Lager zu bedeutend herabgesetzten Preisen.*

### Schuhwaren

Damen-Stiefel, Box-Calf und Chevreaux . . . . . jetzt Paar	7.50, 6.95 M.
Herren-Schnür- u. Zugstiefel, Box-Calf u. Chevreaux jetzt Paar	7.75, 6.95 M.
Ein grosser Posten Damen- u. Herren-Filzschuhe mit Ledersohle jetzt Paar	1.25 M.
Ein grosser Posten Damen-Sammet-Pantoffel mit prima Leder-Kernsohle u. eleganter Seidenstickerei . . . . . jetzt Paar	1.25 M.

*Ein grosser Posten echt Harburger Gummischeue für Damen 2.25 M., für Herren 3.75 M.*

Ein grosser Posten Knaben- u. Mädchen-, Knopf- u. Schnürstiefel in Rossleder, Box-Calf und Chevreaux, jetzt im Preise bedeutend herabgesetzt.

Für den Weihnachtstisch werden sämtliche bei uns gekauften Waren elegant in Kartons verpackt!

Ein jeder Käufer erhält unsere künstlerisch ausgeführte

## Gratis! Hausapotheke mit Kalender 1906 Gratis!

Trotz dieser grossen Vorteile, die wir unserer werthen Kundschaft bieten, gewähren wir Rabattmarken des Rixdorfer Spar-Vereins, Rabattmarken des Spar-Vereins Hammonia, sowie Rabatt Sparmarken unseres eigenen Spar-Systems.

Sonntag, den 24. Dezember, geöffnet von 8-10 Uhr und von 12-8 Uhr.

Passendste Weihnachts-Kauf-Gelegenheit.

### Leinen- u. Baumwollwaren

Dreil-Stubenhandtücher, prima Qualität, Grösse 50 x 110, per 1/2 Dtzd.	1.75 M.
Dreil-Stubenhandtücher, extra schwere Qualität, Grösse 50 x 110, per 1/2 Dtzd.	2.50 M.
Jacquard-Stubenhandtücher, beste Qualität, Grösse 50 x 110, per 1/2 Dtzd.	2.75 M.
Damast-Stubenhandtücher, extra feine Qualität, Grösse 50 x 110, per 1/2 Dtzd.	3.10 M.
Küchen-Handtücher, einhalb Leinen-Drell, grau mit bunter Kante oder bunt gestreift 45 x 100, per 1/2 Dtzd.	90 u. 75 Pf.
Küchen-Handtücher, Gerstenkorn, weiss m. rot. Kante, dauerh. kräft. Qual., Gr. 50 x 100, 50 x 110, p. 1/2 Dtzd.	1.75 u. 1.40 M.
Jacquard- od. Drelltischtücher, Gr. 110 x 115 191 x 180 180 x 165	Stck. 0.75 Stck. 1.35 Stck. 1.75
Jacquard-Tischtücher, Rein-Leinen, ganz geklärt, feinfädig, gute Qualität, Grösse 130 x 130 190 x 170 130 x 225	Stck. 2.75 Stck. 3.50 Stck. 4.25
Jacquard- od. Drellservietten, Gr. 80 x 60 65 x 85 Dama-4 beste Qual. 65 x 65	1/2 Dtz 1.65 1/2 Dtz 2.10 1/2 Dtz 3.25
Leinene Wischtücher, bunt kariert, Grösse 55 x 55 p. 1/2 Dtz.	1.05 M.

*Ein grosser Posten bunt kariert Wischtücher gesäumt und gebändert . . . . . Stück 9 Pf.*  
*Ein grosser Posten Staubtücher, imit. Leder . . . . . Stück 8 Pf.*

### Fertige Bettbezüge

Bettbezüge bunt kariert oder gebümt, waschecht Garnitur 1 Oberbett u. 2 Kissen . . . . .	4.00, 3.25 M.
Bettbezüge aus gutem Hautuch Garnitur 1 Oberbett u. 2 Kissen . . . . .	3.75, 3.25 M.
Bettbezüge aus Ia Louisianauch oder Dimiti Garnitur 1 Oberbett u. 2 Kissen . . . . .	6.00, 4.50 M.
Bettbezüge aus bestem Damast Garnitur 1 Oberbett u. 2 Kissen . . . . .	8.50, 6.50 M.

*Ein grosser Posten fertiger Laken in Hautuch oder Halb-leinen, 2 m 5 cm lang und volle Breite Stck. 1.75, 1.25, 0.95 M.*  
*Ein grosser Posten Laken aus prima Dowlas oder extra schwerem Halbleinen . . . . . Stck. 2.25, 1.85 M.*

### Corsets

Façon „Gürtel“ aus gutem Cöper in allen Farben . . . . .	83 Pf.
Façon „Halbhoch“ aus gebümtem Satin . . . . .	95 Pf.
Façon „Empire“ aus gebümt und naturfarbenen Stoffen . . . . .	1.45 M.
Façon „Halbhoch mit Spiral“ aus naturfarbenen Stoffen . . . . .	1.45 M.
Façon „Frack“ aus gebümt und naturfarbenen Stoffen . . . . .	1.95 M.
Façon „Palina“ neueste Form aus gebümt und naturfarbenen Stoffen, aussergewöhnlich billig . . . . .	3.25 M.

*Ein grosser Posten Kinder-Corsets, gestrickter Leibchen u. Geradehalter in nur guten Qualitäten im Preise bedeutend herabgesetzt.*

**CORSETSCHÖNER**  
in crème, weiss und farbig, spottb. liz.